

- **Editorial: Kennzahlen zur Wirtschaftslage in den Monatsberichten**
- **Konjunkturerholung verzögert sich.**
Prognose für 2023 bis 2025
- **Investitionspläne für 2024 weiter gekürzt.** Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung vom Herbst 2023
- **Finanzausgleich 2024 bis 2028**
- **Die Produktivitätsentwicklung österreichischer Unternehmen in den Jahren 2013 bis 2020**

WIFO ■ MONATSBERICHTE

Mission Statement

Die Mission des WIFO ist es, durch den Brückenbau zwischen akademischer Grundlagenforschung und wirtschaftspolitischer Anwendung zur Lösung sozioökonomischer Herausforderungen beizutragen und sachliche Grundlagen für Entscheidungen in Wirtschaft und Gesellschaft zu schaffen. Die WIFO-Monatsberichte veröffentlichen Forschungsergebnisse des WIFO und Beiträge zur nationalen und internationalen Wirtschaftsentwicklung auf der Grundlage wissenschaftlich fundierter Analysen. Sie tragen damit zur Erfüllung dieser Mission bei.

Die in den Monatsberichten veröffentlichten Beiträge werden von den jeweiligen Autor:innen gezeichnet. Beiträge von WIFO-Ökonom:innen entstehen unter Mitwirkung des Institutsteams; für den Inhalt ist das WIFO verantwortlich. Beiträge externer Autor:innen repräsentieren nicht zwingend die Institutsmeinung.

Beiträge aus diesem Heft werden in die EconLit-Datenbank des "Journal of Economic Literature" aufgenommen.

Editorial Board

Univ.-Prof. Dr. Jesús Crespo Cuaresma, Wirtschaftsuniversität Wien

Univ.-Prof. Dr. Claudia Kemfert, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

Univ.-Prof. Philipp Schmidt-Dengler, PhD, Universität Wien

Univ.-Prof. Dr. Jens Südekum, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Univ.-Prof. Dr. Andrea Weber, Central European University

Impressum

Herausgeber: Univ.-Prof. MMag. Gabriel Felbermayr, PhD

Medieninhaber (Verleger) und Redaktion:
Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung
A-1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, Telefon +43 1 798 26 01-0,
Fax +43 1 798 93 86, <https://www.wifo.ac.at>

Satz: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Druck: Medienfabrik Graz, Dreihackengasse 20,
A-8020 Graz

Chefredakteur: apl. Prof. Dr. Hans Pitlik

Lektorat: Mag. Christoph Lorenz, BA •
Redaktion: Tamara Fellingner, Tatjana Weber

Kontakt: redaktion@wifo.ac.at

Preise 2024

Jahrgang (12 Hefte, Printversion): 295 € • Einzelheft (Printversion): 29,50 €

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

Medieninhaber (Verleger): Verein "Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung" • **Geschäftsführer:** Univ.-Prof. MMag. Gabriel Felbermayr, PhD • **Vereinszweck:** Laufende Analyse der Wirtschaftsentwicklung im In- und Ausland, Untersuchung spezieller ökonomischer Problemstellungen nach dem Grundsatz der Objektivität auf wissenschaftlicher Basis, Veröffentlichung der Ergebnisse



97. Jahrgang, Heft 1/2024

3 ■ **Editorial: Kennzahlen zur Wirtschaftslage in den Monatsberichten**

Hans Pitlik

5-17 ■ **Konjunkturerholung verzögert sich. Prognose für 2023 bis 2025**

Stefan Ederer, Stefan Schiman-Vukan

Die österreichische Wirtschaft schrumpft 2023 um 0,8%. Gesunkene Realeinkommen infolge der hohen Inflation und eine weltweite Schwäche der Industrie belasten die Wirtschaftsentwicklung. Die Industrieproduktion erholt sich in Österreich verzögert, wodurch das BIP 2024 nur um 0,9% zulegen wird. 2025 dürfte das BIP-Wachstum 2% betragen. Die Inflation sinkt 2024 auf 4% und 2025 auf etwa 3%. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt wird sich nur vorübergehend eintrüben.

Economic Recovery Delayed. Economic Outlook for 2023 to 2025

18 ■ **Konjunkturberichterstattung: Methodische Hinweise und Kurzglossar**

19-27 ■ **Investitionspläne für 2024 weiter gekürzt. Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung vom Herbst 2023**

Klaus Friesenbichler, Werner Hölzl

Die Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung zeigen für 2023 eine rückläufige Investitionsnachfrage. Das Branchenbild lässt auf einen breiten Abschwung schließen. Lediglich Finanz- und Versicherungsdienstleister sowie Unternehmen der Information und Kommunikation meldeten 2023 mehrheitlich Investitionszuwächse. Die Investitionsdynamik dürfte auch 2024 weiter abnehmen, wobei Sachgütererzeuger noch zurückhaltender planen als Dienstleister. Sowohl Großunternehmen als auch kleine und mittelgroße Unternehmen dürften ihre Investitionen 2024 einschränken. Die Investitionstätigkeit wird vor allem durch technologische Entwicklungen getrieben. Am häufigsten dienen Investitionen dem Ersatz veralteter Anlagen oder Ausrüstungen. Kapazitätserweiterungen spielen als Investitionszweck lediglich eine untergeordnete Rolle.

Investment Plans for 2024 Further Reduced. Results of the Autumn 2023 WIFO Investment Survey

29-41 ■ **Finanzausgleich 2024 bis 2028.** Erste Schritte zu einer Wirkungsorientierung

Benjamin Bittschi, Ulrike Famira-Mühlberger, Daniela Kletzan-Slamanig,
Michael Klien, Hans Pitlik, Margit Schratzenstaller

Der neue Finanzausgleich 2024 bis 2028 sieht zusätzliche Finanzmittel von durchschnittlich 3,4 Mrd. € p. a. für Länder, Gemeinden und Sozialversicherung vor. Davon fließen im Jahresdurchschnitt etwa 1,2 Mrd. € in einen "Zukunftsfonds", der Mittel für Länder und Gemeinden für die Bereiche Elementarbildung, Wohnen und Klima bereitstellt. Auch die Bereiche Pflege und Gesundheit erhalten mehr Geld. Der neue Finanzausgleich setzt erste Schritte in Richtung einer Wirkungsorientierung sowie einer effizienteren Mittelverwendung im Gesundheitswesen. Grundlegende Reformen für eine bessere Gesamtsteuerung im Pflege- und Gesundheitsbereich bleiben jedoch aus. Zudem werden Akzente hin zu einer Ökologisierung des Finanzausgleichs gesetzt, denen weitere Schritte folgen sollten. Wichtige strukturelle Reformen zur Zusammenführung von Finanzierungs- und Ausgabenverantwortung auf Ebene der subnationalen Gebietskörperschaften, zur Transferentflechtung und zur Stärkung der subnationalen Abgabenaufonomie im Rahmen einer Föderalismusreform werden nicht angegangen.

Fiscal Equalisation System 2024 to 2028. First Steps Towards Performance Orientation

43-56 ■ **Die Produktivitätsentwicklung österreichischer Unternehmen in den Jahren 2013 bis 2020.** Eine Auswertung von Mikrodaten

Michael Peneder, Fabian Unterlass

Dieser Beitrag gibt zunächst einen Überblick zur Entwicklung der Arbeits- und Multifaktorproduktivität in Österreich im internationalen Vergleich und analysiert dann ausgewählte Kennzahlen zur heimischen Produktivitätsentwicklung auf Basis von mikroaggregierten Unternehmensdaten. Letztere zeigen ausgeprägte strukturelle Unterschiede in Bezug auf Branchenzugehörigkeit, Größe und relative Position der Unternehmen in der Produktivitätsverteilung. In allen untersuchten Wirtschaftszweigen gibt es unterschiedliche Größenvorteile. Diese haben sich im Betrachtungszeitraum jedoch nur in den nichtfinanziellen Marktdienstleistungen erhöht. Dort ist im Gegensatz zur Herstellung von Waren auch ein Trend zur Ausweitung bestehender Produktivitätsvorteile zu beobachten.

The Productivity Growth of Austrian Companies from 2013 to 2020. An Analysis of Micro Data

Editorial: Kennzahlen zur Wirtschaftslage in den Monatsberichten

Hans Pitlik

Mit dem Heft 1/2024 der WIFO-Monatsberichte stehen wir vor einer Veränderung in der Art und Weise, wie wir Ihnen unsere Wirtschaftsdaten präsentieren. Aus den unten angeführten Gründen steht das monatliche Tableau der Kennzahlen zur Wirtschaftslage ab sofort nur mehr online zum Download zur Verfügung. Damit verabschieden wir uns von den gedruckten Kennzahlen, einem Inhalt, der bereits in der ersten Ausgabe der WIFO-Monatsberichte im Jänner 1927 im Mittelpunkt stand.

Die Umstellung auf eine rein digitale Veröffentlichung bringt mehrere Vorteile mit sich. Sie erlaubt uns erstens, Ihnen stets die aktuellsten Daten zur Verfügung zu stellen. Durch den Verzicht auf den Druck können wir Ihnen zweitens ein umfangreicheres Kennzahlenset als bisher anbieten. Drittens ermöglicht die Online-Darstellung unseren Leser:innen künftig die Nutzung interaktiver Elemente. Sie haben damit nicht nur die Möglichkeit, die Kennzahlen nach Ihren individu-

ellen Bedürfnissen zu selektieren, sondern können die Daten auch in digitaler Form abspeichern und einfacher elektronisch weiterverarbeiten. Mit wenigen Klicks haben Sie jederzeit Zugang zu einem umfassenden Datenbestand, ohne sich mit physischen Exemplaren auseinandersetzen zu müssen.

Selbstverständlich ist uns bewusst, dass mit der Umstellung potenziell auch Nachteile verbunden sind, insbesondere für Leser:innen, die bevorzugt mit gedruckten Statistiken arbeiten. Wir hoffen dennoch, dass die Vorteile der höheren Aktualität, des erweiterten Umfangs sowie des einfachen, kostenfreien und interaktiven Online-Zugangs die möglichen Nachteile überwiegen.

Zu den WIFO-Wirtschaftsdaten gelangen Sie über den unten angeführten QR-Code bzw. über diesen Link: <https://www.wifo.ac.at/daten/wifo-wirtschaftsdaten>.



96th Euroconstruct Conference: European Construction Market Outlook until 2026 – European Construction Activity Expected to Decline: Civil Engineering Proves Resilient. Summary Report

Dezember 2023, 200 pages, 1,485 €, <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/71243>

The 96th Euroconstruct Forecasts Winter 2023 show a decline in the construction markets covered by the 19 members of the network in 2023 and a more pronounced downturn in 2024, due to inflation, high interest rates and weak demand. The slowdown is mainly driven by residential construction, where the number of new dwellings completed in the Euroconstruct countries is forecast to fall to 2016 levels by 2025. However, non-residential construction and civil engineering will fare better thanks to government investment in vital infrastructure such as transport and energy. Overall growth in the Euroconstruct countries is expected to pick up slightly between 2025 and 2026. With contributions by Yngve Abrahamsen, Anders Bjerre, Mohammed Chaudhri, Ludwig Dorffmeister, Loretta O'Sullivan, Stefanie Siegrist.

96th Euroconstruct Conference: European Construction Market Outlook until 2026 – European Construction Activity Expected to Decline: Civil Engineering Proves Resilient. Country Reports

Dezember 2023, 476 pages, 1,550 €, <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/71242>

Euroconstruct presented its Winter Forecast on the development of the European construction markets at the 96th Euroconstruct Conference organised by EY Ireland in Dublin on 1 December 2023. Total construction output in the Euroconstruct 19 area is expected to fall in 2023, with an even sharper decline forecast for 2024. Regional market developments are influenced by specific characteristics at national level. However, most of the 19 markets are experiencing a slowdown, due to the sharp rise in interest rates and construction prices, persistently high inflation, loss of household purchasing power, weaker economic growth, tighter public budgets and falling house prices. At the current level of interest rates, the comparison of returns on property investments is also hampering growth. The Euroconstruct Country Report provides detailed information on construction market trends and fundamentals in each of the 19 Euroconstruct member countries until 2026. The forecasts and analysis are presented at country level and are based on a comparable, harmonised data set for the main construction sectors and indicators. The macroeconomic framework is also included. With contributions from Anne-Sophie Alsif, Anders Bjerre, Mohammed Chaudhri, Antonio Coimbra, Ludwig Dorffmeister, Josep R. Fontana, Thomas Ekwall, David Frič, János Gáspár, Mirthe Greve, Roch-Eloi Grivet, Paul Groot, Annette Hughes, Michael Klien, Radovan Kostelník, Nathalie Kouassi, Max de Lange, Vladimír Lenko, Jean-Pierre Liebaert, Patric Lindqvist, Pascal Marlier, Antonio Mura, Mårten Pappila, Markku Riihimäki, Radislav Semenov, Stefanie Siegrist, Mariusz Sochacki, Antonella Stemperini, Marte Herje Strømme, Mercedes Tascetta and Michael Weingärtler.

96th Euroconstruct Conference: European Construction Market Outlook until 2026 – Austrian Construction Market Development. Country Report Austria

Michael Klien, Michael Weingärtler

Dezember 2023, 40 pages, 310 €, <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/71241>

The Austrian construction industry will stagnate in 2022, despite high production increases. The massive increase in construction costs, which are expected to rise by around 10 percent in 2022 compared to the previous year, will dampen real growth in the construction industry significantly. In combination with the already expected downward trend in residential construction, 2023 will also see only low growth rates. The years 2024 and 2025 will then also be characterised by only weak momentum with rates below 1 percent, despite clear impulses in civil engineering.

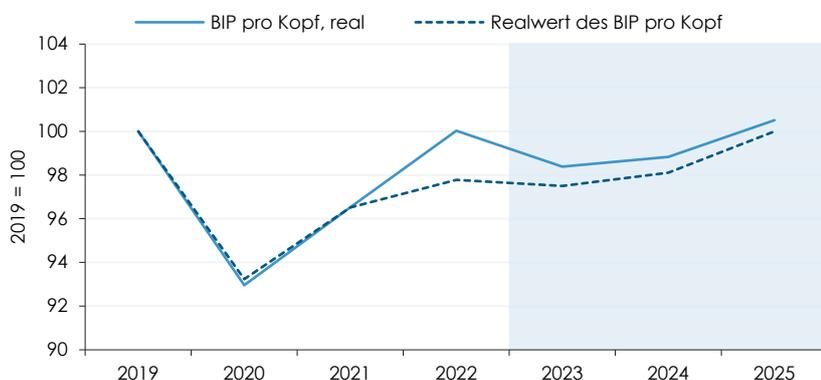
Konjunkturerholung verzögert sich

Prognose für 2023 bis 2025

Stefan Ederer, Stefan Schiman-Vukan

- Der private Konsum stützt 2023 die Konjunktur in den USA. Im Euro-Raum stagniert das BIP hingegen. Steigende Realeinkommen und ein Anziehen der Industrieproduktion lassen die europäische Wirtschaft 2024 wieder in Schwung kommen.
- Österreichs Wirtschaftsleistung sinkt 2023 um voraussichtlich 0,8%. Der Tiefpunkt der Konjunktur dürfte mit Jahresende 2023 durchschritten sein, sodass das BIP 2024 um 0,9% und 2025 um 2% wächst.
- Der Anstieg der Realeinkommen stützt den privaten Konsum 2024 und 2025. Die Industrie erholt sich erst ab der zweiten Jahreshälfte 2024.
- Die Lage auf dem Arbeitsmarkt wird sich nur vorübergehend eintrüben.
- Die Inflation verlangsamt sich auf 4% 2024 und auf etwa 3% im Jahr 2025. Die Energiepreise dämpfen die Teuerung 2024 nur leicht.
- Der Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte verringert sich in Relation zum BIP bis 2025 auf -2%, die Schuldenquote sinkt auf knapp 74% der Wirtschaftsleistung.

Wohlfahrtentwicklung in Österreich



"Der Wohlstand in Österreich wuchs 2022 weniger kräftig als das reale BIP pro Kopf suggeriert, weil die hohen Importpreise die Kaufkraft schmälerten. Der Realwert des BIP bildet die Entwicklung besser ab. Er zeigt auch, dass der Wohlstand 2023 nicht so stark zurückgeht, wie es eine Rezession vermuten lässt."

Zur Berechnung des Realwerts wird das nominelle BIP pro Kopf mit dem Deflator der inländischen Verwendung preisbereinigt (anstelle des BIP-Deflators). Dieser Indikator ist für die Wohlstandsmessung besser geeignet als das reale BIP pro Kopf, weil damit die Kaufkraft im Inland berücksichtigt wird (Q: Statistik Austria, WIFO. 2023 bis 2025: Prognose).

Konjunkturerholung verzögert sich

Prognose für 2023 bis 2025

Stefan Ederer, Stefan Schiman-Vukan

Konjunkturerholung verzögert sich. Prognose für 2023 bis 2025

Die österreichische Wirtschaft schrumpft 2023 um 0,8%. Gesunkene Realeinkommen infolge der hohen Inflation und eine weltweite Schwäche der Industrie belasten die Wirtschaftsentwicklung. Die Industrieproduktion erholt sich in Österreich verzögert, wodurch das BIP 2024 nur um 0,9% zulegen wird. 2025 dürfte das BIP-Wachstum 2% betragen. Die Inflation sinkt 2024 auf 4% und 2025 auf etwa 3%. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt wird sich nur vorübergehend eintrüben.

JEL-Codes: E32, E66 • **Keywords:** Konjunkturbericht, Konjunkturprognose

Die Konjunkturprognose entsteht jeweils in Zusammenarbeit aller Mitarbeiter:innen des WIFO. Zu den Definitionen siehe "Methodische Hinweise und Kurzglossar", in diesem Heft und <https://www.wifo.ac.at/wwadocs/form/WIFO-Konjunkturberichterstattung-Glossar.pdf>

Wissenschaftliche Assistenz: Astrid Czaloun (astrid.czaloun@wifo.ac.at), Martha Steiner (martha.steiner@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 19. 12. 2023

Kontakt: Stefan Ederer (stefan.ederer@wifo.ac.at), Stefan Schiman-Vukan (stefan.schiman-vukan@wifo.ac.at)

Economic Recovery Delayed. Economic Outlook for 2023 to 2025

The Austrian economy will contract by 0.8 percent in 2023. Lower real incomes as a result of high inflation and global weakness in industry are weighing on economic development. The recovery of industrial production in Austria will be delayed, so that GDP will only grow by 0.9 percent in 2024. GDP growth is expected to reach 2 percent in 2025. Inflation will fall to 4 percent in 2024 and to around 3 percent in 2025. The labour market will deteriorate only temporarily.

Die gesamtwirtschaftliche Produktion in Österreich ist im Sommerhalbjahr 2023 geschrumpft. Im Gesamtjahr 2023 dürfte die österreichische Wirtschaftsleistung um 0,8% abnehmen. Die Teuerung belastet die Kaufkraft der privaten Haushalte und zieht eine Stagnation der Konsumausgaben nach sich. Die weltweite Flaute in der Produktion und im Handel von Waren trifft zusammen mit den Nachwirkungen des Energiepreisschocks auch die österreichische Industrie, deren Wertschöpfung 2023 markant zurückgeht.

Der Tiefpunkt der Konjunktur dürfte am Jahresende 2023 durchschritten sein. Steigende Realeinkommen werden 2024 und 2025 den privaten Konsum stützen. Die Erholung in der Industrie verzögert sich dagegen etwas und sollte ab der zweiten Jahreshälfte Fahrt aufnehmen. Österreichs Wirtschaft wird 2024 demnach nur um 0,9% wachsen. 2025 nimmt das BIP um voraussichtlich 2% zu.

Die Industriewertschöpfung wird aufgrund der verzögerten Erholung und hoher negativer Überhänge aus dem Vorjahr auch 2024 noch leicht schrumpfen und erst 2025 wieder kräftig expandieren. In der Bauwirtschaft dürfte der Konjunkturtiefpunkt hingegen erst 2024 erreicht sein. Der Dienstleistungssektor ist von gegenläufigen Entwicklungen ge-

prägt, dürfte aber insgesamt sowohl 2024 als auch 2025 merklich wachsen.

Die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten steigt 2023 aufgrund eines starken Jahresbeginns kräftig. Die Arbeitslosenquote nimmt hingegen zu, auch weil Vertriebene aus der Ukraine seit dem Frühjahr 2023 in der Arbeitslosenstatistik aufscheinen. Im weiteren Prognosezeitraum trübt sich der Arbeitsmarkt aufgrund der Konjunkturschwäche vorübergehend ein. Die Beschäftigungsdynamik verringert sich 2024, dürfte aber 2025 wieder an Schwung gewinnen. Die Arbeitslosenquote liegt im Jahr 2024 unverändert bei 6,4% und sinkt 2025 auf 6%.

Die Inflation verringert sich 2024 deutlich auf voraussichtlich 4% im Jahresdurchschnitt. Der Rückgang der Erdgaspreise auf dem europäischen Großhandelsmarkt dämpft 2024 die Preise für Haushaltenergie, wozu auch die Verlängerung der Strompreisbremse beiträgt. 2025 sinkt die Inflation weiter auf 3,1% im Jahresdurchschnitt. Die Energiepreise dürften die Teuerung 2025 nicht mehr dämpfen, während der Preisauftrieb bei Industriegütern, Nahrungsmitteln und vor allem Dienstleistungen hartnäckig bleiben wird.

Der Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte verbessert sich 2023 aufgrund des Wegfalls pandemiebedingter Unterstützungsmaßnahmen deutlich, das gesamtstaatliche Defizit sinkt bis 2025 auf 2% des

BIP. Der öffentliche Schuldenstand verringert sich im Prognosezeitraum um etwa 5 Prozentpunkte und beträgt 2025 73½% der Wirtschaftsleistung.

Übersicht 1: Hauptergebnisse der Prognose

	2020	2021	2022	2023	2024	2025	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Bruttoinlandsprodukt, real	- 6,6	+ 4,2	+ 4,8	- 0,8	+ 0,9	+ 2,0	
Herstellung von Waren	- 7,3	+ 12,7	+ 4,1	- 2,2	- 0,5	+ 3,5	
Handel	- 3,3	- 1,1	+ 2,1	- 5,5	+ 1,6	+ 2,2	
Private Konsumausgaben ¹⁾ , real	- 8,5	+ 4,2	+ 5,7	± 0,0	+ 1,6	+ 2,0	
Dauerhafte Konsumgüter	- 2,6	+ 3,7	- 0,3	- 4,5	+ 1,5	+ 2,5	
Bruttoanlageinvestitionen, real	- 5,5	+ 6,1	+ 0,1	- 2,0	- 1,0	+ 2,5	
Ausrüstungen ²⁾	- 7,1	+ 9,9	+ 2,0	- 0,6	+ 1,7	+ 4,2	
Bauten	- 3,6	+ 1,8	- 2,0	- 3,5	- 4,0	+ 0,5	
Exporte, real	- 10,6	+ 9,1	+ 11,2	+ 1,2	+ 2,2	+ 3,2	
Warenexporte, fob	- 7,7	+ 12,3	+ 7,1	+ 1,9	+ 2,2	+ 3,5	
Importe, real	- 10,0	+ 14,3	+ 7,9	- 1,3	+ 2,6	+ 3,6	
Warenimporte, fob	- 7,2	+ 15,2	+ 5,1	- 2,8	+ 2,5	+ 3,5	
Bruttoinlandsprodukt, nominell	- 4,1	+ 6,4	+ 10,4	+ 7,8	+ 5,4	+ 5,0	
	Mrd. €	380,89	405,24	447,22	482,27	508,51	533,71
Leistungsbilanzsaldo	in % des BIP	3,4	1,6	- 0,3	2,6	2,6	2,7
Verbraucherpreise		+ 1,4	+ 2,8	+ 8,6	+ 7,9	+ 4,0	+ 3,1
BIP-Deflator		+ 2,7	+ 2,1	+ 5,3	+ 8,7	+ 4,5	+ 2,9
Finanzierungssaldo des Staates (laut Maastricht-Definition)	in % des BIP	- 8,0	- 5,8	- 3,5	- 2,3	- 2,4	- 2,0
Unselbständig aktiv Beschäftigte ³⁾		- 2,0	+ 2,5	+ 3,0	+ 1,1	+ 0,7	+ 1,4
Arbeitslosenquote (nach nationaler Definition)							
In % der unselbständigen Erwerbspersonen		9,9	8,0	6,3	6,4	6,4	6,0
Realwert des BIP pro Kopf ⁴⁾		- 6,8	+ 3,5	+ 1,3	- 0,3	+ 0,6	+ 1,9
Treibhausgasemissionen ⁵⁾		- 7,6	+ 4,9	- 6,3	- 4,2	- 1,4	- 0,5
	Mio. t CO ₂ -Äquivalent	73,91	77,53	72,62	69,55	68,61	68,28

Q: WIFO, Arbeitsmarktservice Österreich, Dachverband der Sozialversicherungsträger, OeNB, Statistik Austria, Umweltbundesamt. 2023 bis 2025: Prognose. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich militärischer Waffensysteme und sonstiger Anlagen. – ³⁾ Ohne Personen in aufrechterm Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – ⁴⁾ Nominelles BIP deflationiert mit dem impliziten Preisindex der inländischen Verwendung. – ⁵⁾ 2022: Schätzung gemäß Umweltbundesamt. Ab 2023: Prognose.

1. Weltweite Flaute in der Industrie schwächt Konjunktur in Europa

Die globale Industriekonjunktur befindet sich in einer Schwächephase. Zwar stabilisierte sich die Industrieproduktion laut Centraal Planbureau (CPB) im Sommer und der weltweite Warenhandel schrumpfte weniger stark als zuvor, eine Erholung zeichnete sich bisher aber nicht ab. Die Konsumstruktur der privaten Haushalte hat sich nach dem Ende der COVID-19-Pandemie in vielen Ländern normalisiert, und anstelle von Waren werden wieder vermehrt Dienstleistungen nachgefragt, was den Welthandel belastet. Zudem haben die Unternehmen nach Auflösung der Lieferkettenprobleme ihre teils hohen Lagerbestände an Vorprodukten wieder abgebaut.

Die Expansion der Weltwirtschaft beschleunigte sich im Sommer 2023 dennoch. In den USA herrscht entgegen allen Erwartungen eine robuste Konjunktur. Die Konsumausgaben der privaten Haushalte stützten dort auch im III. Quartal die Nachfrage. Das Ver-

brauchervertrauen ist trotz restriktiver Geldpolitik anhaltend stabil, wozu die steigenden Realeinkommen beitragen. Ein dämpfender Effekt der Geldpolitik auf den Konsum ist bislang ausgeblieben. Dies könnte damit zusammenhängen, dass in den USA ein Großteil der bestehenden Wohnbaukredite niedrige Fixzinssätze und lange Laufzeiten aufweist. Zudem war die Fiskalpolitik 2023 äußerst expansiv. Die robuste Konjunktur hat auch dazu beigetragen, dass die Inflationsrate bislang auf über 3% verharrt. Die Federal Reserve Bank dürfte die Leitzinssätze dennoch nicht weiter anheben, da die Teuerung bereits stark zurückgegangen ist. Auch in China beschleunigte sich das Wirtschaftswachstum im III. Quartal. Zwar belastet die Immobilienkrise die privaten Haushalte, staatliche Eingriffe stützten dort aber die Konjunktur.

Im Euro-Raum hat sich die Konsumnachfrage der privaten Haushalte angesichts der

Die Industriekonjunktur schwächelt weltweit und die Wirtschaftsleistung im Euro-Raum stagniert. In den USA dagegen wächst das BIP 2023 kräftig.

ungünstigen Reallohnentwicklung abgeschwächt. Zudem trifft die weltweite Schwäche der Industriekonjunktur vor allem die Industrieregionen Mitteleuropas. Das BIP im Euro-Raum blieb vom IV. Quartal 2022 bis zum III. Quartal 2023 weitgehend unverändert. Dennoch sind die Arbeitsmärkte weiterhin robust. Die demografisch bedingte Verknappung des Arbeitskräfteangebots erhöht die Suchkosten und senkt die Rekrutierungs-

chancen der Unternehmen. Beschäftigte dürften daher trotz Unterauslastung eher in den Betrieben gehalten werden. Die Inflationsrate sank zuletzt dank der Verbilligung von Haushaltsenergie zügig. Mit 2,4% lag sie im November 2023 nur mehr knapp über dem Zielwert der Europäischen Zentralbank (EZB). Es ist daher davon auszugehen, dass die Leitzinsen auch im Euro-Raum ihren Höchststand erreicht haben.

Übersicht 2: Internationale Konjunktur

	Gewicht 2022 in % Waren- Welt-BIP ²⁾ exporte ¹⁾		2020	2021	2022	2023	2024	2025
	BIP real, Veränderung gegen das Vorjahr in %							
EU 27	68,7	14,9	- 5,6	+ 6,0	+ 3,4	+ 0,5	+ 1,2	+ 1,8
Euro-Raum	52,0	10,4	- 6,1	+ 5,9	+ 3,4	+ 0,6	+ 1,0	+ 1,5
Deutschland	29,8	3,3	- 3,8	+ 3,2	+ 1,8	- 0,3	+ 0,9	+ 1,3
Italien	6,8	1,9	- 9,0	+ 8,3	+ 3,7	+ 0,7	+ 0,6	+ 1,2
Frankreich	4,0	2,3	- 7,5	+ 6,4	+ 2,5	+ 0,8	+ 0,7	+ 1,2
MOEL 5 ³⁾	15,9	2,2	- 3,3	+ 6,2	+ 4,2	+ 0,3	+ 2,1	+ 2,9
Ungarn	4,0	0,2	- 4,5	+ 7,1	+ 4,6	- 0,6	+ 2,6	+ 3,3
Polen	3,8	1,0	- 2,0	+ 6,9	+ 5,3	+ 0,5	+ 2,5	+ 2,9
Tschechien	3,6	0,3	- 5,5	+ 3,6	+ 2,4	- 0,5	+ 0,7	+ 3,0
USA	6,6	15,5	- 2,2	+ 5,8	+ 1,9	+ 2,4	+ 1,3	+ 1,5
Schweiz	5,4	0,5	- 2,1	+ 5,4	+ 2,6	+ 0,7	+ 1,2	+ 1,5
Vereinigtes Königreich	2,6	2,3	- 10,4	+ 8,7	+ 4,3	+ 0,6	+ 0,4	+ 1,1
China	2,7	18,4	+ 2,2	+ 8,4	+ 3,0	+ 5,6	+ 4,3	+ 4,0
Insgesamt								
Kaufkraftgewichtet ⁴⁾		52	- 2,0	+ 6,9	+ 2,8	+ 2,9	+ 2,3	+ 2,4
Exportgewichtet ⁵⁾	86		- 5,0	+ 6,1	+ 3,3	+ 0,9	+ 1,2	+ 1,8
Marktwachstum Österreich ⁶⁾			- 6,1	+ 11,0	+ 5,7	- 1,5	+ 2,5	+ 3,5
Annahmen zur Prognose								
Rohölpreis								
Brent, \$ je Barrel			43,2	70,8	98,9	83	80	76
Erdgaspreis								
Dutch TTF, € je MWh			9,5	45,9	121,5	42	44	42
Strompreis Österreich								
Base, € je MWh			33,2	107,2	261,6	105	111	111
Peak, € je MWh			36,0	116,8	275,5	108	128	127
Wechselkurs								
Dollar je Euro			1,141	1,184	1,054	1,08	1,08	1,08
Internationale Zinssätze								
EZB-Hauptrefinanzierungssatz ⁷⁾ , in %			0,0	0,0	0,6	3,8	4,3	3,5
Sekundärmarktrendite Deutschland, in %			- 0,5	- 0,4	1,1	2,5	3,4	3,2

Q: WIFO, Bureau of Economic Analysis, European Energy Exchange, Eurostat, EZB, HWWI, IWF, OECD, OeNB, Statistik Austria. 2023 bis 2025: Prognose. – ¹⁾ Österreichische Warenexporte. – ²⁾ Kaufkraftgewichtet. – ³⁾ Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei. – ⁴⁾ EU 27, USA, Schweiz, Vereinigtes Königreich, China; gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt zu Kaufkraftparitäten 2022. – ⁵⁾ EU 27, USA, Schweiz, Vereinigtes Königreich, China; gewichtet mit den österreichischen Warenexportanteilen 2022. – ⁶⁾ Veränderungsrate real der Warenimporte der Partnerländer, gewichtet mit österreichischen Exportanteilen. – ⁷⁾ Fixzinssatz.

2. Anstieg der Realeinkommen stützt Nachfrage in den Industrieländern

Die Weltwirtschaft dürfte im Winterhalbjahr 2023/24 nur moderat expandieren. Die schwache Industriekonjunktur wird in den nächsten Monaten noch anhalten, zumal die Auftragslage und die Geschäftserwartungen in der Industrie weiterhin ungünstig sind. Die hohen Zinsen dämpfen in vielen Industrieländern die Nachfrage, insbesondere im Wohnbau. Zudem dürften infolge des

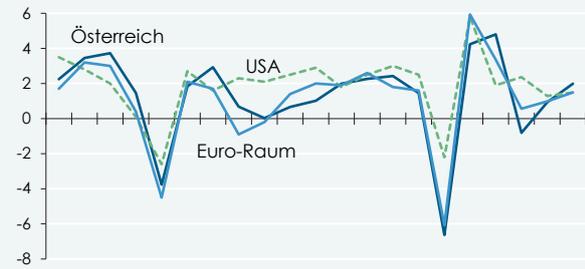
Energiepreisschocks Teile der Produktion in der europäischen Industrie dauerhaft weggefallen sein. Der Großhandelspreis für Erdgas auf den europäischen Börsen wird im Prognosezeitraum über dem Vorkrisenniveau von 2019 bleiben. Dies wird die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber anderen Weltregionen, insbesondere den USA, schmälern.

In den Industrieländern sinkt 2024 und 2025 die Inflation und die Realeinkommen steigen. Auch die Industriekonjunktur dürfte an Fahrt gewinnen.

Abbildung 1: Indikatoren der Wirtschaftsentwicklung und der Wirtschaftspolitik

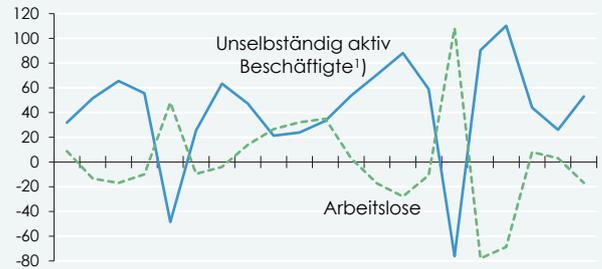
Wirtschaftswachstum

In %



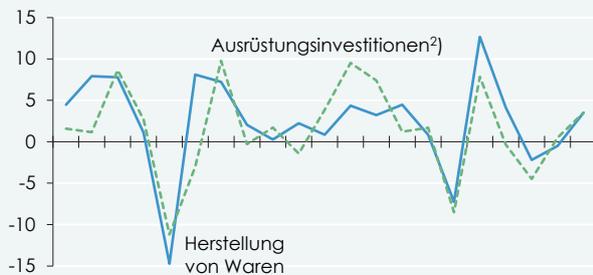
Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000



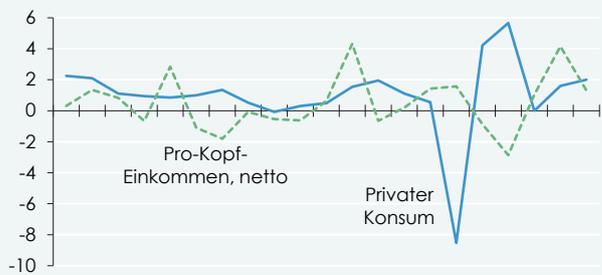
Produktion und Investitionen

Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



Konsum und Einkommen

Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



Kurz- und langfristige Zinssätze

In %



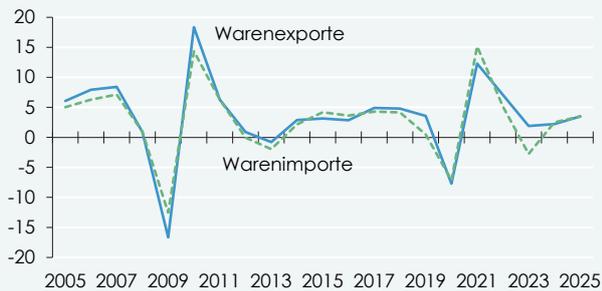
Preise und Lohnstückkosten

Veränderung gegen das Vorjahr in %



Außenhandel (laut Statistik Austria)

Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



Finanzierungssaldo des Staates

In % des BIP



Q: WIFO, Arbeitsmarktservice, Dachverband der Sozialversicherungsträger, Europäische Kommission, Eurostat, EZB, OeNB, Statistik Austria. 2023 bis 2025: Prognose. – 1) Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten, ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste Arbeitslose in Schulung. – 2) Einschließlich militärischer Waffensysteme. – 3) Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark). – 4) Einschließlich Kurzarbeitsbeihilfen. – 5) Prognose: Europäische Kommission.

Der Rückgang der Inflation und ihr verzögerter Niederschlag in der Lohnentwicklung werden im Prognosezeitraum vielerorts einen kräftigen Anstieg der Realeinkommen zur Folge haben. Die Konsumausgaben der privaten Haushalte werden damit zur zentralen Stütze der Konjunkturerholung. Das WIFO geht davon aus, dass sowohl die Zentralbank der USA als auch die EZB 2024 beginnen werden, ihre Leitzinsen zu senken. Auch haben die Unternehmen ihre erhöhten Lagerbestände an Vorprodukten weitgehend abgebaut, sodass der weltweite Warenhandel und die Industrieproduktion wieder an Dynamik gewinnen dürften. Dämpfend wirkt hingegen weiterhin die schwache Wirtschaftsentwicklung in China, wo die Krise im Immobiliensektor aufgrund seiner hohen Bedeutung für die Gesamtwirtschaft die Einkommen der privaten Haushalte schwächt. In Deutschland trübt die Haushaltskrise, die sich in der Folge eines Höchstgerichtsurteils im Zusammenhang mit der Staatsschuldenbremse ergab, den Ausblick. In vielen Ländern bleiben zudem die Realzinsen höher als vor der COVID-19-Pandemie.

Alles in allem dürfte sich der Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Produktion der wichtigsten österreichischen Handelspartner

verringern: von knapp 3% 2023 auf unter 2½% in den beiden Folgejahren. Im Vergleich zur Konjunkturprognose vom Herbst 2023 hat das WIFO seine Annahmen damit geringfügig nach oben revidiert, vor allem weil sich der Ausblick für die USA und China aufgehellt hat. Im Euro-Raum dürfte das Wachstum hingegen etwas schwächer ausfallen als bisher unterstellt. Gewichtet mit den Anteilen am österreichischen Außenhandel erhöht sich das Wachstum der wichtigsten Handelspartner von knapp 1% 2023 auf 1,2% 2024 und 1,8% 2025.

Die Inflation wird im Prognosezeitraum weiter zurückgehen, wenn auch regional in unterschiedlichem Tempo. Angesichts der hohen Speicherstände dürften die Versorgung Europas mit Erdgas im Winter 2023/24 sichergestellt sein und die Energiepreise nicht neuwiegend sprunghaft steigen. Im Einklang mit den Notierungen auf den Terminmärkten geht das WIFO davon aus, dass der Erdgaspreis bis Ende 2025 leicht über dem gegenwärtigen Niveau liegen und damit höher bleiben wird als vor Beginn des starken Preisschubs im Sommer 2021. Die Inflationsraten dürften gegen Ende des Prognosezeitraums sowohl in den USA als auch im Euro-Raum nahe bei 2% liegen.

3. Langsame Konjunkturerholung in Österreich ab 2024

Österreichs Wirtschaftsleistung sinkt 2023 um 0,8%. Der Tiefpunkt der Konjunktur dürfte am Jahresende durchschritten sein, sodass das BIP 2024 um 0,9% und 2025 um 2% wächst.

Die österreichische Wirtschaft befindet sich in einer Rezession. Der Konjunkturabschwung hatte laut den Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung von Statistik Austria bereits im Vorjahr eingesetzt und sich im Sommerhalbjahr 2023 erheblich verstärkt. Im III. Quartal sank die Wirtschaftsleistung neuerlich, nachdem sie bereits in den drei Monaten davor deutlich zurückgegangen war. Dazu trug zum einen die weltweite Nachfrageschwäche nach Waren bei, die den Außenhandel und die Industriekonjunktur in Österreich dämpfte. Zum anderen schmälerte die durch den Energiepreisschock ausgelöste Teuerung die Kaufkraft der privaten Haushalte, weshalb diese ihre Konsumausgaben stark einschränkten. Zudem setzte sich der Abschwung in der Bauwirtschaft fort. Alles in allem wird das BIP 2023 um etwa ¾% sinken.

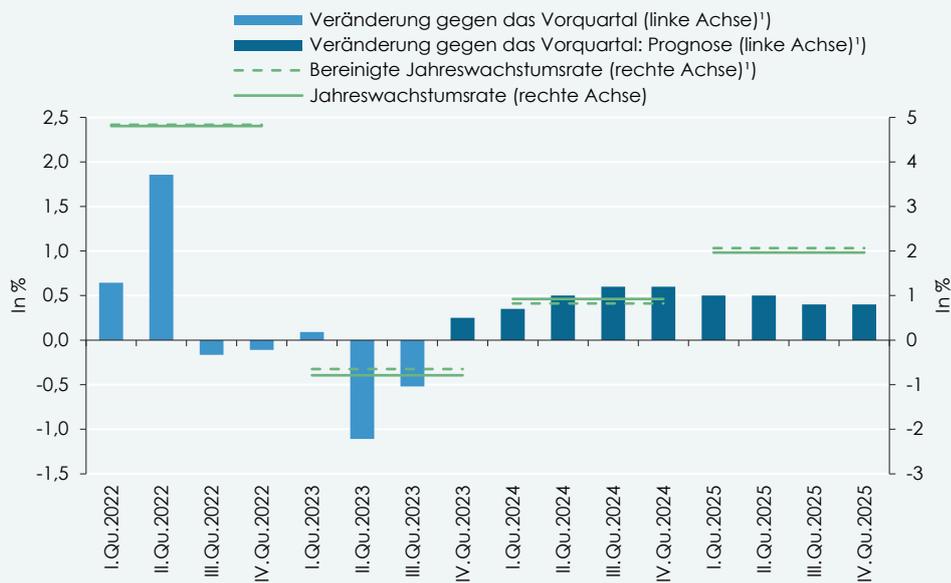
Der Tiefpunkt der Konjunktur dürfte allerdings mit Jahresende 2023 durchschritten sein. Wenngleich viele Indikatoren nach wie vor auf eine schwache Entwicklung hindeuten, verschlechterten sie sich zuletzt nicht mehr. Schätzungen des WIFO zur wöchentlichen Wirtschaftsaktivität (WWI) deuten darauf hin, dass die Konjunktur im IV. Quartal besser

verlief als davor. Auch die unternehmerischen Erwartungen haben sich zuletzt etwas aufgehellt. Ab Jahresbeginn 2024 ist demnach mit einer Erholung der gesamtwirtschaftlichen Produktion zu rechnen, wozu insbesondere das Nachlassen der Teuerung sowie die Realeinkommen beitragen werden, die wegen der an den vergangenen Inflationsraten orientierten Lohnabschlüsse deutlich steigen.

Die Konjunkturerholung dürfte jedoch zu einem Teil erst im 2. Halbjahr 2024 erfolgen, weil die weltweite Industrieproduktion und der Warenhandel etwas später an Schwung gewinnen werden als in der WIFO-Prognose von Oktober 2023 angenommen. In Summe wird die österreichische Wirtschaft 2024 demnach um knapp 1% wachsen, was einer Prognoserevision um -0,3 Prozentpunkte gleichkommt. 2025 dürften die Erholungseffekte dann allmählich nachlassen, auch weil sich der Zuwachs der Realeinkommen aufgrund der weiteren Abschwächung der Inflation verlangsamt. Die günstigere Konjunktur, vor allem in der zweiten Jahreshälfte 2024, schlägt sich allerdings 2025 in einem Anstieg der Jahreswachstumsrate auf 2% nieder.

Abbildung 2: **Konjunkturbild Österreich**

BIP, real



Q: WIFO. – 1) Saison- und arbeitstagsbereinigt gemäß Eurostat.

Übersicht 3: **Revision der Wachstumsprognose**

BIP, real

		2023	2024
WIFO-Konjunkturprognose Oktober 2023	in %	- 0,8	+ 1,2
Datenrevision ¹⁾	Prozentpunkte	- 0,3	- 0,1
Prognosefehler für das III. Quartal 2023 ²⁾	Prozentpunkte	+ 0,2	+ 0,2
Prognoserevision	Prozentpunkte	+ 0,1	- 0,3
WIFO-Konjunkturprognose Dezember 2023	in %	- 0,8	+ 0,9

Q: WIFO. – 1) Revision der vierteljährlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) durch Statistik Austria gegenüber jenem Stand, der zur Erstellung der WIFO-Konjunkturprognose vom Oktober 2023 herangezogen wurde. – 2) Zum Zeitpunkt der Erstellung der WIFO-Konjunkturprognose vom Oktober 2023 lagen für dieses Quartal noch keine Werte laut Statistik Austria vor.

Übersicht 4: **Technische Zerlegung der Wachstumsprognose des realen BIP**

		2022	2023	2024	2025
Wachstumsüberhang ¹⁾	Prozentpunkte	+ 2,8	+ 0,3	- 0,4	+ 0,9
Jahresverlaufsrate ²⁾	in %	+ 2,2	- 1,3	+ 2,1	+ 1,8
Jahreswachstumsrate	in %	+ 4,8	- 0,8	+ 0,9	+ 2,0
Bereinigte Jahreswachstumsrate ³⁾	in %	+ 4,8	- 0,6	+ 0,8	+ 2,1
Kalendereffekt ⁴⁾	Prozentpunkte	- 0,1	- 0,1	+ 0,1	- 0,1

Q: WIFO. 2023 bis 2025: Prognose. – 1) Effekt der unterjährigen Dynamik im Vorjahr auf das Wachstum des Folgejahres. Jahreswachstumsrate, wenn das BIP des aktuellen Jahres auf dem Niveau des IV. Quartals des Vorjahres bleibt, saison- und arbeitstagsbereinigt gemäß Eurostat. – 2) Beschreibt die Konjunkturdynamik innerhalb eines Jahres. Vorjahresveränderung im IV. Quartal, saison- und arbeitstagsbereinigt gemäß Eurostat. – 3) Saison- und arbeitstagsbereinigt gemäß Eurostat. Vergleichswert zur Konjunkturprognose der OeNB. – 4) Effekt der Zahl der Arbeitstage und des Schalttages. Die Summe aus bereinigter Jahreswachstumsrate und Kalendereffekt kann vom Wert der unbereinigten Jahreswachstumsrate abweichen, da diese auch Saison- und irreguläre Effekte enthält.

3.1 Produzierender Bereich schrumpft 2024 neuerlich

Die Erholung in der Industrie dürfte sich etwas verzögern und 2025 in kräftigen Jahreswachstumsraten münden. Die Baukonjunktur erreicht erst 2024 ihren Tiefpunkt.

Die Wertschöpfung in der österreichischen Industrie sinkt 2023 deutlich. Die Auftragslage und die Stimmung in den Unternehmen trübten sich im Jahresverlauf erheblich ein. Nachdem sich die Lageeinschätzungen zunächst in den Vorproduktbranchen verschlechtert hatten, kippte die Stimmung in der zweiten Jahreshälfte 2023 auch in den Investitionsgüterbranchen ins Negative. Der Produktionsindex legte jedoch gegen Jahresende wieder zu, was auf eine Bodenbil-

dung in der Sachgütererzeugung hindeutet. Insbesondere bei den Vorleistungen zeigte sich zuletzt wieder eine stärkere Dynamik, wogegen die Schwäche im Bereich der Investitionsgüter noch etwas anhalten dürfte. Aufgrund der schlechten Auftragslage und eines erheblichen negativen Wachstumsüberhangs aus 2023 wird die Wertschöpfung der österreichischen Industrie auch 2024 insgesamt leicht schrumpfen. Erst in der zweiten Jahreshälfte 2024 wird sie merklich an Schwung gewinnen, sodass für 2025 kräftige Zuwächse zu erwarten sind.

Übersicht 5: Entwicklung der Bruttowertschöpfung

Zu Herstellungspreisen

	2022	2023	2024	2025	2022	2023	2024	2025
	Mrd. € (Referenzjahr 2015)				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)								
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	4,37	4,11	4,11	4,11	+ 6,6	- 6,0	± 0,0	± 0,0
Herstellung von Waren einschließlich Bergbau	72,17	70,58	70,23	70,29	+ 4,3	- 2,2	- 0,5	+ 3,5
Energie- und Wasserversorgung, Abfallentsorgung	9,98	10,03	10,08	10,25	+ 2,2	+ 0,5	+ 0,5	+ 1,0
Bauwirtschaft	18,90	18,61	17,96	17,72	- 1,2	- 1,5	- 3,5	± 0,0
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz	39,45	37,28	37,88	38,99	+ 2,1	- 5,5	+ 1,6	+ 2,2
Verkehr	18,21	17,12	17,55	17,73	+ 10,9	- 6,0	+ 2,5	+ 2,5
Beherbergung und Gastronomie	12,97	13,42	13,63	13,69	+ 55,3	+ 3,5	+ 1,5	+ 2,0
Information und Kommunikation	14,30	14,80	15,24	14,95	+ 2,8	+ 3,5	+ 3,0	+ 2,0
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	15,85	16,32	16,65	17,31	- 1,2	+ 3,0	+ 2,0	+ 2,5
Grundstücks- und Wohnungswesen	31,88	32,36	32,85	32,52	+ 2,2	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,5
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen ¹⁾	34,37	34,37	34,89	35,48	+ 3,8	± 0,0	+ 1,5	+ 2,5
Öffentliche Verwaltung ²⁾	58,22	59,09	59,68	58,92	+ 3,1	+ 1,5	+ 1,0	+ 1,0
Sonstige Dienstleistungen ³⁾	8,93	9,51	9,70	9,61	+ 18,9	+ 6,5	+ 2,0	+ 1,0
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche ⁴⁾	339,09	337,02	339,67	346,21	+ 5,2	- 0,6	+ 0,8	+ 1,9
Bruttoinlandsprodukt	380,56	377,48	380,98	388,57	+ 4,8	- 0,8	+ 0,9	+ 2,0

Q: WIFO, Statistik Austria. 2023 bis 2025: Prognose. – ¹⁾ Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen, technischen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (ÖNACE 2008, Abschnitte M bis N). – ²⁾ Einschließlich Sozialversicherung, Verteidigung, Erziehung, Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen (ÖNACE 2008, Abschnitte O bis Q). – ³⁾ Einschließlich Kunst, Unterhaltung und Erholung, private Haushalte (ÖNACE 2008, Abschnitte R bis U). – ⁴⁾ Vor Abzug der Gütersubventionen und vor Zurechnung der Gütersteuern.

Übersicht 6: Produktivität

	2020	2021	2022	2023	2024	2025
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Gesamtwirtschaft						
Bruttoinlandsprodukt, real	- 6,6	+ 4,2	+ 4,8	- 0,8	+ 0,9	+ 2,0
Erwerbstätige ¹⁾	- 1,9	+ 2,4	+ 2,8	+ 1,0	+ 0,5	+ 1,2
Produktion je Erwerbstätigen	- 4,8	+ 1,8	+ 2,0	- 1,8	+ 0,4	+ 0,7
Arbeitszeit je Erwerbstätigen ²⁾	- 7,0	+ 2,3	- 0,3	- 0,5	- 0,0	+ 0,2
Stundenproduktivität ³⁾	+ 2,3	- 0,5	+ 2,3	- 1,3	+ 0,4	+ 0,6
Herstellung von Waren						
Bruttowertschöpfung, real	- 7,3	+ 12,7	+ 4,1	- 2,2	- 0,5	+ 3,5
Erwerbstätige ¹⁾	- 1,0	+ 0,5	+ 1,3	+ 1,4	+ 0,1	+ 1,0
Produktion je Erwerbstätigen	- 6,4	+ 12,2	+ 2,8	- 3,6	- 0,6	+ 2,5
Arbeitszeit je Erwerbstätigen ²⁾	- 4,9	+ 4,3	- 0,7	- 0,6	- 0,9	- 0,3
Stundenproduktivität ³⁾	- 1,6	+ 7,5	+ 3,6	- 3,0	+ 0,3	+ 2,8

Q: WIFO, Statistik Austria. 2023 bis 2025: Prognose. – ¹⁾ Unselbständige und Selbständige laut VGR (Beschäftigungsverhältnisse). – ²⁾ Geleistete Arbeitsstunden laut VGR. – ³⁾ Produktion je von Erwerbstätigen geleistete Arbeitsstunden laut VGR.

In der Bauwirtschaft sinkt die Wertschöpfung 2023 ebenfalls und dürfte auch noch 2024

stark zurückgehen. Hohe Bau- und Finanzierungskosten belasten den Hochbau, und

hier vor allem den besonders zinsreagiblen Wohnbau. Hingegen entwickelten sich der Tiefbau und das Baunebengewerbe bislang stabil. Die Auftragslage der Baubranche vor schlechterte sich allerdings im Laufe des Jahres 2023 kontinuierlich, weil viele Projekte fertiggestellt wurden und neue Aufträge ausblieben. Da die Schwäche im Wohnbau allmählich auf andere Teile des Bauwesens, insbesondere das Nebengewerbe, durchschlagen dürfte, wird die heimische Baukonjunktur erst 2024 ihren Tiefpunkt erreichen. 2025 dürfte sich die Bauproduktion stabilisieren.

3.2 Warenexporte steigen 2023 noch kräftig

Der österreichische Warenexport verlief zu Jahresbeginn 2023 noch robust, insbesondere die Ausfuhren von Maschinen in die

USA und nach Deutschland nahmen deutlich zu. Im Laufe des Jahres ließ die Dynamik aber merklich nach, vor allem auf den österreichischen Hauptabsatzmärkten in Europa, insbesondere Deutschland. Die Stimmung und die Auftragslage der Exporteure von Investitionsgütern – jener Bereich, der das Wachstum der Ausfuhren im 1. Halbjahr getragen hatte – trübten sich ein. Aufgrund des erfolgreichen Jahresauftakts steigen die Warenexporte im Gesamtjahr 2023 allerdings deutlich. Mit der Erholung der Industriekonjunktur ab Mitte 2024 dürfte sich die Exportdynamik wieder beschleunigen. Die weltweite Nachfrage nach Investitionsgütern wird allerdings zunächst noch schwach bleiben und einen raschen Exportaufschwung verhindern. Erst 2025 legen die Ausfuhren wieder kräftig zu.

Hohe Ausfuhren zu Jahresbeginn stützten den österreichischen Warenexport 2023. Die Investitionen werden voraussichtlich erst 2025 wieder zulegen, wenn die Industriekonjunktur an Fahrt gewonnen hat.

Übersicht 7: Entwicklung der Nachfrage

Real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)

	2022	2023	2024	2025	2022	2023	2024	2025
	Mrd. € (Referenzjahr 2015)				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Konsumausgaben insgesamt	269,00	267,45	270,52	275,18	+ 4,0	- 0,6	+ 1,1	+ 1,7
Private Haushalte ¹⁾	192,28	192,28	195,36	199,27	+ 5,7	± 0,0	+ 1,6	+ 2,0
Staat	76,73	75,20	75,20	75,95	+ 0,0	- 2,0	± 0,0	+ 1,0
Bruttoinvestitionen	98,08	92,38	92,68	96,05	- 0,7	- 5,8	+ 0,3	+ 3,6
Bruttoanlageinvestitionen	93,02	91,17	90,30	92,59	+ 0,1	- 2,0	- 1,0	+ 2,5
Ausrüstungen ²⁾	29,78	28,44	28,59	29,59	- 0,4	- 4,5	+ 0,5	+ 3,5
Bauten	39,49	38,11	36,59	36,77	- 2,0	- 3,5	- 4,0	+ 0,5
Sonstige Anlagen ³⁾	23,90	24,90	25,65	26,93	+ 5,0	+ 4,2	+ 3,0	+ 5,0
Inländische Verwendung	367,39	358,66	362,66	370,73	+ 2,9	- 2,4	+ 1,1	+ 2,2
Exporte	234,54	237,39	242,68	250,48	+ 11,2	+ 1,2	+ 2,2	+ 3,2
Reiseverkehr	13,11	14,29	14,67	15,00	+ 96,2	+ 9,0	+ 2,6	+ 2,2
Minus Importe	221,75	218,86	224,49	232,62	+ 7,9	- 1,3	+ 2,6	+ 3,6
Reiseverkehr	8,21	9,23	9,39	9,49	+ 57,0	+ 12,4	+ 1,8	+ 1,1
Bruttoinlandsprodukt	380,56	377,48	380,98	388,57	+ 4,8	- 0,8	+ 0,9	+ 2,0
Nominell	447,22	482,27	508,51	533,71	+ 10,4	+ 7,8	+ 5,4	+ 5,0

Q: WIFO, Statistik Austria. 2023 bis 2025: Prognose. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich militärischer Waffensysteme. – ³⁾ Überwiegend geistiges Eigentum (Forschung und Entwicklung, Computerprogramme, Urheberrechte).

Die Investitionsnachfrage ist 2023 eingebrochen. Die Verschlechterung der Stimmung, die flauere Auftragslage und die hohen Finanzierungskosten führen dazu, dass die Unternehmen ihre Investitionen aufschieben. Zudem bleiben die Energiepreise in Europa weiterhin hoch, weshalb ein Teil der Produktion mittelfristig ins außereuropäische Ausland verlagert wird. Aufgrund der nunmehr etwas verzögerten Erholung in der Industrie dürften die Ausrüstungsinvestitionen 2024 schwach bleiben und erst 2025 wieder anziehen.

3.3 Privater Konsum stagniert 2023

Die hohe Teuerung infolge des Energiepreisschocks schwächt die Kaufkraft der privaten Haushalte und dämpft ihre Nachfrage. Nach zwei Jahren der kräftigen Erholung von der COVID-19-Krise dürfte der private Konsum 2023 weitgehend stagnieren. Vor

allem die Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern geht deutlich zurück – wohl auch eine Folge der Normalisierung der Konsumstruktur nach der Pandemie. Allerdings legen 2023 auch die Ausgaben für nicht-dauerhafte Konsumgüter und Dienstleistungen kaum zu.

2024 und 2025 werden die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte wieder merklich steigen. Das WIFO rechnet mit Lohnabschlüssen in der Höhe der jeweils rollierenden Inflation, also des Mittelwerts der Inflationsraten der vorangehenden zwölf Monate. Aufgrund der nachlassenden Preisdynamik impliziert dies eine merkliche Steigerung der real verfügbaren Einkommen. Die privaten Konsumausgaben werden daher in beiden Jahren wieder deutlich zulegen, und auch die Sparquote wird sich nach den Rückgängen 2022 und 2023 wieder erhöhen.

Der Konsum der privaten Haushalte stagniert 2023. Die Realeinkommen steigen 2024 und 2025 deutlich.

Übersicht 8: Konsum, Einkommen und Preise

	2020	2021	2022	2023	2024	2025
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real					
Private Konsumausgaben ¹⁾	- 8,5	+ 4,2	+ 5,7	± 0,0	+ 1,6	+ 2,0
Dauerhafte Konsumgüter	- 2,6	+ 3,7	- 0,3	- 4,5	+ 1,5	+ 2,5
Nichtdauerhafte Konsumgüter und Dienstleistungen	- 9,2	+ 4,3	+ 6,3	+ 0,5	+ 1,6	+ 2,0
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	- 2,8	+ 1,8	+ 3,3	- 0,2	+ 2,6	+ 1,7
	In % des verfügbaren Einkommens					
Sparquote der privaten Haushalte						
Einschließlich Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	13,2	11,2	9,2	8,9	9,8	9,5
Ohne Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	12,7	10,6	8,5	8,3	9,2	9,0
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Forderungen an inländische Nichtbanken (Jahresendstände)	+ 3,7	+ 6,6	+ 5,0	+ 2,1	+ 2,8	+ 3,4
	Verbraucherpreise					
National	+ 1,4	+ 2,8	+ 8,6	+ 7,9	+ 4,0	+ 3,1
Harmonisiert	+ 1,4	+ 2,8	+ 8,6	+ 7,8	+ 3,8	+ 3,0
Kerninflation ²⁾	+ 2,0	+ 2,3	+ 5,1	+ 7,4	+ 4,9	+ 2,9

Q: WIFO, OeNB, Statistik Austria. 2023 bis 2025: Prognose. – ¹⁾ Private Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Ohne Energie, Lebensmittel, Alkohol und Tabak.

Übersicht 9: Löhne, Wettbewerbsfähigkeit

	2020	2021	2022	2023	2024	2025
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Löhne und Gehälter pro Kopf ¹⁾						
Nominell, brutto	+ 2,2	+ 2,7	+ 4,7	+ 8,2	+ 7,8	+ 4,5
Real ²⁾						
Brutto	+ 0,8	- 0,1	- 3,6	+ 0,3	+ 3,7	+ 1,4
Netto	+ 1,6	- 0,9	- 2,9	+ 1,0	+ 4,2	+ 1,3
Löhne und Gehälter je geleistete Arbeitsstunde ³⁾						
Real ²⁾ , netto	+ 9,5	- 3,9	- 2,6	+ 1,4	+ 4,5	+ 1,2
	In %					
Lohnquote, bereinigt ⁴⁾	69,3	68,3	69,8	70,3	72,7	73,2
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Lohnstückkosten ⁵⁾ , nominell						
Gesamtwirtschaft	+ 7,6	- 0,1	+ 2,5	+ 9,9	+ 7,7	+ 3,8
Herstellung von Waren	+ 6,2	- 7,6	+ 2,2	+ 10,9	+ 8,6	+ 1,9
Effektiver Wechselkursindex Industriewaren ⁶⁾						
Nominell	+ 1,4	+ 0,6	- 1,5	+ 1,1	+ 0,9	+ 0,5
Real	+ 1,7	+ 0,2	- 1,8	+ 2,6	+ 1,0	+ 0,9

Q: WIFO, Statistik Austria. 2023 bis 2025: Prognose. – ¹⁾ Beschäftigungsverhältnisse laut VGR. – ²⁾ Deflationiert mit dem VPI. – ³⁾ Laut VGR. – ⁴⁾ Arbeitnehmerentgelte in Relation zum Volkseinkommen, bereinigt um die Veränderung des Anteils der unselbständig Beschäftigten an den Erwerbstätigen gegenüber dem Basisjahr 2015. – ⁵⁾ Arbeitskosten in Relation zur Produktivität (Arbeitnehmerentgelte von unselbständig Beschäftigten je geleistete Arbeitsstunde im Verhältnis zum BIP bzw. zur Bruttowertschöpfung von Erwerbstätigen je geleistete Arbeitsstunde) einschließlich Kurzarbeitsbeihilfen. – ⁶⁾ Export- und importgewichtet, real, gemessen am harmonisierten VPI.

3.4 Tourismusnachfrage verläuft antizyklisch zur Konjunktur

Die Nachfrage nach Tourismusdienstleistungen trotz bislang der Konjunkturschwäche und der hohen Teuerung in vielen Ländern. In der Sommersaison 2023 wurde in Öster-

reich ein Höchstwert an Übernachtungen erreicht, und die Aussichten für den Winter sind weiterhin positiv, wenngleich sich die Stimmung der Tourismusbetriebe zwischenzeitlich eingetrübt hat. 2024 und 2025 dürfte zwar die mengenmäßige Nachfrage hoch bleiben, die Spareinigung der Gäste aber

zunehmen. Dazu tragen auch die überdurchschnittlich hohen Preissteigerungen in der Beherbergung und Gastronomie bei. Nach einem kräftigen Anstieg 2023 werden die Wertschöpfung in diesem Bereich und die Reiseverkehrsexporte merklich schwächer zulegen. Die Tourismuswirtschaft verläuft derzeit also antizyklisch zur Gesamtkonjunktur.

Auch in anderen Dienstleistungsbranchen stützten 2023 Erholungseffekte nach der COVID-19-Pandemie noch die Entwicklung. Im Handel brach die Wertschöpfung hingegen regelrecht ein. Die Umsätze im Einzelhandel sinken aufgrund der schwachen Konsumnachfrage, und im Großhandel schlägt sich die Flaute im produzierenden Bereich in einem starken Absatzrückgang nieder. Auch in den Verkehrsdienstleistungen dürfte die Wertschöpfung wegen der Schwäche der Warenproduktion und des Warenhandels deutlich zurückgehen. Die sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen, die vorwiegend Leistungen für die Sachgütererzeugung, die Bauwirtschaft und den Großhandel erbringen, stagnieren 2023. Mit der Erholung in der Industrie und dem Wiedererstarren der Konsum- und Investitions-

nachfrage dürfte die Wertschöpfung in den meisten Dienstleistungsbranchen 2024 und 2025 wieder kräftig zulegen.

3.5 Vorübergehende Eintrübung auf dem Arbeitsmarkt

Die unselbständig aktive Beschäftigung steigt 2023, wobei das Wachstum zu Jahresbeginn maßgeblich vom Tourismussektor getragen war. In der zweiten Jahreshälfte zeigte sich hingegen in mehreren Branchen eine deutlich abgeschwächte, teilweise auch negative Beschäftigungsentwicklung. Insbesondere im Handel und in der Bauwirtschaft sank die Beschäftigung im Vergleich zum Vorjahr. Auch der Bereich der Arbeitskräfteüberlassung verlor das gesamte Jahr hindurch an Beschäftigten, vor allem zum Jahresende hin. In Summe erwartet das WIFO für 2023 einen Beschäftigungszuwachs von 1,1%. Im Jahr 2024 wird sich der Zuwachs in etwa halbieren. Der Arbeitsmarkt dürfte erst verzögert auf die Konjunkturuntrübung reagieren, insbesondere weil viele Unternehmen aufgrund hoher Suchkosten derzeit noch versuchen, Arbeitskräfte zu halten.

Die Tourismuskonsumnachfrage verläuft derzeit antizyklisch zur Konjunktur der Gesamtwirtschaft. Handel und sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen leiden unter der Schwäche im produzierenden Bereich.

Der Arbeitsmarkt ist weiterhin robust, auch weil die Unternehmen Arbeitskräfte horten. Die Arbeitslosigkeit nimmt 2023 dennoch zu und sinkt erst 2025 wieder.

Übersicht 10: Arbeitsmarkt

	2020	2021	2022	2023	2024	2025
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000					
Nachfrage nach Arbeitskräften						
Aktiv Erwerbstätige ¹⁾	- 76,6	+ 96,9	+ 115,6	+ 47,0	+ 28,0	+ 57,0
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾	- 76,1	+ 90,4	+ 110,2	+ 44,0	+ 26,0	+ 53,0
Inländische Arbeitskräfte	- 53,9	+ 28,1	+ 22,9	- 9,0	- 5,0	- 7,0
Ausländische Arbeitskräfte	- 22,2	+ 62,4	+ 87,4	+ 53,0	+ 31,0	+ 60,0
Selbständige ²⁾	- 0,5	+ 6,5	+ 5,4	+ 3,0	+ 2,0	+ 4,0
Angebot an Arbeitskräften						
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter						
15 bis 64 Jahre	+ 9,9	+ 5,4	+ 48,6	+ 32,9	- 0,1	- 18,1
Erwerbspersonen ³⁾	+ 31,7	+ 19,0	+ 47,0	+ 55,0	+ 31,0	+ 40,0
Überhang an Arbeitskräften						
Arbeitslose (laut AMS)	+ 108,3	- 77,9	- 68,6	+ 8,0	+ 3,0	- 17,0
Personen in Schulung	- 4,9	+ 13,2	- 0,8	+ 1,0	+ 4,0	- 3,0
In%						
Arbeitslosenquote						
In % der Erwerbspersonen (laut Eurostat) ⁴⁾	6,0	6,2	4,8	5,2	5,2	4,9
In % der Erwerbspersonen (laut AMS)	8,9	7,2	5,6	5,7	5,8	5,4
In % der unselbständigen Erwerbspersonen (laut AMS)	9,9	8,0	6,3	6,4	6,4	6,0
Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Erwerbspersonen ³⁾	+ 0,7	+ 0,4	+ 1,0	+ 1,2	+ 0,7	+ 0,9
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾	- 2,0	+ 2,5	+ 3,0	+ 1,1	+ 0,7	+ 1,4
Arbeitslose (laut AMS)	+ 35,9	- 19,0	- 20,7	+ 3,0	+ 1,1	- 6,2
Stand in 1.000	409,6	331,7	263,1	271,1	274,1	257,1

Q: WIFO, Arbeitsmarktservice, Dachverband der Sozialversicherungsträger, Eurostat, Statistik Austria. 2023 bis 2025: Prognose. – ¹⁾ Ohne WIFO in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – ²⁾ Laut WIFO, einschließlich freier Berufe und Mithelfender. – ³⁾ Aktiv Erwerbstätige plus Arbeitslose. – ⁴⁾ Labour Force Survey.

Die Arbeitslosigkeit nimmt 2023 zu. Neben der Konjunkturschwäche trägt dazu die Einbeziehung von Ukrainer:innen in die Arbeitslosenstatistik im Frühjahr 2023 bei. Der österreichische Arbeitsmarkt wurde im April 2023 für die Vertriebenen aus der Ukraine geöffnet, wodurch jene Personen, die bereits beim AMS registriert waren, nunmehr offiziell als Arbeitslose aufschienen. Die Arbeitslosenquote dürfte 2023 und 2024 höher sein als 2022, und sich 2025 infolge der Konjunkturerholung wieder verringern. Teilweise erfolgt jedoch eine Verschiebung aus der Arbeitslosigkeit in Schulungen, deren Zahl 2024 steigen dürfte. Die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte nimmt in den Jahren 2023 bis 2025 stärker zu als die Beschäftigung insgesamt, weil die Zahl der inländischen Arbeitskräfte demografisch bedingt sinkt.

3.6 Inflation geht weiter zurück

Die Verbraucherpreisinflation sank im Laufe des Jahres 2023 deutlich und war am Jahresende nur mehr etwa halb so hoch wie zu Jahresbeginn. Im Jahresdurchschnitt fiel die Inflationsrate allerdings nur geringfügig niedriger aus als im Vorjahr, da der Preisauftrieb in der ersten Jahreshälfte 2022 schwächer gewesen war als in der zweiten. Während Energie 2023 kaum zur Teuerung beitrug und diese am Jahresende sogar dämpfte, waren die Preise für Industriegüter, Nahrungsmittel sowie vor allem Dienstleistungen deutlich höher als im Vorjahr. Zudem erweist sich die Teuerung bei den Dienstleistungen bislang als hartnäckig.

2024 und 2025 wird die Inflation weiter sinken. Zwar orientieren sich die Lohnabschlüsse an den vergangenen Inflationsraten, sie dürften der Teuerung aber keinen neuerlichen Schub verleihen, weil sich die vergangenen Preissteigerungen zum Teil in höheren Gewinnen niedergeschlagen haben, und die Unternehmen diese nun über die Lohnerhöhungen an die Beschäftigten weitergeben. Zudem besteht angesichts der schwachen Konjunktur derzeit weniger Spielraum für weitere Preisanhebungen. Die Energiepreise dürften 2024 die Inflation dämpfen, da der Rückgang der Großhandelspreise teilweise an die Verbraucher:innen weitergegeben wird. Zur Dämpfung trägt auch die Strompreisbremse bei, die bis Ende 2024 verlängert wurde. In Summe ist der negative Inflationsbeitrag der Energiepreise allerdings gering, auch weil der Großhandelspreis für Erdgas auf dem europäischen Markt mittelfristig deutlich höher bleiben wird als vor seinem sprunghaften Anstieg im Jahr 2021. Der Preisauftrieb von Industriegütern, Nahrungsmitteln und Dienstleistungen wird sich hingegen nur langsam verringern, sodass die Inflationsrate auch 2024 erhöht bleibt (4%). 2025 dürfte die Inflation weiter sinken und im Jahresdurchschnitt 3,1% betragen. Von den Energiepreisen wird 2025 keine inflationsdämpfende Wirkung mehr

ausgehen, auch weil die Strompreisbremse Ende 2024 ausläuft.

Gemessen am Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) ist die Inflation in Österreich im Jahresdurchschnitt 2023 um etwa 2 Prozentpunkte höher als im Euro-Raum. Dieses Inflationsdifferenzial wird sich 2024 und 2025 auf unter 1 Prozentpunkt verkleinern. Die Unterschiede in der Teuerung dürften allerdings nur wenig Auswirkung auf die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen haben, sondern vielmehr die Gewinne schmälern, da Exporteure sich an den Preisen auf den Absatzmärkten orientieren. Der Index für den real-effektiven Wechselkurs für Industriewaren wird über den Prognosehorizont leicht steigen.

3.7 Budgetdefizit und Staatsschuldenquote sinken

Die Staatseinnahmen werden in Relation zum BIP in den Jahren 2023 bis 2025 weitgehend konstant bleiben, weil der Anstieg der nominellen Einkommen aufgrund der automatischen Anpassung der Steuerstufen (Abschaffung der kalten Progression) keinen Anstieg der Steuerquote nach sich ziehen wird. Die Staatsausgaben dürften hingegen 2025 in Relation zur Wirtschaftsleistung deutlich sinken. Hierin schlägt sich insbesondere der Wegfall der pandemiebedingten Ausgaben nieder. Die Verlängerung der Strompreisbremse belastet die öffentlichen Haushalte dagegen auch 2024. Zudem steigen aufgrund des Tarifabschlusses im öffentlichen Dienst die Ausgaben für Löhne und Gehälter sowie die Pensionsausgaben. Auch der Zinsanstieg belastet zunehmend den Staatshaushalt; die Zinsausgabenquote, die 2022 bei 0,9% des BIP lag, dürfte bis 2025 auf 1,5% steigen.

Insgesamt verbessert sich der Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte 2023 deutlich und dürfte bis 2025 auf -2% des BIP verringert werden. Die Staatsschuld wird demnach auf 73½% des BIP schrumpfen, was einer Reduktion um etwa 5 Prozentpunkte gegenüber 2022 entspricht.

3.8 Rückgang der Treibhausgasemissionen im Prognosezeitraum

Die Treibhausgasemissionen werden 2023 deutlich zurückgehen. Dies liegt am sinkenden Kraftstoffverbrauch, an den milden Temperaturen, die einen geringeren Heizbedarf nach sich ziehen, sowie einem deutlichen Rückgang des Gaseinsatzes – insbesondere für die Verstromung. Zudem sank der Kohleverbrauch in der zweiten Jahreshälfte 2023 deutlich. Für 2024 wird unterstellt, dass die Zahl der Heizgradtage zum langfristigen Trend zurückkehrt und der Heizbedarf somit wieder steigt. Im Jahresdurchschnitt 2024 wird der Strom- und Gasverbrauch aber niedriger ausfallen als im Vorjahr, weil

Die Inflation dürfte 2024 und 2025 in Österreich um knapp 1 Prozentpunkt höher sein als im Euro-Raum.

Das Budgetdefizit verringerte sich 2023 deutlich und dürfte bis 2025 auf 2% des BIP sinken. Die Schuldenquote beträgt 2025 knapp 74% der Wirtschaftsleistung.

einige Energiesysteme ausgetauscht worden sind, worauf der starke Rückgang des Verbrauchs in der zweiten Jahreshälfte 2023 hindeutet. In Kombination mit der schwachen Konjunktur ergibt sich daraus 2024 abermals

ein Emissionsrückgang. Mit der Konjunkturerholung, insbesondere in der Industrie, dürfte der Treibhausgasausstoß dann 2025 kaum mehr sinken.

Übersicht 11: Fiskal- und geldpolitische Kennzahlen

	2020	2021	2022	2023	2024	2025
	In % des BIP					
Fiskalpolitik						
Finanzierungssaldo des Staates ¹⁾	- 8,0	- 5,8	- 3,5	- 2,3	- 2,4	- 2,0
Primärsaldo des Staates	- 6,6	- 4,7	- 2,6	- 1,2	- 1,1	- 0,5
Staatseinnahmen	48,8	50,4	49,6	48,8	48,7	48,7
Staatsausgaben	56,8	56,2	53,2	51,1	51,2	50,8
Schuldenstand des Staates ¹⁾	83,0	82,5	78,4	75,5	74,5	73,6
	In %					
Geldpolitik						
Dreimonatszinssatz	- 0,4	- 0,5	0,3	3,5	3,9	3,1
Sekundärmarktrendite ²⁾	- 0,2	- 0,1	1,7	3,2	4,0	3,9

Q: WIFO, EZB, OeNB, Statistik Austria. 2023 bis 2025: Prognose. – ¹⁾ Laut Maastricht-Definition. – ²⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark).

4. Risiken

Der Konflikt im Gaza-Streifen hatte bislang keine unmittelbaren Folgen für die Weltwirtschaft. Er könnte sich allerdings mit dem Eintreten anderer Regionalmächte wie z. B. dem Iran ausweiten. Das Risiko eines Ölpreisschocks, wie er 1973 durch das Ölembargo der arabischen OPEC-Länder in Reaktion auf die Unterstützung Israels durch den Westen im Jom-Kippur-Krieg ausgelöst wurde, erscheint allerdings begrenzt, da die USA mittlerweile selbst Nettoexporteur von Rohöl sind. Eine Sperre wichtiger Handelsrouten, etwa des Suez-Kanals, wäre allerdings denkbar und könnte neuerlich Lieferkettenprobleme nach sich ziehen.

Risiken birgt weiterhin auch der Ukraine-Krieg. In Verbindung mit einem ungewöhnlich kalten Winter könnten die Gasvorräte in Europa rasch schwinden, zumal noch immer Erdgas und Rohöl aus Russland importiert werden. Eine Verknappung könnte neuerliche Preissprünge bei Erdgas auslösen und die Inflation befeuern, falls etwa der Gas-transportvertrag zwischen Russland und der Ukraine Ende 2024 ersatzlos ausläuft.

Ein Risiko für die Weltwirtschaft geht zudem von China aus, wo hohe Schulden von Unternehmen und privaten Haushalten die Bauwirtschaft belasten. Chinas Konjunktur-

schwäche zeigte sich zuletzt auch an einem Sinken des Preisniveaus, was – ähnlich wie lange Zeit in Japan – die Nachfrage zusätzlich dämpfen könnte.

In Österreich könnte eine länger anhaltende Flaute in der Industrie zu einem Abbau von Arbeitskräften führen, wodurch die Arbeitslosigkeit stärker stiege als bisher beobachtet. Dies könnte die Suchkosten senken und einen weiteren Beschäftigungsrückgang nach sich ziehen, weil sich das Horten von Arbeitskräften in Relation dazu verteuert. Ein daraus resultierender Anstieg der Arbeitslosigkeit könnte den Konjunkturaufschwung, der 2024 wesentlich von den Konsumausgaben der privaten Haushalte getragen wird, bremsen.

Im Gegensatz dazu könnte ein rascher Rückgang der Inflation im Euro-Raum die Europäische Zentralbank veranlassen, die Leitzinsen rascher zu senken als in der Prognose unterstellt. Dies würde die Finanzierungskosten der Unternehmen und privaten Haushalte unmittelbar verringern und der Konjunktur zusätzlich Schub verleihen. In der Folge könnte allerdings auch die Inflation in Österreich noch länger hoch bleiben, was eine Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit gegenüber anderen Ländern des Euro-Raums nach sich ziehen würde.

Methodische Hinweise und Kurzglossar

Die laufende Konjunkturberichterstattung gehört zu den wichtigsten Produkten des WIFO. Um die Lesbarkeit zu erleichtern, werden ausführliche Erläuterungen zu Definitionen und Fachbegriffen nach Möglichkeit nicht im analytischen Teil gebracht, sondern im vorliegenden Glossar zusammengefasst.

Rückfragen: astrid.czaloun@wifo.ac.at, christine.kaufmann@wifo.ac.at, martha.steiner@wifo.ac.at

Periodenvergleiche

Zeitreihenvergleiche gegenüber der Vorperiode, z. B. dem Vorquartal, werden um jahreszeitlich bedingte Effekte bereinigt. Dies schließt auch die Effekte ein, die durch eine unterschiedliche Zahl von Arbeitstagen in der Periode ausgelöst werden (etwa Ostern).

Die Formulierung "veränderte sich gegenüber dem Vorjahr . . ." beschreibt hingegen eine Veränderung gegenüber der gleichen Periode des Vorjahres und bezieht sich auf unbereinigte Zeitreihen.

Die Analyse der saison- und arbeitstägig bereinigten Entwicklung liefert genauere Informationen über den aktuellen Konjunkturverlauf und zeigt Wendepunkte früher an. Die Daten unterliegen allerdings zusätzlichen Revisionen, da die Saisonbereinigung auf statistischen Methoden beruht.

Wachstumsüberhang

Der Wachstumsüberhang bezeichnet den Effekt der Dynamik im unterjährigen Verlauf (in saisonbereinigten Zahlen) des vorangegangenen Jahres (t_0) auf die Veränderungsrate des Folgejahres (t_1). Er ist definiert als die Jahresveränderungsrate des Jahres t_1 , wenn das BIP im Jahr t_1 auf dem Niveau des IV. Quartals des Jahres t_0 (in saisonbereinigten Zahlen) bleibt.

Durchschnittliche Veränderungsrate

Die Zeitangabe bezieht sich auf Anfangs- und Endwert der Berechnungsperiode: Demnach beinhaltet die durchschnittliche Rate 2005/2010 als 1. Veränderungsrate jene von 2005 auf 2006, als letzte jene von 2009 auf 2010.

Reale und nominelle Größen

Die ausgewiesenen Werte sind grundsätzlich real, also um Preiseffekte bereinigt, zu verstehen. Werden Werte nominell ausgewiesen (z. B. Außenhandelsstatistik), so wird dies eigens angeführt.

Inflation, VPI und HVPI

Die Inflationsrate misst die Veränderung der Verbraucherpreise gegenüber dem Vorjahr. Der Verbraucherpreisindex (VPI) ist ein Maßstab für die nationale Inflation. Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) ist die Grundlage für die vergleichbare Messung der Inflation in der EU und für die Bewertung der Preisstabilität innerhalb der Euro-Zone (siehe auch <https://www.statistik.at>).

Die Kerninflation als Indikator der Geldpolitik ist nicht eindeutig definiert. Das WIFO folgt der gängigen Praxis, für die Kerninflation die Inflationsrate ohne die Gütergruppen unverarbeitete Nahrungsmittel und Energie zu verwenden. So werden über 87% der im österreichischen Warenkorb für den Verbraucherpreisindex (VPI 2020) enthaltenen Güter und Dienstleistungen in die Berechnung der Kerninflation einbezogen.

WIFO-Konjunkturtest und WIFO-Investitionsbefragung

Der WIFO-Konjunkturtest ist eine monatliche Befragung von rund 1.700 österreichischen Unternehmen zur Einschätzung ihrer aktuellen und künftigen wirtschaftlichen Lage. Die WIFO-Investitionsbefragung ist eine halbjährliche Befragung von Unternehmen zu ihrer Investitionstätigkeit im Rahmen des WIFO-Konjunkturtests (<https://www.konjunkturtest.at>). Die Indikatoren sind Salden zwischen dem Anteil der positiven und jenem der negativen Meldungen an der Gesamtzahl der befragten Unternehmen gewichtet nach Beschäftigten.

Arbeitslosenquote

Österreichische Definition: Anteil der zur Arbeitsvermittlung registrierten Personen am Arbeitskräfteangebot der Unselbständigen. Das Arbeitskräfteangebot ist die Summe aus Arbeitslosenbestand und unselbständig Beschäftigten (gemessen in Standardbeschäftigungsverhältnissen). Datenbasis: Registrierungen bei AMS und Dachverband der Sozialversicherungsträger.

Definition gemäß ILO und Eurostat: Als arbeitslos gelten Personen, die nicht erwerbstätig sind und aktiv einen Arbeitsplatz suchen. Als erwerbstätig zählt, wer in der Referenzwoche mindestens 1 Stunde selbständig oder unselbständig gearbeitet hat. Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, und Lehrlinge zählen zu den Erwerbstätigen, nicht hingegen Präsenz- und Zivildiener. Die Arbeitslosenquote ist der Anteil der Arbeitslosen an allen Erwerbspersonen (Arbeitslose plus Erwerbstätige). Datenbasis: Umfragedaten von privaten Haushalten (Mikrozensus).

Begriffe im Zusammenhang mit der österreichischen Definition der Arbeitslosenquote

Personen in Schulungen: Personen, die sich zum Stichtag in AMS-Schulungsmaßnahmen befinden. Für die Berechnung der Arbeitslosenquote wird ihre Zahl weder im Nenner noch im Zähler berücksichtigt.

Unselbständig aktiv Beschäftigte: Zu den "unselbständig Beschäftigten" zählen auch Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. Zieht man deren Zahl ab, so erhält man die Zahl der "unselbständig aktiv Beschäftigten".

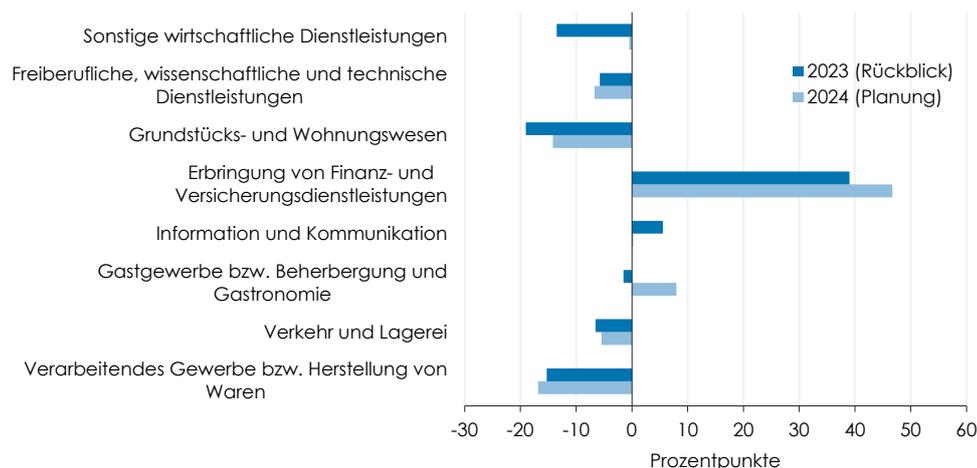
Investitionspläne für 2024 weiter gekürzt

Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung vom Herbst 2023

Klaus Friesenbichler, Werner Hölzl

- Im November 2023 befragte das WIFO rund 1.800 in Österreich tätige Unternehmen zu ihren Investitionsplänen.
- Insgesamt entwickelten sich die Investitionen im Jahr 2023 weitgehend negativ.
- Lediglich Finanz- und Versicherungsdienstleister sowie Unternehmen der Information und Kommunikation meldeten 2023 mehrheitlich eine Ausweitung der Investitionstätigkeit.
- Für 2024 zeigt sich eine leichte Rücknahme der Investitionspläne im Dienstleistungssektor.
- In der Sachgütererzeugung bleibt der Ausblick negativ.
- Sowohl kleine und mittlere Unternehmen (KMU) als auch Großunternehmen planen, ihre Investitionen zu reduzieren.
- Technologische Entwicklungen sind nach wie vor die wichtigste Triebkraft der Investitionstätigkeit.
- Die meisten der geplanten Investitionen dienen dem Ersatz von Anlagen oder Ausrüstungen. Kapazitätserweiterungen spielen eine untergeordnete Rolle.

Entwicklung der Investitionen



"Laut den Ergebnissen der WIFO-Investitionsbefragung wird sich die Investitionstätigkeit 2024 erneut schwach entwickeln, wozu vor allem die Sachgütererzeugung beiträgt."

Die WIFO-Investitionsbefragung weist Salden zwischen den Anteilen der Meldungen einer Ausweitung bzw. Reduktion der Investitionen in Prozentpunkten aus. Diese lassen eine Abschätzung der Investitionsentwicklung auf Branchenebene zu (Q: WIFO-Investitionsbefragung).

Investitionspläne für 2024 weiter gekürzt

Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung vom Herbst 2023

Klaus Friesenbichler, Werner Hölzl

Investitionspläne für 2024 weiter gekürzt. Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung vom Herbst 2023

Die Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung zeigen für 2023 eine rückläufige Investitionsnachfrage. Das Branchenbild lässt auf einen breiten Abschwung schließen. Lediglich Finanz- und Versicherungsdienstleister sowie Unternehmen der Information und Kommunikation meldeten 2023 mehrheitlich Investitionszuwächse. Die Investitionsdynamik dürfte auch 2024 weiter abnehmen, wobei Sachgütererzeuger noch zurückhaltender planen als Dienstleister. Sowohl Großunternehmen als auch kleine und mittelgroße Unternehmen dürften ihre Investitionen 2024 einschränken. Die Investitionstätigkeit wird vor allem durch technologische Entwicklungen getrieben. Am häufigsten dienen Investitionen dem Ersatz veralteter Anlagen oder Ausrüstungen. Kapazitätserweiterungen spielen als Investitionszweck lediglich eine untergeordnete Rolle.

JEL-Codes: D22, D25, G31 • **Keywords:** Investitionen, Prognose, Konjunkturtest, Befragung, Österreich

Begutachtung: Marcus Scheiblecker • **Wissenschaftliche Assistenz:** Birgit Agnezy (birgit.agnezy@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 20. 12. 2023

Kontakt: Klaus Friesenbichler (klaus.friesenbichler@wifo.ac.at), Werner Hölzl (werner.hoelzl@wifo.ac.at)

Investment Plans for 2024 Further Reduced. Results of the Autumn 2023 WIFO Investment Survey

The results of the WIFO investment survey show a decline in investment demand for 2023. The picture across industries suggests a broad-based downturn. Only in financial and insurance activities as well as in information and communication a majority of firms reported having increased their investments in 2023. Investment plans will continue to decline in 2024. Firms in the manufacturing sector are even more cautious than respondents in services with regard to their investment plans for 2024. Both large companies and small and medium-sized enterprises intend to reduce their investments in 2024. Investment activity seems to be primarily driven by technological developments. Investments are most frequently reported to replace old plant or equipment. Capacity expansions only play a subordinate role as an investment purpose.

Österreichs Volkswirtschaft befindet sich in einem Abschwung.

Österreichs Wirtschaft befindet sich in einer Rezession. 2023 dürfte die Wirtschaftsleistung um 0,8% gesunken sein. Die hohe Inflation erhöhte nicht nur die Kosten für Unternehmen, sondern schmälerte auch die Kaufkraft der privaten Haushalte, wodurch die Konsumausgaben stagnierten. 2024 und 2025 sollten steigende Realeinkommen den privaten Konsum stützen. Die Erholung in der Industrie wird sich dagegen etwas verzögern und erst in der zweiten Jahreshälfte 2024 an Schwung gewinnen. Im Gesamtjahr 2024 wird die österreichische Wirtschaft laut der aktuellen WIFO-Prognose (Ederer & Schiman-Vukan, 2023) um 0,9% wachsen. Die Wertschöpfung in der Industrie wird hingegen auch 2024 noch leicht schrumpfen. In der Bauwirtschaft dürfte der Tiefpunkt der Konjunktur ebenfalls erst 2024 erreicht werden. Der Dienstleistungssektor ist von gegenläufigen Entwicklungen geprägt, dürfte aber bereits dieses Jahr deutlich wachsen.

Hohe Preissteigerungen und die beträchtliche Unsicherheit prägen weiterhin das Investitionsumfeld.

Die Investitionsnachfrage brach 2023 ein. Die Verschlechterung der Stimmung, die flauere Auftragslage und die hohen Finanzierungskosten haben dazu geführt, dass Unternehmen ihre Investitionen vermehrt auf-

schieben. Zudem sind die Energiepreise in Europa weiterhin hoch, weshalb ein Teil der Produktion mittelfristig ins außereuropäische Ausland verlagert werden dürfte. Aufgrund der verzögerten Erholung in der Industrie werden sich die Ausrüstungsinvestitionen auch 2024 nur schwach entwickeln (Ederer & Schiman-Vukan, 2023).

Die Unsicherheit bezüglich der Energiepreisentwicklung und das hohe Preisniveau belasten die Investitionsdynamik. Im Gefolge des Ukraine-Krieges stiegen die Energie- und vor allem die Erdgaspreise kräftig, was insbesondere energieintensive Unternehmen traf. Trotz des jüngsten Rückgangs ist der europäische Großhandelspreis für Erdgas immer noch etwa doppelt so hoch wie im Durchschnitt der Jahre 2011 bis 2020. Die weitere Entwicklung der Energiekosten bleibt ungewiss.

Die hohen Energiepreise trieben nicht nur die Verbraucherpreis-inflation, sondern auch die Investitionskosten, zumal der lebhaftere Preisauftrieb eine rasche Straffung der Geldpolitik nach sich zog. Das veränderte Zinsumfeld zeigt sich auch in den Befragungsdaten

des WIFO zu den Kreditbedingungen für österreichische Unternehmen. Im November 2023 lag die Kredithürde – definiert als Saldo des Anteils der Unternehmen, die die Kreditvergabe der Banken als entgegenkommend bezeichnen (positive Werte), und des Anteils jener, welche sie als restriktiv wahrnehmen (negative Werte) – mit –23,0 Punkten tief im negativen Bereich. Von den Unternehmen mit Kreditbedarf (ohne Einzelhandel) mussten rund 45,5% bei der Höhe oder den Konditionen Abstriche machen¹⁾. Dieser Wert liegt weit über dem Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre (26,8%). Nur etwa 20,6% der Unternehmen mit Kreditbedarf konnten diesen wie erwartet decken (Fünfjahresdurchschnitt: 50,5%). Überdurchschnittlich war mit 34,0% der Anteil jener Unternehmen mit Kreditbedarf, die keinen Kredit erhielten oder diesen erst gar nicht beantragt hatten (Fünfjahresdurchschnitt: 22,6%), weil der Kreditantrag von der Bank abgelehnt wurde (7,5%), die Bedingungen nicht akzeptabel waren (15,9%) oder sie wegen Chancenlosigkeit nicht versucht hatten, einen Kredit zu erlangen (10,5%; Hölzl et al., 2023a).

Laut WIFO-Prognose schrumpften die Bruttoanlageinvestitionen (Ausrüstungen, Bauten und sonstige Anlageinvestitionen) im Jahr 2023 um 2%. 2024 dürften sie neuerlich zurückgehen (–1,0%). Die Prognose der gesamtwirtschaftlichen Investitionstätigkeit basiert auf vorläufigen Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) von Statistik Austria. Die VGR weist zwar unterschiedliche Investitionstypen aus (z. B. Investitionen in "Ausrüstungs- und Waffensysteme" oder in "sonstige Anlagen"), unterscheidet jedoch nicht nach Branchen. Zudem handelt es sich um Berechnungen, die mitunter beträchtlichen Revisionen unterliegen. Um zeitnahe, disaggregierte Informationen über die Investitionstätigkeit zu erhalten, befragt das WIFO im Rahmen des Konjunkturtests regelmäßig in Österreich tätige Unternehmen zur Entwicklung ihrer Investitionen. Die Ergebnisse dieser WIFO-Investitionsbefragung erlauben, wie in der Vergangenheit jene des WIFO-Investitionstests, eine frühzeitige Abschätzung der Investitionsentwicklung in Österreich.

Die WIFO-Investitionsbefragung

Seit November 2021 erhebt das WIFO im Rahmen des Konjunkturtests die Investitionsabsichten in Österreich tätiger Unternehmen. Die Stichprobe umfasst rund 1.800 Unternehmen aus dem privaten Sektor. Die so gewonnenen Befragungsdaten leisten einen wesentlichen Beitrag zur Abschätzung der gesamten unternehmerischen Investitionstätigkeit in Österreich.

Die folgenden NACE-Rev.-2-Abschnitte werden berücksichtigt: Verarbeitendes Gewerbe bzw. Herstellung von Waren, Verkehr und Lagerei, Gastgewerbe bzw. Beherbergung und Gastronomie, Information und Kommunikation, Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen, Grundstücks- und Wohnungswesen, freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen, sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen. Die Repräsentativität der Befragung wird im Anhang ausgewiesen.

Die befragten Unternehmen werden zudem nach ihrer Betriebsgröße klassifiziert, wobei Unternehmen mit zumindest 250 Beschäftigten als Großunternehmen und jene mit weniger als 250 Beschäftigten als kleine und mittlere Unternehmen (KMU) definiert werden. Auch Auswertungen nach Bundesländern sind möglich.

Mit der WIFO-Investitionsbefragung wird der WIFO-Investitionstest weitergeführt, der von 1963 bis zum Frühjahr 2021 als eigenständige Befragung durchgeführt wurde und seit 1996 Teil des gemeinsamen harmonisierten Programmes für Konjunkturumfragen in der Europäischen Union war, das von der Europäischen Kommission (Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen – GD ECFIN) finanziell unterstützt wird.

1. Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung

1.1 Investitionen 2023 deutlich gekürzt – Ausblick für 2024 früh

Die befragten Unternehmen berichteten mehrheitlich über Einschränkungen ihrer Investitionstätigkeit im Jahr 2023. Die Ergebnisse spiegeln damit den Konjunkturabschwung wider.

Der Saldo zwischen dem Anteil der Unternehmen, die ihre Investitionen 2023 ausgeweitet haben, und dem Anteil jener, die eine Verringerung meldeten, ist je nach Branche unterschiedlich. In der Erbringung

von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen sowie der Information und Kommunikation ergaben sich für 2023 positive Salden, die eine Ausweitung der Investitionstätigkeit gegenüber dem Vorjahr anzeigen. Für alle anderen Branchen sind die Salden dagegen negativ, insbesondere im Grundstücks- und Wohnungswesen, in den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (z. B. der Vermietung von beweglichen Sachen und der Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften) und im verarbeitenden Gewerbe bzw. der Herstellung von Waren.

Die Mehrzahl der heimischen Unternehmen gab an, ihre Investitionen 2023 reduziert zu haben.

¹⁾ 33,4% der befragten Unternehmen berichteten von schlechteren Konditionen und 2,0% von einer

geringeren Kredithöhe, als sie vorab erwartet hatten. 10,0% meldeten beides.

2024 dürfte sich die Investitionsdynamik nur in wenigen Branchen entspannen, etwa im Gastgewerbe und in den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen.

Sowohl Großunternehmen als auch KMU planen, ihre Investitionstätigkeiten zu reduzieren.

Die Einschätzungen für das Jahr 2024 fallen ebenfalls verhalten aus. Unternehmen in der Herstellung von Waren, in Verkehr und Lagerei, im Grundstücks- und Wohnungswesen sowie in den freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen rechnen für 2024 mehrheitlich mit einer erneuten Einschränkung der Investitionstätigkeit²⁾, wie an den negativen Salden ablesbar ist. In der Beherbergung und Gastronomie und in den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen sollte die Investitionsaktivität im Vergleich zu 2023 etwas Fahrt aufnehmen. In der letzteren Branche halten sich positive und negative Erwartungen die

Waage. Mit einer deutlichen Ausweitung der Investitionen rechnen erneut nur Erbringer von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen.

Nach Unternehmensgröße unterscheiden sich die Investitionspläne kaum. Großunternehmen ab 250 Beschäftigten meldeten für 2024 ebenso wie kleine und mittlere Unternehmen häufiger Kürzungen als Ausweitungen. Großunternehmen dürften ihre Investitionen etwas schwächer einschränken als KMU. Der Abstand der Salden zwischen den beiden Unternehmensgrößenklassen bleibt auch 2024 unverändert (Übersicht 1).

Übersicht 1: Investitionen

Nach ÖNACE-Abschnitten und Unternehmensgröße

	2023				2024			
	Steigen	Gleich bleiben	Sinken	Saldo	Steigen	Gleich bleiben	Sinken	Saldo
	In % der Meldungen			Prozentpunkte	In % der Meldungen			Prozentpunkte
Verarbeitendes Gewerbe bzw. Herstellung von Waren	20	45	35	-15	23	37	40	-17
Verkehr und Lagerei	22	50	28	-7	22	50	28	-5
Gastgewerbe bzw. Beherbergung und Gastronomie	26	47	27	-2	37	35	29	8
Information und Kommunikation	21	64	15	6	14	72	14	0
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	44	50	5	39	54	40	7	47
Grundstücks- und Wohnungswesen	9	64	28	-19	10	66	24	-14
Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen	15	63	21	-6	20	54	26	-7
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	11	65	24	-14	19	62	19	0
Dienstleistungen insgesamt (gewichtet)	17	66	17	0	17	63	19	-2
Kleine und mittlere Unternehmen	19	52	29	-10	22	47	31	-9
Großunternehmen	21	50	28	-7	26	44	31	-5

Q: WIFO-Investitionsbefragung Herbst 2023. Die zugrundeliegenden Fragen lauten: "Im Vergleich zum Vorjahr werden unsere Investitionen heuer . . ." und "Im Vergleich zu heuer werden unsere Investitionen im nächsten Jahr . . .".

Übersicht 2: Investitionen der Sachgütererzeugung

	2023				2024			
	Steigen	Gleich bleiben	Sinken	Saldo	Steigen	Gleich bleiben	Sinken	Saldo
	In % der Meldungen			Prozentpunkte	In % der Meldungen			Prozentpunkte
Vorprodukte	16	44	40	-24	21	35	44	-23
Investitionsgüter	30	45	24	6	24	40	37	-13
Kraftfahrzeuge	70	29	1	69	70	8	22	49
Konsumgüter	11	53	36	-25	26	40	34	-7
Dauerhafte Konsumgüter (Gebrauchsgüter)	23	16	61	-38	29	41	30	-1
Nichtdauerhafte Konsumgüter (Verbrauchsgüter)	9	59	32	-23	26	40	34	-8
Nahrungsmittel und Getränke	7	64	28	-21	33	34	33	0

Q: WIFO-Investitionsbefragung Herbst 2023. Die zugrundeliegenden Fragen lauten: "Im Vergleich zum Vorjahr werden unsere Investitionen heuer . . ." und "Im Vergleich zu heuer werden unsere Investitionen im nächsten Jahr . . .".

²⁾ Im langfristigen Durchschnitt 2008/2017 machten die Investitionen des verarbeitenden Gewerbes bzw. der Herstellung von Waren laut Leistungs- und Strukturhebung der Statistik Austria 23,3% der gesamten

Investitionen des Unternehmenssektors aus (Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen: 18,7%, Verkehr und Lagerei: 14,9%; Friesenbichler et al., 2021a).

Innerhalb der Herstellung von Waren zeigt sich ein gemischtes Bild. Die Konsumgütererzeuger, die ihre Investitionen nach der COVID-19-Krise stark ausgeweitet hatten, reduzierten diese im Jahr 2023. Ihre derzeitigen Investitionspläne deuten für 2024 auf eine Verlangsamung des Rückgangs hin (Übersicht 2). Im Falle der Hersteller dauerhafter Konsumgüter ist der Saldo nach den

Kürzungen im Vorjahr für 2024 sogar nahezu ausgeglichen. Ein Überhang an positiven Meldungen ist erneut in der Kfz-Branche ersichtlich. Die Erzeuger von Vorprodukten rechnen nach 2023 auch für 2024 mehrheitlich mit rückläufigen Investitionen. Investitionsgüterproduzenten dürften 2024 weniger investieren als im Vorjahr.

Sachgütererzeuger melden sowohl für 2023 als auch für 2024 rückläufige Investitionen. Vor allem Investitionsgüterproduzenten werden 2024 weniger investieren als im Vorjahr.

Gewichtung

Es wurden zwei verschiedene Gewichtungsansätze gewählt, einer für die Beobachtungen innerhalb der Branchen und ein zweiter für Branchengruppen bzw. Sektoren.

Für einzelne Branchen werden die jeweiligen Beschäftigungsstände der Unternehmen als Gewichte herangezogen. Da Österreichs Wirtschaftsstruktur von wenigen Großunternehmen dominiert wird, werden Unternehmen ab 250 Beschäftigten mit einem Maximalwert von 250 berücksichtigt, d. h. sie erhalten – relativ gesehen – ein geringeres Gewicht als ihnen aufgrund der Beschäftigtenanzahl tatsächlich zustünde.

Um gewichtete Aggregate von Branchengruppen zu erhalten (z. B. für die Klasse der "Konsumgüterproduzenten" oder den "Dienstleistungssektor" insgesamt), werden Gewichte auf sektoraler Ebene anhand der Variable "Gesamtinvestitionen" in den Daten der Leistungs- und Strukturhebung (LSE) der Statistik Austria berechnet. Die LSE ist die wichtigste Quelle für offizielle Investitionsdaten in Österreich. Um mögliche Verzerrungen aufgrund konjunktureller Schwankungen zu minimieren, wurde für die Berechnung der Gewichte – d. h. der Anteile der Branchengruppen – ein langfristiger Durchschnitt für den Zeitraum 2008/2017 herangezogen.

Auch regional zeigen sich beträchtliche Unterschiede hinsichtlich der Investitionstätigkeit der in der Stichprobe enthaltenen Unternehmen. Für das Jahr 2023 ergaben sich lediglich für das Burgenland, Vorarlberg und Wien positive Salden, während die befragten Unternehmen in den anderen Bundesländern mehrheitlich sinkende Investitionen meldeten. Diese regionale Spreizung setzt sich in den Investitionsplänen für 2024 fort. Für 2024 sind die Salden für Kärnten, Tirol, Salzburg, die Steiermark und Oberösterreich erneut negativ. Jene für Wien und das

Burgenland bleiben deutlicher, der Saldo für Vorarlberg schwach positiv. In Niederösterreich halten sich positive und negative Antworten die Waage.

Im Vergleich zum Vorjahr ist 2024 vor allem in Kärnten, Tirol und Vorarlberg eine rückläufige Investitionsentwicklung zu erwarten. Hier haben sich die Salden merklich reduziert. Verbesserungen zeigen sich vor allem für Niederösterreich, die Steiermark und Oberösterreich.

Während Unternehmen in Wien und im Burgenland für 2024 mehrheitlich höhere Investitionen erwarten, sind die Salden vor allem in Kärnten, aber auch in Tirol, Salzburg, der Steiermark und Oberösterreich negativ.

Übersicht 3: Investitionen nach Bundesländern

	2023				Saldo	2024			
	Steigen	Gleich bleiben	Sinken	Prozentpunkte		Steigen	Gleich bleiben	Sinken	Prozentpunkte
	In % der Meldungen					In % der Meldungen			
Wien	22	63	15	7	28	51	21	6	
Niederösterreich	16	52	31	- 15	22	55	22	0	
Burgenland	30	55	14	16	46	25	29	18	
Steiermark	11	53	36	- 25	19	50	32	- 13	
Kärnten	18	57	24	- 6	11	45	44	- 33	
Oberösterreich	19	44	38	- 19	22	44	34	- 11	
Salzburg	15	59	26	- 11	20	46	34	- 14	
Tirol	27	45	28	- 1	27	31	42	- 16	
Vorarlberg	46	28	26	20	34	34	32	2	

Q: WIFO-Investitionsbefragung Herbst 2023. Die Stichprobe umfasst Unternehmen aus der Sachgütererzeugung und den Dienstleistungsbranchen. Das Bauwesen (Abschnitt F), der Handel (Abschnitt G) und der öffentliche Sektor werden nicht berücksichtigt. Die zugrundeliegenden Fragen lauten: "Im Vergleich zum Vorjahr werden unsere Investitionen heuer . . ." und "Im Vergleich zu heuer werden unsere Investitionen im nächsten Jahr . . .".

1.2 Einflussfaktoren der Investitionen

Im Fragebogen erhebt das WIFO auch die wichtigsten Bestimmungsgründe der Investitionen, sowohl für das jeweils laufende Kalenderjahr zum Zeitpunkt der Befragung – die

aktuelle Befragung wurde im November 2023 durchgeführt – als auch für das Folgejahr. Die Antwortkategorien lauten "Nachfrage und deren (wahrscheinliche) Entwicklung", "finanzielle Ressourcen", "technolo-

Die Investitionen werden vor allem von technologischen Entwicklungen getrieben.

gische Entwicklungen" und "andere Faktoren". Mehrfachnennungen sind möglich.

Die wichtigste Triebkraft der Investitionen war 2023 weiterhin die technologische Entwicklung, vor allem im Dienstleistungssektor. Besonders ausgeprägt war ihre Bedeutung in der Erbringung von Finanz- und Versiche-

rungsdienstleistungen, in der Information und Kommunikation sowie in den freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen. Technologie spielt auch in der Sachgütererzeugung eine zentrale Rolle für die Investitionstätigkeit. Groß- wie Kleinunternehmen schreiben ihr gleichermaßen eine hohe Bedeutung zu (Übersicht 4).

Übersicht 4: Einflussfaktoren auf die Investitionstätigkeit

Nach ÖNACE-Abschnitten und Unternehmensgröße

	2023				2024			
	Nachfrage	Finanzielle Ressourcen	Technologische Entwicklungen	Andere Faktoren	Nachfrage	Finanzielle Ressourcen	Technologische Entwicklungen	Andere Faktoren
	In % der Meldungen							
Verarbeitendes Gewerbe bzw. Herstellung von Waren	35	13	51	31	39	15	52	30
Verkehr und Lagerei	38	15	40	35	44	11	42	38
Gastgewerbe bzw. Beherbergung und Gastronomie	28	11	30	52	31	11	35	50
Information und Kommunikation	31	12	82	12	40	16	78	10
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	11	23	70	34	25	25	71	35
Grundstücks- und Wohnungswesen	30	10	54	40	48	10	55	39
Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen	31	10	57	26	28	8	62	26
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	35	17	32	32	41	12	37	34
Dienstleistungen insgesamt (gewichtet)	39	22	48	30	46	20	48	29
Kleine und mittlere Unternehmen	32	12	48	33	36	14	50	32
Großunternehmen	35	15	52	30	40	13	54	31

Q: WIFO-Investitionsbefragung Herbst 2023. Die zugrundeliegenden Fragen lauten: "Was sind die wichtigsten Faktoren, die Sie heuer zu Investitionen anregen?" und "Was sind die wichtigsten Faktoren, die Sie im nächsten Jahr zu Investitionen anregen werden?" (Mehrfachnennungen möglich).

Neben der technologischen Entwicklung sind die Nachfrage und "andere Faktoren" die wichtigsten Einflussfaktoren der Investitionstätigkeit.

Die Investitionsdynamik wird nach wie vor durch zahlreiche externe Faktoren beeinflusst. Der Ukraine-Krieg, die damit einhergehenden Lieferkettenprobleme und die in Österreich weiterhin bestehende Unsicherheit bezüglich der Energieversorgung dürften in einigen Betrieben das Investitionsportfolio verändern. Wie Hölzl et al. (2023b) zeigen, führen die höheren Energiepreise nicht nur zu einer Reallokation von Marktanteilen im internationalen Warenhandel, sondern belasten neben diesem auch die weltweite Industrieproduktion. Die wirtschaftspolitische Unsicherheit dämpft die Ausrüstungsinvestitionen und das Unternehmenswachstum und fördert die geografische Verlagerung von Unternehmensaktivitäten sowie ihre Auslagerung an ausländische Zulieferer.

Auch die österreichische Wirtschaftspolitik stellt einen Einflussfaktor dar. Die "Investitionsprämie", ein Programm zur Förderung von Investitionen in das abnutzbare Anlagevermögen, wirkt weiterhin in zweifacher Weise: Zum einen führt sie zu Mehrinvestitionen, die ohne Prämie nicht getätigt worden wären. Zum anderen bewirkt sie, dass erst später geplante Investitionen vorgezogen werden und demnach in den Folgejahren entfallen.

³⁾ Siehe auch Friesenbichler et al. (2021a).

Es ist naheliegend, dass die investitionsfördernden Wirkungen vor allem bald nach dem Inkrafttreten der Maßnahme in den Jahren 2021 und 2022 zu beobachten waren. Mittlerweile dürften die Echoeffekte der Investitionsprämie die Investitionsdynamik verringern. Solche externen Bestimmungsgründe der Investitionstätigkeit werden durch die Kategorie "andere Faktoren" gemessen³⁾. Auch sind branchenspezifische Regulierungen, etwa im Grundstücks- und Wohnungswesen, zumindest teilweise in dieser Kategorie abgebildet.

"Andere Faktoren" waren 2023 das am zweithäufigsten genannte Motiv für Investitionen. Besonders hoch war der Anteil der Nennungen im Gastgewerbe und im Grundstücks- und Wohnungswesen. Dort spielte die Kategorie "andere Faktoren" sogar eine größere Rolle als die Nachfrage.

Ein weiterer zentraler Einflussfaktor der Investitionen war 2023 die gemäß dem Konjunkturmodell schwache Nachfrage, die im Branchenvergleich vor allem in Verkehr und Lagerei, in der Herstellung von Waren und in den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen eine große Rolle spielt. Am schwächsten

ist der Einfluss der Nachfrage auf die Investitionsstätigkeit in der Erbringung von Finanz- und Versicherungsleistungen. Im ungewichteten Durchschnitt über alle Branchen nimmt die Nachfrage hinter den "anderen Faktoren" knapp den dritten Rang ein.

Die Kategorie "finanzielle Ressourcen", die u. a. die Zinssteigerungen und andere Erschwernisse im Finanzierungsumfeld abbildet (Friesenbichler et al., 2021b), ist für die meisten Unternehmen als Investitionsgrund bzw. -hemmnis weniger relevant. Vor allem in der Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen werden finanzielle Ressourcen mittlerweile häufiger als relevanter Faktor eingeschätzt. Darin spiegelt sich die Veränderung des Finanzierungsumfelds.

Die Einschätzung der Einflussfaktoren unterscheidet sich kaum nach der Unternehmensgröße, Großunternehmen schreiben den meisten Faktoren jedoch eine höhere Bedeutung zu als KMU, was auf ein stetigeres Investitionsprogramm hindeuten kann.

Das Bild für 2024 ähnelt jenem des Vorjahres, obgleich die Nachfrage als Einflussfaktor wieder an Bedeutung gewinnen dürfte, vor allem in der Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen und im Grundstücks- und Wohnungswesen.

1.3 Investitionszwecke

Mit Investitionen können unterschiedliche Ziele verfolgt werden. Der Fragebogen gibt vier Kategorien von Investitionszwecken vor: "Ersatz alter Anlagen oder Ausrüstungen", "Kapazitätsausweitung", "Rationalisierung" und "andere Investitionszwecke". Mehrfachnennungen sind möglich⁴).

Der wichtigste Investitionszweck war 2023 abermals der Ersatz alter Anlagen oder Ausrüstungen. Dieses Investitionsziel wurde vor allem in Verkehr und Lagerei sowie Beherbergung und Gastronomie häufig genannt (Übersicht 5).

Ersatzinvestitionen waren auch 2023 der häufigste Investitionstyp. 2024 dürften sie vor allem in Großunternehmen an Bedeutung verlieren.

Übersicht 5: Investitionszwecke

Nach ÖNACE-Abschnitten und Unternehmensgröße

	2023				2024			
	Ersatz alter Anlagen oder Ausrüstungen	Kapazitäts-erweiterungen	Rationalisierung	Andere Investitionszwecke	Ersatz alter Anlagen oder Ausrüstungen	Kapazitäts-erweiterungen	Rationalisierung	Andere Investitionszwecke
	In % der Meldungen							
Verarbeitendes Gewerbe bzw. Herstellung von Waren	43	16	28	13	39	14	32	15
Verkehr und Lagerei	55	19	12	13	47	17	16	20
Gastgewerbe bzw. Beherbergung und Gastronomie	59	7	13	21	52	13	13	22
Information und Kommunikation	40	23	16	20	33	24	22	21
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	32	9	34	25	27	11	31	31
Grundstücks- und Wohnungswesen	40	11	18	31	28	9	33	30
Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen	40	17	21	22	36	19	24	21
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	34	18	25	23	38	20	21	21
Dienstleistungen insgesamt (gewichtet)	43	24	14	19	42	19	20	19
Kleine und mittlere Unternehmen	45	14	22	19	42	15	24	19
Großunternehmen	43	17	26	14	36	17	30	17

Q: WIFO-Investitionsbefragung Herbst 2023. Die zugrundeliegenden Fragen lauten: "Was sind heuer die wichtigsten Ziele Ihrer Investitionen?" und "Was werden im nächsten Jahr die wichtigsten Ziele Ihrer Investitionen sein?" (Mehrfachnennungen möglich). Den Vorgaben der Europäischen Kommission folgend werden diese Fragen anteilmäßig ausgewertet, wobei die Anteile in Summe 100% ergeben.

Rationalisierungsinvestitionen spielten vor allem in der Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen, in der Herstellung von Waren und in den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen eine überdurchschnittliche Rolle. Andere Investitionszwecke werden insbesondere im Grundstücks- und

Wohnungswesen und in der Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen häufig verfolgt. Kapazitätserweiterungen spielen sowohl in der Rück- als auch in der Vorausschau eine untergeordnete Rolle und wurden am häufigsten von Unternehmen

⁴) Im Einklang mit den Vorgaben der Europäischen Kommission werden diese Fragen anteilmäßig ausgewertet, wobei die Anteile in Summe 100% ergeben.

der Informations- und Kommunikationsbranche gemeldet.

Großunternehmen meldeten etwas häufiger Kapazitätserweiterungen als Investitionsziel als kleine und mittelgroße Unternehmen. Ersatzinvestitionen werden hingegen eher von KMU getätigt.

2024 werden sich die Investitionsmotive aus heutiger Perspektive leicht verschieben. Vor allem Erweiterungsinvestitionen dürften als

Investitionszweck weiter an Bedeutung einbüßen, so etwa im Grundstücks- und Wohnungswesen, wo dagegen Rationalisierungsinvestitionen an Gewicht zulegen werden. Auch zeigen sich Unterschiede nach Unternehmensgröße. Ersatzinvestitionen dürften vor allem in Großunternehmen leicht an Bedeutung verlieren, bleiben jedoch ein wichtiges Investitionsziel. Rationalisierung und andere Investitionszwecke dürften für Großunternehmen 2024 wichtiger werden.

2. Literaturhinweise

Ederer, S., & Schiman-Vukan, S. (2023). Konjunkturerholung verzögert sich. Prognose für 2023 bis 2025. WIFO-Konjunkturprognose, (4). <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/71307>.

Friesenbichler, K. S., Bilek-Steindl, S., & Glocker, C. (2021a). Österreichs Investitionsperformance im internationalen und sektoralen Vergleich. Erste Analysen zur COVID-19-Krise. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/67163>.

Friesenbichler, K. S., Hölzl, W., Köppl, A., & Meyer, B. (2021b). Investitionen in die Digitalisierung und Dekarbonisierung in Österreich. Treiber, Hemmnisse und wirtschaftspolitische Hebel. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/67181>.

Hölzl, W., Bierbaumer, J., Klien, M., & Kügler, A. (2023a). Konjunktorentwicklung mit schwacher Dynamik. Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests vom November 2023. WIFO-Konjunkturtest, (11). <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/71219>.

Hölzl, W., Kaniovski, S., Meinhart, B., Sinabell, F., & Streicher, G. (2023b). Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Industrie bei weiterhin hohen Energiepreisen. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/70789>.

3. Anhang: Repräsentationsgrad der WIFO-Investitionsbefragung vom Herbst 2023

Übersicht 1: Repräsentationsgrad der Stichprobe

Nach ÖNACE-Abschnitten und Unternehmensgröße

	Zahl der Meldungen	Beschäftigte		Repräsentationsgrad in %
		Gemeldet	Insgesamt ¹⁾	
Verarbeitendes Gewerbe bzw. Herstellung von Waren	465	47.804	645.296	7,4
Verkehr und Lagerei	150	8.504	180.857	4,7
Gastgewerbe bzw. Beherbergung und Gastronomie	261	10.033	153.057	6,6
Information und Kommunikation	98	5.736	94.810	6,0
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	48	4.610	103.660	4,4
Grundstücks- und Wohnungswesen	48	2.948	27.706	10,6
Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen	333	12.148	124.182	9,8
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	135	8.820	210.691	4,2
Kleine und mittlere Unternehmen ²⁾	1.695	75.377	777.049	9,7
Großunternehmen ²⁾	174	43.500	763.210	5,7

Q: WIFO-Investitionsbefragung Herbst 2023. Um die Stichprobenziehung des WIFO-Konjunkturtests zu spiegeln, werden bei der Berechnung der Beschäftigung insgesamt Unternehmen mit weniger als 10 Beschäftigten nicht berücksichtigt. – ¹⁾ Statistik Austria, Leistungs- und Strukturhebung 2020 (letzter verfügbarer Stand). – ²⁾ Für jene Positionen, die aufgrund der gesetzlichen Geheimhaltungspflicht von Statistik Austria nicht veröffentlicht werden, wurden Durchschnittswerte angesetzt.

Übersicht 2: Repräsentationsgrad der Stichprobe – Sachgütererzeugung

	Zahl der Meldungen	Beschäftigte		Repräsentationsgrad in %
		Gemeldet	Insgesamt ¹⁾	
Vorprodukte ²⁾	221	24.819	284.158	8,7
Investitionsgüter ²⁾	131	14.215	208.375	6,8
Krafffahrzeuge	8	1.211	37.508	3,2
Konsumgüter	113	8.770	152.763	5,7
Dauerhafte Konsumgüter (Gebrauchsgüter ²⁾)	35	2.231	31.654	7,0
Nichtdauerhafte Konsumgüter (Verbrauchsgüter)	78	6.539	121.109	5,4
Nahrungsmittel und Getränke	47	4.982	76.494	6,5

Q: WIFO-Investitionsbefragung Herbst 2023. Um die Stichprobenziehung des WIFO-Konjunkturtests zu spiegeln, werden bei der Berechnung der Beschäftigung insgesamt Unternehmen mit weniger als 10 Beschäftigten nicht berücksichtigt. – ¹⁾ Statistik Austria, Leistungs- und Strukturhebung 2020 (letzter verfügbarer Stand). – ²⁾ Für jene Positionen, die aufgrund der gesetzlichen Geheimhaltungspflicht von Statistik Austria nicht veröffentlicht werden, wurden Durchschnittswerte angesetzt.

Der WIFO-Konjunkturtest ist eine monatliche Befragung österreichischer Unternehmen zu ihrer wirtschaftlichen Lage und deren Entwicklung in den nächsten Monaten. Ziel ist es, mit möglichst geringem Aufwand für die Befragten die aktuelle und bevorstehende Entwicklung der österreichischen Wirtschaft zu erfassen. Die Ergebnisse werden zwölfmal pro Jahr jeweils vor dem Ende des Monats der Erhebung veröffentlicht. Sie liegen damit wesentlich früher vor als Daten der amtlichen Konjunkturstatistik. So sind die Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests für einen bestimmten Monat rund zwei Monate vor der Veröffentlichung des vorläufigen Wertes und rund drei Monate vor der Publikation des ersten Wertes des Produktionsindex verfügbar.

Pro Monat nehmen rund 1.600 Unternehmen mit mehr als 200.000 Beschäftigten freiwillig am WIFO-Konjunkturtest teil. An dieser Stelle sei den Unternehmen gedankt, ohne ihre Mitwirkung wäre der WIFO-Konjunkturtest nicht möglich.

1/2024 Schwache Dynamik zu Jahresbeginn. Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests vom Jänner 2024

Werner Hölzl, Jürgen Bierbaumer, Michael Klien, Agnes Kügler

Die Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests zeigen im Jänner weiterhin eine schwache Entwicklung der unternehmerischen Konjunktüreinschätzungen. Der WIFO-Konjunkturklimaindex notierte mit –6,8 Punkten (saisonbereinigt) um 0,6 Punkte unter dem Wert des Vormonats (–6,2 Punkte) und bleibt damit im pessimistischen Bereich. Die Lagebeurteilungen trübten sich gegenüber dem Vormonat leicht ein. Auch die Konjunkturerwartungen verschlechterten sich geringfügig gegenüber dem Vormonat und signalisieren weiterhin zurückhaltende Konjunkturausblicke. Das skeptische Konjunkturbild wird weiterhin von der sehr schwachen Industrie- und Baukonjunktur bestimmt. Dementsprechend blieb die unternehmerische Unsicherheit – gemessen an der Abschätzbarkeit der zukünftigen eigenen Geschäftslage – im Jänner weiter überdurchschnittlich.

<https://www.wifo.ac.at/www/pubid/71386>

Frühere Ausgaben

12/2023 Konjunktur mit uneinheitlicher Dynamik zum Jahresende. Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests vom Dezember 2023

Werner Hölzl, Jürgen Bierbaumer, Michael Klien, Agnes Kügler

<https://www.wifo.ac.at/www/pubid/71310>

11/2023 Konjunkturentwicklung mit schwacher Dynamik. Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests vom November 2023

Werner Hölzl, Jürgen Bierbaumer, Michael Klien, Agnes Kügler

<https://www.wifo.ac.at/www/pubid/71219>

10/2023 Schwache Industriekonjunktur bestimmt Konjunkturbild. Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests vom Oktober 2023

Werner Hölzl, Jürgen Bierbaumer, Michael Klien, Agnes Kügler

<https://www.wifo.ac.at/www/pubid/71154>

9/2023 Konjunkturaussichten bleiben überwiegend pessimistisch. Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests vom September 2023

Werner Hölzl, Jürgen Bierbaumer, Michael Klien, Agnes Kügler

<https://www.wifo.ac.at/www/pubid/71119>

8/2023 Konjunkturabschwung verstärkt sich. Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests vom August 2023

Werner Hölzl, Jürgen Bierbaumer, Michael Klien, Agnes Kügler

<https://www.wifo.ac.at/www/pubid/71058>

7/2023 Konjunktüreinschätzungen verschlechtern sich weiter. Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests vom Juli 2023

Werner Hölzl, Jürgen Bierbaumer, Michael Klien, Agnes Kügler

<https://www.wifo.ac.at/www/pubid/70869>

<https://www.wifo.ac.at/themen/wifo-konjunkturtest/wifo-konjunkturtest>

Finanzausgleich 2024 bis 2028

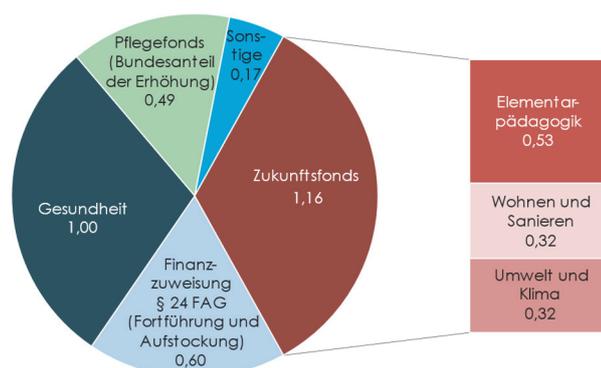
Erste Schritte zu einer Wirkungsorientierung

Benjamin Bittschi, Ulrike Famira-Mühlberger, Daniela Kletzan-Slamanig, Michael Klien, Hans Pitlik, Margit Schratzenstaller

- Die Schlüssel für die vertikale Verteilung der gemeinschaftlichen Bundesabgaben bleiben im neuen Finanzausgleich unverändert. Allerdings wird die Mittelausstattung der Länder und Gemeinden durch Transfers und Zuschüsse verbessert.
- Ab 2024 fließt im Rahmen des Zukunftsfonds eine jährliche valorisierte Zweckzuweisung für die Elementarpädagogik in Höhe von 0,5 Mrd. € an Länder und Gemeinden. Für Sanieren und Wohnen sowie Umwelt und Klima erhalten die Länder jeweils weitere 0,3 Mrd. € p. a.
- Die Ressourcen für die Bereitstellung von Pflegedienstleistungen werden aufgestockt, eine grundlegende Reform in Richtung einer besseren Gesamtsteuerung bleibt jedoch aus.
- Die Ausweitung der Mittel für den ambulanten Bereich setzt Schritte in Richtung eines effizienteren Mitteleinsatzes im Gesundheitswesen, insgesamt fehlen aber Reformen, insbesondere zur Zusammenführung von Ausgaben und Aufgaben.
- Erstmals werden explizite Maßnahmen zur Ökologisierung des Finanzausgleichs gesetzt, die zusätzliche, ökologisch motivierte Transfers sowie eine Stärkung der Klima-Governance umfassen.

Mittel für Länder, Gemeinden und Sozialversicherung gemäß finanzieller Vereinbarung zum Finanzausgleich

Durchschnittliches Volumen 2024 bis 2028 in Mrd. € p. a.



"Der Finanzausgleich 2024 bis 2028 setzt erstmals vorsichtige Schritte in Richtung einer Ziel- und Wirkungsorientierung. Weitere Reformen des Föderalismus sollten folgen."

Die finanzielle Vereinbarung zum Finanzausgleich sieht im Durchschnitt der Jahre 2024 bis 2028 Mittel für Länder, Gemeinden und Sozialversicherung im Umfang von rund 3,4 Mrd. € jährlich vor (Q: Budgetdienst, 2023; Fiskalrat, 2023a; WIFO-Darstellung. Ohne rückzahlbare Vorschüsse auf Ertragsanteile der Gemeinden in Höhe von 0,3 Mrd. € (2024). Finanzzuweisung § 24 FAG – Gesundheit, Pflege, Soziales und Klima).

Finanzausgleich 2024 bis 2028

Erste Schritte zu einer Wirkungsorientierung

Benjamin Bittschi, Ulrike Famira-Mühlberger, Daniela Kletzan-Slamanig, Michael Klien, Hans Pitlik, Margit Schratzenstaller

Finanzausgleich 2024 bis 2028. Erste Schritte zu einer Wirkungsorientierung

Der neue Finanzausgleich 2024 bis 2028 sieht zusätzliche Finanzmittel von durchschnittlich 3,4 Mrd. € p. a. für Länder, Gemeinden und Sozialversicherung vor. Davon fließen im Jahresdurchschnitt etwa 1,2 Mrd. € in einen "Zukunftsfonds", der Mittel für Länder und Gemeinden für die Bereiche Elementarbildung, Wohnen und Klima bereitstellt. Auch die Bereiche Pflege und Gesundheit erhalten mehr Geld. Der neue Finanzausgleich setzt erste Schritte in Richtung einer Wirkungsorientierung sowie einer effizienteren Mittelverwendung im Gesundheitswesen. Grundlegende Reformen für eine bessere Gesamtsteuerung im Pflege- und Gesundheitsbereich bleiben jedoch aus. Zudem werden Akzente hin zu einer Ökologisierung des Finanzausgleichs gesetzt, denen weitere Schritte folgen sollten. Wichtige strukturelle Reformen zur Zusammenführung von Finanzierungs- und Ausgabenverantwortung auf Ebene der subnationalen Gebietskörperschaften, zur Transferentflechtung und zur Stärkung der subnationalen Abgabenaufonomie im Rahmen einer Föderalismusreform werden nicht angegangen.

JEL-Codes: H75, H71, H72, H77, I18 • **Keywords:** Finanzausgleich, Zukunftsfonds, Ökologisierung, Gesundheitsreform, Pflegereform, Kinderbetreuungseinrichtungen, Finanzaufweisungen

Begutachtung: Simon Loretz • **Wissenschaftliche Assistenz:** Cornelia Schobert (cornelia.schobert@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 8. 1. 2024

Kontakt: Benjamin Bittschi (benjamin.bittschi@wifo.ac.at), Ulrike Famira-Mühlberger (ulrike.famira-muehlberger@wifo.ac.at), Daniela Kletzan-Slamanig (daniela.kletzan-slamanig@wifo.ac.at), Michael Klien (michael.klien@wifo.ac.at), Hans Pitlik (hans.pitlik@wifo.ac.at), Margit Schratzenstaller (margit.schatzenstaller@wifo.ac.at)

Fiscal Equalisation System 2024 to 2028. First Steps Towards Performance Orientation

The new fiscal equalisation scheme for 2024 to 2028 provides for additional annual funding of 3.4 billion € on average for the federal provinces, municipalities and social insurance. Of this, an annual average of around 1.2 billion € will flow into a "future fund", which will provide funds for the federal provinces and municipalities for elementary education, housing and climate. More funding will be provided also for long-term care and health. First steps are being taken towards performance orientation and a more efficient use of funds in the healthcare sector. However, fundamental reforms for better overall management in the long-term care and health sector have not been implemented. In addition, steps are being taken towards the greening of the fiscal equalisation scheme, which should be followed by further steps. Important structural reforms to align responsibilities for financing and expenditures at subnational levels, to unbundle transfers and to strengthen subnational tax autonomy as part of a federalism reform are not being addressed.

1. Überblick

Der Finanzausgleich regelt die finanziellen Beziehungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden in Österreich. Die komplexen Regelungen werden in einem jeweils für 4 bis 6 Jahre geltenden Finanzausgleichsgesetz (FAG) festgelegt. Inhaltlich betrifft das FAG hauptsächlich die Verteilung der öffentlichen Abgabenerträge auf die verschiedenen Gebietskörperschaften sowie die Anpassung ihrer Finanzausstattung an spezifische Aufgaben im föderativen Verbund. Ursprünglich bis zum Jahr 2021 beschlossen, wurde das FAG 2017 aufgrund der COVID-19-Pandemie und der Energie- und Inflationsskrise gleich zweimal um jeweils ein Jahr bis 2023 verlängert.

Die Länder und Gemeinden forderten in den Verhandlungen zum neuen Finanzausgleich ab 2024 eine Anpassung der vertikalen Verteilungsschlüssel für die Erträge gemeinschaftlicher Abgaben, die vom Bund beschlossen und eingehoben werden. Die subnationalen Ebenen erhalten von den meisten dieser Abgaben im FAG fixierte Anteile in Höhe von 20,2% (Bundesländer) bzw. 11,9% (Gemeinden). Hintergrund der Forderung ist, dass wichtige Aufgaben der Länder und Gemeinden eine hohe Kostendynamik aufweisen (Pitlik et al., 2018). Dies ist zum Teil demografisch bedingt, vor allem in den Bereichen Gesundheit und Pflege, aber auch Ausfluss veränderter politischer Prioritäten und Notwendigkeiten (Ausbaubedarfe bei der Kinderbetreuung, Maßnahmen zum

Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel). Hinzu kommt ein zunehmender Ausgabendruck auf alle gebietskörperschaftlichen Haushalte, der durch die hohen Preissteigerungen der letzten Jahre verursacht wird (vgl. auch Pitlik & Schratzenstaller, 2023). Im Oktober 2023 konnte schließlich eine finanzielle Grundsatzvereinbarung zum Finanzausgleich 2024 bis 2028 erzielt werden. Das neue Finanzausgleichsgesetz 2024 wurde am 14. Dezember 2023 im Nationalrat beschlossen.

Die vertikalen Aufteilungsschlüssel für die gemeinschaftlichen Bundesabgaben bleiben im FAG 2024 im Wesentlichen unverändert. Zum einen werden jedoch im Jahr 2024 Sondervorschüsse auf die Ertragsanteile der Gemeinden in Höhe von 300 Mio. € geleistet, die über die Jahre 2025 bis 2027 zu gleichen Teilen an den Bund zurückgezahlt werden müssen. Zum anderen reduziert die Erhöhung von Vorwegabzügen zur Dotierung des Pflegefonds (siehe Kapitel 4) das Volumen der Finanzmittel, die für die Verteilung als Ertragsanteile zur Verfügung stehen.

Wichtige subnationale Aufgabenbereiche weisen eine hohe Kostendynamik auf. Die Schlüssel für die vertikale Verteilung der gemeinschaftlichen Bundesabgaben bleiben dennoch unverändert.

Übersicht 1: Entwicklung der Ertragsanteile der Länder und Gemeinden

	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
	Mrd. €										
Bruttosteuern	84,8	88,2	90,9	81,8	95,7	105,2	109,1	115,6	119,5	124,7	129,6
Ertragsanteile insgesamt	25,8	26,1	27,5	24,8	27,7	33,4	33,1	34,3	36,2	36,9	38,6
Gemeinden	9,8	10,5	11,0	10,1	11,7	13,5	13,5	13,6	14,2	14,5	15,2
Länder	16,0	15,6	16,5	14,7	15,9	19,9	19,7	20,7	22,0	22,4	23,3
	Anteile an Bruttosteuern in %										
Ertragsanteile insgesamt	30,4	29,6	30,3	30,3	28,9	31,8	30,4	29,7	30,3	29,6	29,7
Gemeinden	11,6	11,9	12,2	12,3	12,3	12,8	12,4	11,8	11,9	11,7	11,8
Länder	18,8	17,7	18,1	18,0	16,7	19,0	18,0	17,9	18,4	17,9	18,0
	Veränderung gegen das Vorjahr in %										
Bruttosteuern	.	+ 4,0	+ 3,0	- 10,0	+ 17,0	+ 9,9	+ 3,7	+ 5,9	+ 3,4	+ 4,4	+ 3,9
Ertragsanteile insgesamt	.	+ 1,3	+ 5,4	- 9,8	+ 11,5	+ 20,8	- 0,9	+ 3,5	+ 5,5	+ 2,0	+ 4,5
Gemeinden	.	+ 6,7	+ 5,6	- 8,8	+ 16,5	+ 15,0	- 0,1	+ 1,1	+ 4,2	+ 2,4	+ 4,9
Länder	.	- 2,0	+ 5,2	- 10,4	+ 8,1	+ 25,1	- 1,4	+ 5,1	+ 6,3	+ 1,7	+ 4,2

Q: Bundesministerium für Finanzen (2023a), 2017/2022: Erfolg, ab 2023: Bruttosteuern und Ertragsanteile laut Strategiebericht 2024 bis 2027.

Übersicht 1 zeigt die Entwicklung der kassenmäßigen Ertragsanteile der Länder und Gemeinden. Die Einnahmenanteile sind naturgemäß stark von der Konjunktur und der resultierenden Entwicklung der Abgabeneinnahmen abhängig. Der kräftige Rebound des Steueraufkommens nach der COVID-19-Krise führte im Jahr 2022 aufgrund der Berechnung der Vorschüsse und Zwischenabrechnungen zu einem überproportionalen Anstieg der Ertragsanteile. Auf die außergewöhnlich hohen Zuwächse im Jahr 2022 folgte 2023 ein leichter Rückgang. Für die Jahre 2024 bis 2027 ist laut Mittelfristigem Bundesfinanzrahmen nur ein moderates Wachstum der Bruttosteuererinnahmen und eine entsprechend schwache Entwicklung der Ertragsanteile zu erwarten. Dies resultiert einerseits aus der gedämpften konjunkturellen Dynamik und andererseits aus einem reduzierten Wachstum der gemeinschaftlichen Bundesabgaben infolge der Abschaffung der kalten Progression und der Tarifsenkungen bei der Körperschaftsteuer.

Gleichwohl wird die Finanzmittelausstattung der Länder und Gemeinden in der kommenden Finanzausgleichsperiode durch einige

Neuregelungen verbessert. So ist vorgesehen, über den "Zukunftsfonds" (Kapitel 2) zusätzliche Mittel bereitzustellen, um die finanziellen Herausforderungen, mit denen die subnationalen Einheiten in den Bereichen Elementarbildung, Wohnen und Sanieren, sowie Umwelt und Klima konfrontiert sind, besser bewältigen zu können. Darüber hinaus werden bestehende Finanzzuweisungen und Zuschüsse an Länder und Gemeinden teilweise erhöht.

Die zusätzlichen Finanzmittel sollen insbesondere für die Bereiche Gesundheit und Pflege sowie zum Ausgleich struktureller Nachteile (Mittel nach § 24 FAG) verwendet werden. Ferner wurden Zusatzmittel für die Sozialversicherung in Höhe von 300 Mio. € pro Jahr zur Verbesserung der Versorgung im niedergelassenen Bereich beschlossen, die aber indirekt die Haushalte der Länder und Gemeinden entlasten können. Aus der Perspektive des Bundeshaushalts ergibt sich 2024 bis 2028 insgesamt eine Saldoverschlechterung von durchschnittlich 3,4 Mrd. € pro Jahr. In den Jahren 2025/2027 fällt sie aufgrund der Rückzahlung der Sondervorschüsse der Gemeinden etwas niedriger aus.

Höhere Mittel für Länder und Gemeinden fließen primär über Transfererhöhungen und den neu geschaffenen Zukunftsfonds.

Übersicht 2: Mittel für Länder, Gemeinden und Sozialversicherung gemäß finanzieller Vereinbarung zum Finanzausgleich

	2024	2025	2026	2027	2028	Ø 2024/ 2028
	Mrd. €					Mrd. € p. a.
Zukunftsfonds	1,10	1,13	1,16	1,19	1,21	1,16
Elementarpädagogik	0,50	0,52	0,53	0,54	0,55	0,53
Wohnen und Sanieren	0,30	0,31	0,32	0,32	0,33	0,32
Umwelt und Klima	0,30	0,31	0,32	0,32	0,33	0,32
Finanzzuweisung § 24 FAG an Länder und Gemeinden für Gesundheit, Pflege und Klima ¹⁾	0,60	0,60	0,60	0,60	0,60	0,60
Rückzahlbarer Sondervorschuss an die Gemeinden	0,30	-0,10	-0,10	-0,10	.	0,00
Pflegefonds (Bundesanteil)	0,44	0,46	0,49	0,51	0,53	0,49
Stärkung des spitalsambulanten Bereichs	0,55	0,58	0,60	0,63	0,66	0,60
Stärkung des niedergelassenen Bereichs (Zahlungen an die Sozialversicherung)	0,30	0,30	0,30	0,30	0,30	0,30
Sonstiges Gesundheit und Pflege (Bundesanteile)	0,10	0,10	0,10	0,10	0,10	0,10
Sonstiges ¹⁾	0,14	0,18	0,18	0,18	0,18	0,17
Insgesamt	3,53	3,25	3,33	3,40	3,57	3,42

Q: Bundeskanzleramt (2023), Budgetdienst (2023), WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Fortführungen zuzüglich Aufstockungen.

2. Zukunftsfonds

Der neu geschaffene "Zukunftsfonds" stellt Ländern und Gemeinden von 2024 bis 2028 zusätzliche Mittel für Schlüsselbereiche ihrer Aufgabenerfüllung zur Verfügung. Die Dotierung wird gemäß der mittelfristigen WIFO-Prognose ab 2025 jährlich valorisiert und steigt schrittweise von 1,1 Mrd. € im Jahr 2024 auf 1,2 Mrd. € im Jahr 2028. Die Aufteilung sieht 45,5% für Elementarpädagogik sowie jeweils 27,25% für Wohnen und Sanieren bzw. für Umwelt und Klima vor. Die Verteilung der Mittel auf die Bundesländer erfolgt nach der Bevölkerungszahl, wobei die Hälfte der für die Elementarpädagogik vorgesehenen Zusatzmittel direkt an die Gemeinden weitergeleitet werden soll.

Obwohl als "Fonds" bezeichnet, handelt es sich eigentlich um eine zweckgebundene Finanzzuweisung des Bundes für die genannten Aufgabenbereiche. Eine besondere Neuerung ist allerdings, dass über den Zukunftsfonds Elemente einer ziel- und wirkungsorientierten Steuerung im Finanzausgleich eingeführt werden, und die Länder die operativen Instrumente zur Zielerreichung prinzipiell frei wählen können. Die finanziellen Zuweisungen an die Gebietskörperschaften sind freilich nicht unmittelbar an die Erreichung der im Konsens festgelegten, messbaren Zielvorgaben im Rahmen des Finanzausgleichs gekoppelt. Es ist jedoch geplant, den Fortschritt der Länder kontinuierlich zu überwachen und zu bewerten. Bei vorzeitiger Zielerreichung werden die Mittel des Zukunftsfonds auch für andere Bereiche

freigegeben. Nur im Bereich der Elementarpädagogik sind die Mittel auch nach Zielerreichung ausschließlich für die Kinderbetreuung zu verwenden. Im Vordergrund steht mithin die Anreizwirkung durch Informations- und Reputationseffekte für die Landespolitik.

2.1 Kinderbetreuung

Mit 500 Mio. € sind 2024 45,5% der für den Zukunftsfonds vorgesehenen Mittel von insgesamt 1,1 Mrd. € für den Bereich Elementarpädagogik zu verwenden. Die Finanzzuweisung fließt jeweils zur Hälfte an Bundesländer und Gemeinden. Die Verteilung an die Bundesländer erfolgt wie erwähnt auf der Basis der Bevölkerungszahl, die den Gemeinden zustehenden Zuschüsse werden jeweils zur Hälfte nach der Bevölkerungszahl sowie dem abgestuften Bevölkerungsschlüssel verteilt.

Die Mittel, die aufgrund der jährlichen Valorisierung ab 2025 bis 2028 auf 551 Mio. € steigen, sollen insbesondere die Betreuungsquoten der unter 3-Jährigen erhöhen¹⁾. Dabei soll jedes Bundesland bis zum Ende der Finanzausgleichsperiode eine Quote von 38% erreichen oder – im Falle eines Ausgangswertes, der deutlich unter dieser absoluten Zielvorgabe liegt – diese jedenfalls um 1 Prozentpunkt pro Jahr steigern. Wird das Ziel vor Ende 2028 erreicht, müssen die verfügbaren Mittel zwar weiterhin für die Kinderbetreuung verwendet werden, dürfen jedoch sowohl in Investitionen als auch in den

¹⁾ Dabei werden sowohl die institutionelle Betreuung in Betreuungseinrichtungen als auch jene bei Tageseltern berücksichtigt. Der Indikator zur Messung der Zielerreichung ist also die Quote nach nationaler Abgrenzung, die auf einer Vollerhebung basiert. Sie war mit

österreichweit 32,1% im Kindergartenjahr 2022/23 deutlich höher als die Betreuungsquote nach Eurostat-Methode (23%), die auf Befragungen basiert und nur die institutionelle Betreuung berücksichtigt.

Durch den Zukunftsfonds werden Elemente einer Wirkungsorientierung im Finanzausgleich verankert.

2024 sind 500 Mio. € oder 45,5% der Mittel des Zukunftsfonds für den Bereich Elementarpädagogik vorgesehen.

laufenden Betrieb fließen. Da Letzterer die Gemeinden mit zunehmendem Ausbau der Betreuungsinfrastruktur vor wachsende Kosten stellt, ist diese Möglichkeit jedenfalls sinnvoll.

Die Finanzierung aus dem Zukunftsfonds kommt zu den jährlichen Zweckzuschüssen gemäß der Art. 15a-Vereinbarung über die Elementarpädagogik für die Kindergartenjahre 2022/23 bis 2026/27 hinzu. Diese steigen von 142,5 Mio. € (einschließlich der 90 Mio. € aus der vorhergehenden Art. 15a-Vereinbarung) im Jahr 2022 auf 247,5 Mio. € 2023, betragen in den Jahren 2024 bis 2026 200 Mio. € jährlich und gehen 2027 auf 100 Mio. € zurück. Damit stellt der Bund in den Jahren 2024 bis 2026 jährlich (über) 700 Mio. €, 2027 640 Mio. € und 2028 550 Mio. € zur Verfügung – ein Mehrfaches der in den vorangegangenen Jahren gewährten Zuschüsse (Bundesministerium für Finanzen, 2023b).

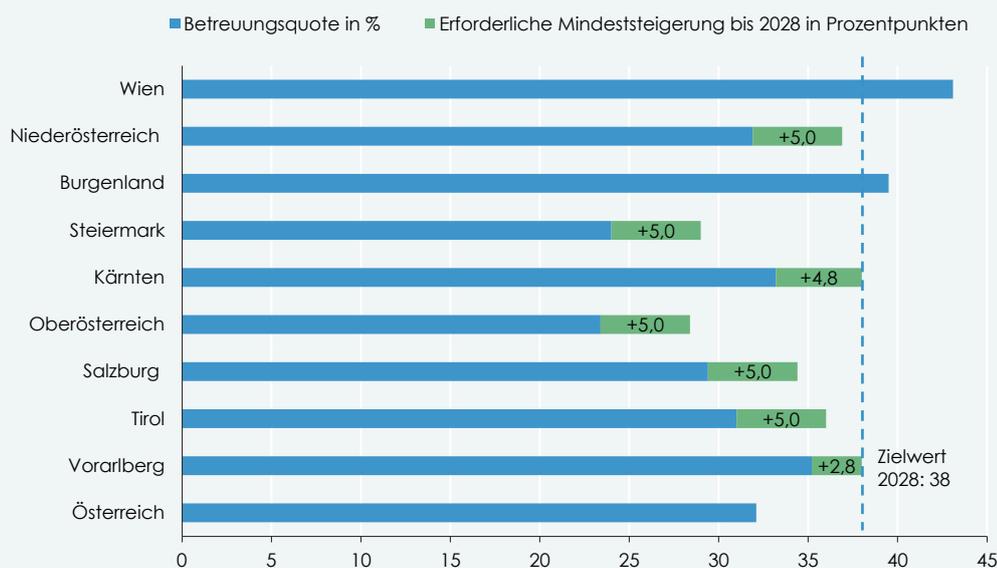
In Österreich lag die Betreuungsquote der unter 3-Jährigen im Kindergartenjahr 2022/23 einschließlich Tageseltern bei 32,1%. Da die Quoten zwischen den Bundesländern beträchtlich differieren (Abbildung 1), ist eine Erhöhungsvorgabe, die die unter-

schiedlichen Ausgangswerte berücksichtigt, sinnvoll. Am niedrigsten waren die Betreuungsquoten 2022/23 in Oberösterreich (23,4%) sowie der Steiermark (24,0%); diese Länder müssen – ebenso wie Niederösterreich (31,9%), Salzburg (29,4%) und Tirol (31,0%) – die Quoten bis 2028 um mindestens 5 Prozentpunkte steigern. Geringer ist die Erhöhungsvorgabe für Kärnten (+4,8 Prozentpunkte) und Vorarlberg (+2,8 Prozentpunkte). Die Betreuungsquoten in Wien und dem Burgenland lagen mit 43,1% bzw. 39,5% bereits im Kindergartenjahr 2022/23 über der 38%-Vorgabe, sodass für diese Länder keine Verpflichtung besteht, den Zweckzuschuss für den weiteren Ausbau der Betreuungsinfrastruktur zu verwenden.

Bis zum 10. September 2026 haben die Bundesländer dem Bund eine Zwischenevaluierung der Zielerreichung vorzulegen, bis zum 31. August 2028 eine Evaluierung von Zielerreichung und Mittelverwendung. Finanzielle Sanktionen bei Nichterreichung der Ziele sind nicht vorgesehen. Eine – ebenfalls nicht vorgesehene – Veröffentlichung der Evaluierungsergebnisse könnte Transparenz und Wirkungsorientierung stärken (Budgetdienst, 2023).

Bis 2028 soll jedes Bundesland die Betreuungsquote der unter 3-Jährigen auf 38% steigern oder um mindestens 1 Prozentpunkt p. a. erhöhen.

Abbildung 1: **Betreuungsquoten der unter 3-Jährigen im Kindergartenjahr 2022/23 und Erhöhungsvorgaben nach Bundesländern**



Q: Budgetdienst (2023). Betreuungsquote einschließlich Betreuung durch Tageseltern.

Im Dezember 2022 einigte sich der Rat der EU, das 2002 vereinbarte Barcelona-Ziel für die Betreuungsquote der unter 3-Jährigen von 33% bis 2020 grundsätzlich auf 45% bis 2030 zu erhöhen²⁾. Mitgliedsländer wie

Österreich, die 2020 das ursprüngliche Barcelona-Ziel noch nicht erreicht hatten, sollen die durchschnittliche Betreuungsquote der Jahre 2017/2021 bis 2030 um 45% steigern, woraus sich für Österreich ein

²⁾ [https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:32022H1220\(01\)#ntc1-C_2022484DE.01000101-E0001](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:32022H1220(01)#ntc1-C_2022484DE.01000101-E0001).

Zielwert von 31,9% und damit eine Erhöhung um 8,9 Prozentpunkte gegenüber 2022 ergeben. Allerdings unterscheiden sich die nationale und die EU-weit harmonisierte Erfassungsmethode ebenso wie die Fristen bis zur Zielerreichung. Dies erschwert eine Einschätzung, ob die Zielvorgaben des Zukunftsfonds zur Erfüllung der EU-Vorgabe ausreichen werden.

Insgesamt stellen die zusätzlichen Bundesmittel zum Ausbau der Kinderbetreuung insbesondere im Elementarbereich einen bedeutenden Schritt zur Errichtung eines flächendeckenden sowie qualitativ und quantitativ ausreichenden Kinderbetreuungsangebots dar. Ein derartiges Angebot ist eine wesentliche Voraussetzung für die gleichmäßigere Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit zwischen den Geschlechtern, die gemäß der jüngsten Zeitverwendungserhebung 2021/22 nach wie vor sehr ungleich ist (Statistik Austria, 2023). Zudem ist frühkindliche Bildung und Betreuung von zentraler ökonomischer und sozialer Bedeutung (Rocha-Akis et al., 2023). Allerdings ist sicherzustellen, dass der Ausbau der Betreuungsinfrastruktur nicht durch Personalengpässe verzögert wird. Daher sind Ausbildungsinitiativen sowie Bemühungen um eine Attraktivierung von Arbeitsbedingungen und Entlohnung zu forcieren.

2.2 Wohnen und Sanieren

Für den Bereich Wohnen und Sanieren werden im Finanzausgleichspaktum 27,25% der Mittel des Zukunftsfonds veranschlagt. Damit beträgt die Dotierung im Jahr 2024 300 Mio. €. Neben dem allgemeinen Ziel, leistbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen und durch Sanierungen zu erhalten, sind

drei quantitative Ziele im Paktum enthalten. Das "Renovierungsziel" ist dabei ein Muss-Ziel, das jedenfalls erreicht werden soll, wogegen von den zwei weiteren Zielen – "Sanierungsausgabenziel" und "Flächenschutzziel" – jeweils nur eines zur Zielerfüllung erreicht werden muss.

Das Erreichen einer Renovierungsquote für öffentliche Gebäude in Höhe von 3% (oder die Umsetzung gleichwertiger Energiesparmaßnahmen) ist das Muss-Ziel für die Bundesländer. Es deckt sich nicht nur mit den entsprechenden europäischen Regularien (Richtlinie (EU) 2023/1791), sondern erweitert auch die im novellierten Energieeffizienzgesetz (BGBl. I Nr. 59/2023) gesetzten Ziele des Bundes auf die Länderebene. Da es bisher keine einheitlichen und öffentlich verfügbaren Statistiken zur Renovierungsquote der Landesgebäude gibt, sollen die Länder laut Paktum eine Auflistung der relevanten Gebäude erstellen. Erwähnenswert ist außerdem, dass das Paktum auf Bundesebene ein konkretes Energieeinsparungsziel vorlegt (390 Terajoule bis 31. Dezember 2030), nicht jedoch für die Länderebene. Konkrete quantitative Einsparungsziele auf Länderebene wären jedenfalls wünschenswert.

Von den zwei weiteren quantitativen Zielen im Bereich Wohnen und Sanieren muss jedes Bundesland zumindest eines erreichen. Laut "Sanierungsausgabenziel" sind von den eingenommenen Wohnbauförderungsbeiträgen zumindest 30% für Maßnahmen der Wohnbausanierung vorzusehen. Maßgeblich für die Berechnung des bundesländerspezifischen Zielwerts (Mindestwerts) ist der Durchschnitt der Beitragseinnahmen der Jahre 2018 bis 2022.

Übersicht 3: **Sanierungsausgabenziel und bisherige Ausgaben für Sanierung**

	Zielwert: 30% der durchschnittlichen Beitragseinnahmen 2018/2022	Sanierungsausgaben 2022	Differenz
		Mio. €	In %
Wien	76,7	101,7	33
Niederösterreich	67,8	116,6	72
Burgenland	11,9	19,7	66
Steiermark	50,0	62,6	25
Kärnten	22,5	58,4	159
Oberösterreich	59,9	61,3	2
Salzburg	22,4	19,3	- 14
Tirol	30,4	72,5	138
Vorarlberg	16,0	17,3	8
Insgesamt	357,7	529,5	48

Q: Statistik Austria, Bundesministerium für Finanzen (2023c).

Wie ein Vergleich der Zielwerte mit den Ausgaben für Sanierung im Jahr 2022 zeigt (Übersicht 3) erreichen die meisten Bundesländer klar das Sanierungsausgabenziel, die Spannweite der realisierten Werte ist jedoch

sehr hoch. Gemäß Bundesministerium für Finanzen lagen die Sanierungsausgaben 2022 nur in Salzburg unter dem notwendigen Niveau. Oberösterreich und Vorarlberg lagen nur knapp über der Schwelle, die anderen

Bundesländer teils deutlich. Aufgrund des zusätzlichen Passus, der anstatt einer Zielerreichung in der Ausgabenhöhe auch eine Steigerung des ermittelten Anteils um 2 Prozentpunkte pro Jahr erlaubt, dürften alle Bundesländer das Sanierungsausgabenziel erreichen. Im Kern stellt das Ziel damit primär darauf ab, dass die Bundesländer ihre Sanierungsausgaben nicht merklich absenken oder sie von niedrigem Niveau aus erhöhen.

Das dritte quantitative Ziel, das alternativ zum Sanierungsausgabenziel spezifiziert wurde, ist das "Flächenschutzziel". Es sieht vor, mehr Wohneinheiten zu sanieren oder innerhalb der bestehenden Siedlungsräume (z. B. durch verbesserte Anbindung an das öffentliche Verkehrsnetz oder Baulückenschlüsse) zu entwickeln, als neue Einheiten außerhalb dieser Räume entstehen. Dabei werden einzig geförderte Einheiten in die

Beurteilung der Zielerreichung aufgenommen. Durch die Vielzahl an möglichen Förderfällen und Definitionsproblemen ist die Zielerreichung wohl auch ex post schwierig festzustellen.

Wie die Auswertungen der Förderdaten des Bundesministeriums für Finanzen zeigen, ist bei Berücksichtigung aller Sanierungszusicherungen die Zielmarke vermutlich für alle Bundesländer auf Sicht erreichbar (Übersicht 4). 2022 gab es in sämtlichen Bundesländern außer in Vorarlberg mehr Sanierungszusicherungen als Zusicherungen für Neubauwohnungen. Wenn zusätzlich noch Neubauwohnungen innerhalb der Siedlungsräume und mit guter Anbindung an das öffentliche Verkehrsnetz ausgeklammert werden, dürfte die Zielerreichung insgesamt wenig herausfordernd sein.

Übersicht 4: **Zusicherungen für Neubau und Sanierung laut Wohnbauförderung der Länder 2022**

	Neubau	Sanierung	Verhältnis Sanierung zu Neubau
Anzahl der Zusicherungen			
Wien	2.015	17.006	8,4
Niederösterreich	4.890	20.774	4,2
Burgenland	2.377	5.609	2,4
Steiermark	702	5.810	8,3
Kärnten	367	5.964	16,3
Oberösterreich	3.828	6.019	1,6
Salzburg	908	3.291	3,6
Tirol	1.852	14.179	7,7
Vorarlberg	3.130	1.490	0,5
Insgesamt	20.069	80.142	4,0

Q: Statistik Austria, Bundesministerium für Finanzen (2023c).

Bezüglich des Flächenschutzziels ist neben der schwierigen Messung der Zielerreichung und der schwachen Anreizwirkung auch die konkrete Ausgestaltung diskutabel, da das Ziel eine wenig zweckdienliche Vermischung von Sanierungs- und Neubauzielen darstellt. Wenn es darum geht, den Neubau stärker innerhalb der bestehenden Siedlungsräume zu halten – z. B. durch Nachverdichtungen und Baulückenschlüsse –, ist die Berücksichtigung von Sanierungen, in deren Zuge zu meist keine Wohneinheiten geschaffen werden, wenig schlüssig. Hinzu kommt der aufgrund der unterschiedlichen Bevölkerungsentwicklung regional sehr ungleiche Bedarf an Wohnungsneubauten. In der aktuellen Definition ist die Erreichung der Ziele für Bundesländer mit stärkerem Neubaubedarf überdurchschnittlich schwierig.

2.3 Umwelt und Klima

Die dritte Säule des Zukunftsfonds betrifft den Bereich Umwelt und Klima. Durchschnittlich 316 Mio. € pro Jahr sollen während der Laufzeit des FAG 2024 für Maßnahmen bereitgestellt werden, die den Anteil erneuerbarer Energie am Bruttoendenergieverbrauch³⁾ erhöhen. Dazu zählen etwa Investitionen in klimafreundliche Heizsysteme, den öffentlichen Verkehr oder Maßnahmen zur Erhöhung der Energieeffizienz. Der Anteil erneuerbarer Energie wird als die zentrale Stellschraube für die Erreichung der Energie- und Klimaziele definiert. Die quantitativen Zielvorgaben für die Länder richten sich nach dem derzeitigen Anteil erneuerbarer Energie am Bruttoendenergieverbrauch: Bundesländer, die bereits einen Anteil von

³⁾ Der Bruttoendenergieverbrauch umfasst alle Energieprodukte, die der Industrie, dem Verkehrssektor, den privaten Haushalten und dem Dienstleistungssektor zu energetischen Zwecken geliefert werden. Eingeschlossen sind auch die öffentlichen Dienstleistungen sowie die Land-, Forstwirtschaft und Fischerei, der

Elektrizitäts- und Wärmeverbrauch der Energiewirtschaft bei der Produktion von Elektrizität, Wärme und Kraftstoffen für den Verkehr, und ebenso die bei der Verteilung und Übertragung auftretenden Elektrizitäts- und Wärmeverluste.

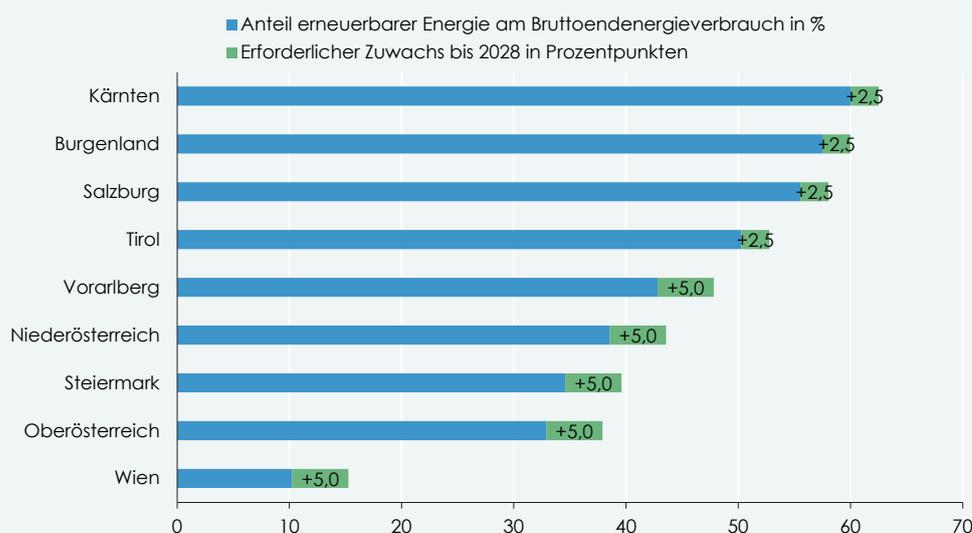
über 50% aufweisen, sollen diesen um 0,5 Prozentpunkte pro Jahr steigern. Für Bundesländer, deren Anteil bislang unter 50% liegt, erhöht sich die Vorgabe auf einen Zuwachs von 1 Prozentpunkt pro Jahr. Diese differenzierte Zielsetzung soll den bisherigen Anstrengungen der Länder in Bezug auf Klimaschutz und die Dekarbonisierung des Energiesystems Rechnung tragen. Den Bundesländern steht es zudem frei, welche Maßnahmen sie setzen, um den jeweils erforderlichen Zuwachs zu erreichen – sei es über eine Reduktion des Energieverbrauchs oder der Emissionsintensität. Einen Anreiz zur Zielerreichung gewährleistet einerseits die Berichtspflicht und andererseits die Möglichkeit, nicht benötigte Mittel anderweitig einzusetzen, wenn das Ziel bereits vor 2028 erreicht wird.

In Österreich insgesamt lag der Anteil erneuerbarer Energie am Bruttoendenergieverbrauch im Jahr 2022 bei 33,8% und war somit geringer als in den Jahren 2020 (36,5%) und 2021 (34,6%). Abbildung 2 zeigt neben den Anteilen für das Jahr 2022, welchen Zuwachs die einzelnen Bundesländer bis 2028 mindestens erreichen sollen. Im Jahr 2022 wiesen vier Bundesländer einen Anteil erneuerbarer Energie von über 50% auf. Den höchsten

Anteil erreichte Kärnten mit 60%, vor dem Burgenland (57,5%), Salzburg (55,5%) und Tirol (50,3%). Tirol übertraf 2022 erstmals die 50%-Marke. Basierend auf ihren Ausgangswerten müssten diese vier Bundesländer ihre Anteile bis 2028 um 2,5 Prozentpunkte erhöhen. Demgegenüber lagen 2022 die Werte in den anderen fünf Bundesländern deutlich unter 50% (insbesondere in Wien mit 10,3%), was eine Steigerung um jeweils 5 Prozentpunkte erforderlich macht. Selbst unter Annahme dieser Zuwachsraten würde keines dieser fünf Bundesländer bis 2028 einen Anteil von 50% erreichen.

Vergleicht man die Vorgaben für den Zeitraum 2024 bis 2028 mit der Entwicklung in den Jahren 2018 bis 2022, so zeigt sich, dass dem Burgenland eine Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energie um 8,8 Prozentpunkte gelang, und er in Kärnten, der Steiermark und Tirol ebenfalls um rund 5 Prozentpunkte zulegte. Lediglich Wien blieb mit einem Zuwachs von 0,7 Prozentpunkten deutlich hinter den anderen Bundesländern zurück. Dies liegt jedoch auch in den spezifischen Rahmenbedingungen begründet, vor allem in der hohen Bedeutung von Erdgas für die Raumwärmeerzeugung.

Abbildung 2: Anteil erneuerbarer Energie am Bruttoendenergieverbrauch 2022 und erforderlicher Zuwachs bis 2028 nach Bundesländern



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Positiv zu bewerten ist, dass die Mittelvergabe an die Erreichung quantitativer Klimaschutzziele geknüpft wurde. Die Zieldefinition über einen einheitlichen Indikator erleichtert das Monitoring und Benchmarking. Die Differenzierung der Zielvorgaben spiegelt die unterschiedlichen Rahmenbedingungen in den Bundesländern bzw. ihre bisherigen Anstrengungen wider. Je nach regionalen Rahmenbedingungen in Energieerzeugung

und -verbrauch – primär in jenen Sektoren, die nicht dem EU-Emissionshandel unterliegen – haben die Bundesländer die Flexibilität, Maßnahmen in unterschiedlichen Bereichen zu setzen. Hierbei gibt es starke Synergien, einerseits mit den Anforderungen bezüglich thermischer Sanierung und Energieeffizienz im Gebäudebereich, wie in Kapitel 2.2 beschrieben, und andererseits mit dem angestrebten Ausbau des öffentlichen Ver-

kehr. Wie die Daten zur vergangenen Entwicklung des Anteils erneuerbarer Energie am Bruttoendenergieverbrauch zeigen, sind die angestrebten Wachstumsraten durchaus erreichbar. Die Anreizsetzung über den Finanzausgleich kann dazu beitragen, die Dekarbonisierung zu beschleunigen. Dennoch

3. Gesundheit

Im Bereich Gesundheit werden die Mittel für den niedergelassenen und spitalsambulanten Bereich ausgeweitet. Zusätzliche Mittel, anteilig finanziert durch Bund, Länder und Sozialversicherung, fließen zudem in die Digitalisierung bzw. eHealth, die Gesundheitsförderung sowie das Impfen.

Grundsätzlich ist zu erkennen, dass versucht wurde, durch eine Ausweitung der Gelder für den ambulanten Bereich Schritte in Richtung eines effizienteren Mitteleinsatzes zu setzen. Allerdings bedeuten die beschlossenen Mehrausgaben durch den festgelegten Ausgabenpfad einen Anstieg des Anteils der Gesundheitsausgaben am BIP, da deren Wachstum im Jahr 2024 bis zu 6,7% und auch 2028 noch bis zu 4,4% betragen kann. Da diese Zuwächse merklich über den zu erwartenden BIP-Wachstumsraten liegen, wird bei einer Ausschöpfung der Ausgabenobergrenze der Anteil der Gesundheitsausgaben am BIP deutlich zunehmen.

Festzuhalten ist auch, dass keine Maßnahmen in Richtung einer Vereinfachung der komplexen Finanzierungsstrukturen im Gesundheitswesen gesetzt wurden, insbesondere in Bezug auf das Auseinanderfallen von Finanzierung und Ausgabenverantwortung zwischen Bund, Ländern und der Sozialversicherung. Insgesamt fehlen grundlegende Reformen, insbesondere Schritte zu einer Zusammenführung von Ausgaben und Aufgaben. Die Gewichtung der Mehrausgaben wirft die Frage auf, ob die Zielsetzung "digital vor ambulant vor stationär" gelingen wird. Eine klare Strategie, wie langfristige Kostenpfade einzuhalten sind bzw. wie ein effizienterer Mitteleinsatz erreicht werden kann, ist nicht zu erkennen.

Seitens der Politik wird angenommen, dass die zusätzlichen Mittel eine Stärkung der Wirkungskette "digital vor ambulant vor stationär" bewirken und es so zu einer effizienteren Verteilung der Patient:innen kommt. Da auch die Gesundheitskosten entlang dieser Kette steigen, würde eine Erreichung dieses Zieles auch langfristig kostendämpfend wirken, bei zumindest gleicher Ergebnisqualität. Es ist allerdings unklar, ob sich die erwünschten Effekte einstellen werden. Erstens sieht der Finanzausgleich keine "Patient:innensteuerung" vor. Prinzipiell ist es also nach wie vor möglich, auch bei einfachen gesundheitlichen Beschwerden den teuersten Kontaktpunkt mit dem Gesundheitssystem (Spitalsambulanz) zu wählen. Zudem bleibt

wären eine verstärkte Integration der klimapolitischen Ziele in andere Politikbereiche auch auf Bundesländerebene sowie eine Stärkung der ebenenübergreifenden Klima-Governance (siehe Kapitel 5) weitere wichtige Ansatzpunkte.

unklar, wie eine Änderung der bestehenden Präferenzen der Patient:innen erreicht werden soll.

Weiters werden die zusätzlichen Mittel entgegen der Zielsetzung "digital vor ambulant vor stationär" eingesetzt. Die Spitalsambulanzen werden mit valorisierten 550 Mio. € p. a. am stärksten gefördert. Die Sozialversicherung erhält für die Stärkung des niedergelassenen Bereichs 300 Mio. € p. a., welche allerdings nicht valorisiert und auch durch die Finanzierung zusätzlicher Mittel für Impfen (15 Mio. € p. a.), Gesundheitsförderung (16,5 Mio. € p. a.) und Digitalisierung bzw. eHealth (17 Mio. € p. a.) gemindert werden. In Summe steht dem niedergelassenen Bereich somit nur rund die Hälfte der Mittel des Spitalsbereichs zur Verfügung. Wenn nun eine genaue Trennung zwischen "spitalsambulant" und Spitälern schwierig umzusetzen ist (z. B. wegen der Fungibilität der Mittel bzw. einer mangelnden Überprüfung ihrer Zielgenauigkeit), wird es tendenziell zu einer weiteren Verfestigung der bestehenden Strukturen kommen statt zu einem Strukturwandel.

Die Bereitstellung weiterer Mittel zur Gesundheitsprävention über den Finanzausgleich ist grundsätzlich zu begrüßen, da diese einen hohen "Return-on-Investment" erzielen können. Allerdings zeigt sich daran auch, dass in Österreich eine breite Verankerung der Gesundheit und ein entsprechendes Ineinandergreifen der Politikfelder ("Health in all policies") fehlen. Als Risiken für das österreichische Gesundheitssystem nennt die OECD (2023) an erster Stelle die gegenüber dem OECD-Durchschnitt erhöhte Rauchprävalenz und den überdurchschnittlichen Alkoholkonsum. Demgegenüber lag Österreich hinsichtlich der Besteuerung von Alkohol und Tabak im Jahr 2021 abgeschlagen auf dem 23. Rang der EU 27 (Europäische Kommission, 2023). Auch im Bereich der Besteuerung von Zucker oder ungesunder Ernährung setzt Österreich keine Maßnahmen. Insofern stellt sich die Frage nach der Effizienz der Präventionsmittel, wenn die externen Effekte gesundheitsschädlichen Verhaltens nicht besteuert werden. Die nachgelagerten Tertiärpräventionsmittel, die eine Folge der dadurch verursachten oder verstärkten Krankheiten und in Summe der größte Ausgabenposten für Prävention sind, könnten durch eine Koordination mit der Steuerpolitik vermutlich deutlich reduziert

Zusätzliche Mittel im Gesundheitsbereich dienen der Stärkung des (spitals-)ambulanten Bereichs und sollen noch wenig konkrete Reformen in Richtung eines effizienteren Mitteleinsatzes unterstützen.

werden. Die freigewordenen Mittel ließen sich dann in Richtung der gesundheits-

politisch sinnvollerer Primär- und Sekundärprävention umschichten.

4. Pflege

In den kommenden Jahrzehnten wird die Zahl an alten Personen in Österreich sowohl absolut als auch relativ zu den Jüngeren stark steigen. Der Anteil der ab 80-Jährigen an der Gesamtbevölkerung wird sich bis 2050 fast verdoppeln, wobei die Zunahme zwischen 2035 und 2050 noch stärker ausfallen wird als in den Jahren davor. Die Nachfrage nach Pflegedienstleistungen wird deshalb mittelfristig deutlich zunehmen (Famira-Mühlberger, 2023). Auf diese Herausforderung muss sich die Gesellschaft vorbereiten. Der Finanzausgleich 2024 bis 2028 stellt erste wichtige Weichen.

Die Dotierung des Pflegefonds wird aufgestockt. Der Zweckzuschuss für den Entfall des Pflegeregresses und die Förderung der 24-Stunden-Betreuung werden weitergeführt.

Erstens wird die (reguläre) Dotierung des Pflegefonds ab 2024 auf 1,10 Mrd. € aufgestockt. Dies entspricht einer Erhöhung um 644 Mio. € gegenüber 2023. Ab 2025 erfolgt eine jährliche Valorisierung auf Basis der Inflationsrate der mittelfristigen WIFO-Prognose von Oktober 2023 (Baumgartner et al., 2023) zuzüglich eines Aufschlags von 2 Prozentpunkten (2028: 1,31 Mrd. €). Die Mittel für die Pflegeausbildung, für die Fortführung der Erhöhung des Pflegeentgelts – wie in der Pflegereform 2021/22 angestoßen – sowie für die bislang aus der Aufbau- und Resilienzfazilität (RRF) finanzierten "Community Nurses" werden in den Pflegefonds integriert.

Der Pflegefonds ist ein Verwaltungsfonds, um in Form von Zweckzuschüssen den bedarfsgerechten Aufbau, Ausbau und die Sicherung von Pflegedienstleistungen zu unterstützen. Er wird zu zwei Drittel vom Bund und zu einem Drittel von den Ländern dotiert (Pflegefondsgesetz – PFG § 1). Die mit dem Pflegefonds eingeführten Bestimmungen, um die Datengrundlage zu Pflegedienstleistungen zu verbessern, werden im Finanzausgleich 2024 bis 2028 nachgeschärft. Ab 1. Jänner 2024 erhält der Pflegefonds zusätzliche Aufgaben, da Teile der bisherigen Bundesmittel, die im Rahmen der Pflegereform 2021/22 beschlossen wurden, in den Fonds überführt werden. Dies betrifft die Ausgaben im Rahmen des Pflegeausbildungszweckzuschusses (Pflegeausbildungstipendium gemäß Pflegeausbildungszweckzuschussgesetz – PAusbZG) sowie die Entgelterhöhung für Pflegekräfte (gemäß Entgelterhöhungszweckzuschussgesetz – EEZG). Ebenso wurden die Bundesmittel für die Finanzierung der "Community Nurses" in den Pflegefonds überführt und als achtetes Betreuungs- und Pflegedienstleistungsangebot rechtlich verankert (2303 der Beilagen XXVII. GP – Regierungsvorlage – Erläuterungen). Aufgrund der fehlenden Zweckbindung ist es den Ländern überlassen, in welcher Form sie die durch die Pflegereform angestoßenen Änderungen weiterführen. Damit steigt sowohl der Gestal-

tungsspielraum der Länder als auch die Wahrscheinlichkeit, dass sie unterschiedliche Wege gehen. Um eine koordinierte Vorgehensweise zwischen Bund, Ländern, Städte- und Gemeindebund zu unterstützen, wurde die Etablierung einer Pflege-Entwicklungs-Kommission (ab 2024) beschlossen. Wie vom Rechnungshof (2020) eingemahnt, sollte die Kommission auf eine stärkere Harmonisierung der Leistungsstandards und der Finanzierung der Pflege achten.

Die Aufstockung und die Valorisierung des Pflegefonds sind positiv zu beurteilen, weil damit ein Teil der nötigen Investitionen in die künftige Pflegeinfrastruktur getätigt werden kann. Der Umfang ist ein wichtiger Schritt, um die zu erwartende Nachfragesteigerung nach Pflegeinfrastruktur abzudecken. Zentral wird sein, dass die Länder mit den zusätzlichen Mitteln die Arbeitsbedingungen in der Pflege möglichst nachhaltig verbessern, da der Arbeitskräftemangel derzeit das wesentlichste Problem im Bereich der Pflege darstellt. Der Bund ging durch die Pflegereform in eine gestalterische Vorleistung. Inwiefern dies von den Ländern fortgeführt wird, bleibt offen.

Zweitens wird der Zweckzuschuss für den Entfall des Pflegeregresses bis 2028 im Umfang von 300 Mio. € pro Jahr weitergeführt. Davon werden 100 Mio. € p. a. durch eine unbefristet gültige Regelung gemäß § 330b ASVG geleistet, weitere 200 Mio. € p. a. werden wie bislang auf der Grundlage eines eigenen Zweckzuschussgesetzes bereitgestellt. Die Weiterführung des Zweckzuschusses, der den Einnahmenentfall durch die Abschaffung des Pflegeregresses im Jahr 2018 teilweise ausgleicht, ist positiv zu beurteilen. Wie Berechnungen zeigen, sind die durch die Kompetenztrennung für die Mittelaufbringung und der Leistungserbringung verursachten Einnahmeausfälle auf Seiten der Länder und Gemeinden beträchtlich. Klien et al. (2020) beziffern die Auswirkungen des Entfalls des Pflegeregresses für das Jahr 2018 mit gut 270 Mio. €. Für das Jahr 2030 rechnen Projektionen mit einem Entfall von knapp 600 Mio. €. In den jüngsten Finanzausgleichsverhandlungen wurde beschlossen, den Ländern bis 2028 weiterhin 300 Mio. € pro Jahr zur Verfügung zu stellen, um die Mindererinnahmen durch den Entfall des Vermögensregresses teilweise zu kompensieren.

Drittens wird die bestehende Vereinbarung zur Förderung der 24-Stunden-Betreuung fortgeführt. Die monatlichen Fördersätze wurden per 1. September 2023 weiter auf 800 € erhöht, nachdem sie bereits zu Jahresbeginn 2023 von 550 € auf 640 € angehoben

worden waren. Die Kostenteilung zwischen Bund und Ländern erfolgt im Verhältnis von 60 : 40. Die Erhöhung der Förderung der 24-Stunden-Betreuung war bereits Teil der jüngsten Pflegereform und wird nun durch eine Art. 15a-Vereinbarung längerfristig gewährleistet. Allerdings fehlen begleitende Maßnahmen zur Steigerung bzw. Absicherung der Qualität der 24-Stunden-Betreuung (z. B. Schulungen, Zertifizierungen, Informationsdrehscheibe usw.).

Insgesamt ist festzuhalten, dass der neue Finanzausgleich zwar eine Aufstockung der

Ressourcen für die Bereitstellung von Pflegedienstleistungen mit sich bringt, die angesichts der demografischen Alterung dringend notwendig ist, nicht jedoch eine grundlegende Reform in Richtung einer besseren Gesamtsteuerung. Die Kompetenztrennung für die Mittelaufbringung und die Leistungserbringung bleibt bestehen und die Komplexität des öffentlichen Pflegefinanzierungssystems wird auch durch den jüngsten Finanzausgleich nicht reduziert (Famira-Mühlberger & Trukeschitz, 2023).

5. Ökologisierung des Finanzausgleichs

Mit dem neuen Paktum werden erstmals explizit ökologische Akzente in einem Finanzausgleich gesetzt. Finanziell schlagen sich diese in mehreren Transfers nieder, die direkt im FAG festgehalten sind. Dabei werden erstens bestehende Transfers fortgeführt und teilweise aufgestockt. Die Finanzzuweisung des Bundes an die Gemeinden für den Personennahverkehr wird um 30 Mio. € p. a. erhöht, in die Siedlungswasserwirtschaft fließen jährlich zusätzlich 120 Mio. €. Die Finanzzuweisung des Bundes zur Finanzierung des Katastrophenfonds wird fortgeführt.

Zweitens werden neue Transfers eingeführt, konkret die Finanzzuweisungen des Bundes an die Länder in den Bereichen Wohnen und Sanieren sowie Umwelt und Klima im Rahmen des neuen Zukunftsfonds (vgl. dazu die Kapitel 2.2 und 2.3). Diese neuen Finanzzuweisungen werden erstmalig mit Ziel- und Wirkungsvorgaben verknüpft, deren Erreichung auf der Grundlage von Zwischen- und Endevaluierungen überprüft wird.

Hinzu kommen mehrere Art. 15a-Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern, die Zahlungen des Bundes an die Länder zur Ko-finanzierung umweltrelevanter Ausgaben (Nationalparks, Hochwasserschutz, Ausbau der Wiener U-Bahn) vorsehen. Schließlich leistet der Bund im Zeitraum 2020 bis 2024 im Rahmen des Kommunalen Investitionsgesetzes Zahlungen an die Gemeinden, die in den Jahren 2023 und 2024 zur Hälfte in Klimainvestitionen fließen sollen.

2024 erreichen die ökologisch relevanten Zahlungen des Bundes an Länder und Gemeinden 1,61 Mrd. € und damit 9,7% der gesamten Transfers des Bundes an die nachgeordneten Gebietskörperschaften⁴⁾. Ihr Anteil wird sich somit gegenüber 2021 (5,3%) fast verdoppeln (Kletzan-Slamanig et al., 2023). Aufgrund des Auslaufens des bis Ende 2024 befristeten Kommunalen Investitionsgesetzes werden allerdings in den Folgejahren die

ökologisch relevanten Zahlungen wieder zurückgehen.

Neben ökologisch relevanten Transfers ist auch die Klima-Governance zwischen Bund einerseits und den nachgeordneten Gebietskörperschaften andererseits ein wichtiges Element einer Ökologisierung des Finanzausgleichs. Im bis Ende 2023 geltenden Finanzausgleich sind ein Klimaschutzkoordinations- und -verantwortlichkeitsmechanismus verankert, die im neuen Finanzausgleich fortgeführt werden. Danach sollen die föderalen Ebenen auf Basis des Klimaschutzkoordinationsmechanismus Klimaschutzmaßnahmen erarbeiten und in Maßnahmenprogrammen fixieren, um die internationalen Verpflichtungen einhalten zu können. Der Klimaschutzverantwortlichkeitsmechanismus enthält eine Kostentragungsbestimmung für den Fall, dass bei Verfehlen der internationalen Klimaziele Emissionszertifikate angekauft werden müssen. Demnach hätte der Bund 80% der entsprechenden Kosten zu übernehmen, während 20% auf die Länder entfielen. Zudem bekennen sich die Finanzausgleichspartner zum Ausstieg aus fossilen Heizungssystemen und vereinbaren, dass der Bund die Förderungen für Heizungstausch auf 50% der Kosten erhöht, während sich die Länder verpflichten, ihre bestehenden Förderungen nicht zu senken. Schließlich soll in einem Pilotprojekt unter Beteiligung von zwei Bundesländern die Ausweitung des auf Bundesebene praktizierten "Green Budgeting" (Bundesministerium für Finanzen, 2023d) erprobt werden.

Der Finanzausgleich bietet eine Reihe weiterer Hebel, die im Sinne des Klima- und Umweltschutzes künftig stärker genutzt werden sollten. So ist die Klima-Governance weiter zu stärken, indem basierend auf einer Gesamtstrategie etwa ökologisch produktive Förderungen der föderalen Ebenen besser aufeinander abgestimmt und gemeinsame Bemühungen zum Abbau umwelt- und

Die ökologisch relevanten Zahlungen des Bundes an Länder und Gemeinden erreichen 2024 1,61 Mrd. € und damit 9,7% der gesamten Transfers an die nachgeordneten Gebietskörperschaften.

⁴⁾ Nicht berücksichtigt ist in dieser Summe die Finanzzuweisung des Bundes an Länder und Gemeinden für Gesundheit, Pflege und Klima in Höhe von 480 Mio. € jährlich über die Laufzeit des FAG 2024, da eine Auf-

teilung der Gesamtsumme auf die einzelnen Bereiche ebenso fehlt wie Ziele und konkrete Verwendungsvorgaben.

klimaschädlicher Subventionen unternommen werden. Zudem sind eine Gesamtstrategie und eine gesamtstaatliche Koordination (der Finanzierung) von Klimainvestitionen von Nöten (Fiskalrat, 2023b). Auch könnte eine Verschiebung der Kostentragung für den Ankauf von Emissionszertifikaten in Richtung der Bundesländer die Anreize erhöhen, an der Erreichung der Klimaziele mitzuwirken. Zwar wurde die Einsetzung einer Arbeitsgruppe vereinbart, die bis zum Ende der Finanzausgleichsperiode ein Modell einer verursachergerechten Aufteilung der Kosten erarbeiten soll, einschließlich der Tragung von allfälligen Sanktionszahlungen. Da eine etwaige reformierte Kostentragung frühestens ab 2029 gelten könnte, würden davon jedoch kaum verstärkte Anreize ausgehen, die die Erreichung der Klimaziele bis 2030 erleichtern.

6. Ausblick

Der Finanzausgleich 2024 bis 2028 belässt zwar die Schlüssel für die vertikale Aufteilung der gemeinschaftlichen Abgaben auf die Gebietskörperschaften weitgehend unverändert, verbessert allerdings über neue und aufgestockte Finanzausweisungen die Mittelausstattung der Länder und Gemeinden. Es ist jedoch offen, ob die zusätzlichen Finanzmittel zur Abfederung des erheblichen Ausgabendrucks auf subnationaler Ebene – etwa in den Aufgabenbereichen Gesundheit, Pflege, Elementarbildung, Wohnen und Klima – drohende Budgetdefizite oder Leistungskürzungen verhindern können.

Die erstmals etablierten Elemente einer Ziel- und Wirkungsorientierung setzen einen wichtigen Schritt zur Verbesserung der ebenenübergreifenden Steuerung in zentralen Zukunftsbereichen. Es fehlt jedoch die Verknüpfung der Finanzmittelallokation mit der gemessenen Leistung der Gebietskörper-

Schließlich werden Potenziale, durch die Stärkung von "grünen" Abgaben auf der Ebene von Ländern und Gemeinden lokale Umweltprobleme zu adressieren, zu wenig genutzt (Kletzan-Slamanig & Schratzenstaller, 2023). So könnte etwa die ohnehin überfällige Reform der Grundsteuer einen sparsameren Umgang mit der Ressource Boden unterstützen. Weitere Optionen auf der Gemeindeebene wären Verkehrserregerabgaben oder eine City-Maut sowie eine stringenter Parkraumbewirtschaftung. Auch auf Ebene der Bundesländer könnten Möglichkeiten für eine stärkere Nutzung von eigenen Abgaben mit umweltpolitischen Zielsetzungen geprüft werden, z. B. die Stärkung von Zweitwohnsitz- oder Leerstandsabgaben (Arnold et al., 2023).

schaften. Diese könnten Gegenstand der Verhandlungen für die nächste Finanzausgleichsperiode sein.

Weitere Reformen im Föderalismus sollten in der Zwischenzeit angegangen werden. Hierzu zählen etwa die überfällige Grundsteuerreform, die dringend erforderliche Entflechtung von Transfers sowie die Stärkung der Abgabenautonomie von Ländern und Gemeinden. Idealerweise sollten auch eigene Entscheidungskompetenzen für die Gestaltung relevanter Steuern auf Länder- und Gemeindeebene erwogen werden. Zudem steht immer noch eine föderative Kompetenzbereinigung aus, um die Kongruenz von Aufgaben, Ausgaben, Finanzierung und Entscheidungsverantwortung im österreichischen Bundesstaat zu verbessern. Diese Anliegen wurden erneut nicht angegangen oder aufgeschoben.

7. Literaturhinweise

- Arnold, E., Falkner, K., Schratzenstaller, M., & Sinabell, F. (2023). *Auswirkungen des Flächenverbrauchs für die Versorgungssicherheit und steuerliche Instrumente zu dessen Eindämmung*. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/71122>.
- Baumgartner, J., Kaniovski, S., & Pitlik, H. (2023). Österreichs Wirtschaft wächst mittelfristig nur verhalten. Mittelfristige Prognose 2024 bis 2028. *WIFO-Monatsberichte*, 96(10), 667-683. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/71162>.
- Budgetdienst (2023). *Finanzausgleich 2024. Analyse*. Budgetdienst des Österreichischen Parlaments. <https://www.parlament.gv.at/dokument/budgetdienst/analysen-zu-gesetzen/BD-Finanzausgleich-2024.pdf>.
- Bundeskanzleramt (2023). *Paktum zum Finanzausgleich ab 2024*. https://www.bundeskanzleramt.gv.at/dam/bkaqvaf/content/bundesregierung/2023-11-21_Paktum_zum_Finanzausgleich_ab_2024_final.pdf.
- Bundesministerium für Finanzen (2023a). *Strategiebericht 2024 bis 2027 gem. § 14 BHG 2013. Budgetbericht 2024 gem. § 42 Abs. 3 BHG 2013*. https://www.bmf.gv.at/dam/jcr:492ea544-563c-4d74-a69f-124e8a1d0577/Strategiebericht_2024_bis_2027_Budgetbericht_2024.pdf.
- Bundesministerium für Finanzen (2023b). *Zahlungsströme zwischen den Gebietskörperschaften 2024. Übersicht gemäß § 42 Abs. 4 Z 3 BHG 2013*. https://service.bmf.gv.at/Budget/Budgets/2024/beilagen/Zahlungsstroeme_Gebietskoerperschaften_2024.pdf.
- Bundesministerium für Finanzen (2023c). *Länderberichte zur Wohnbauförderung 2005-2022*. <https://www.bmf.gv.at/themen/budget/finanzbeziehungen-laender-gemeinden/unterlagen-finanzausgleich.html>.

- Bundesministerium für Finanzen (2023d). *Klima- und Umweltschutz 2024. Übersicht gemäß § 42 Abs. 4 BHG 2013.* https://service.bmf.gv.at/Budget/Budgets/2024/beilagen/Klima- und Umweltschutz_2024.pdf.
- Europäische Kommission (2023). *Taxes on Consumption as % of Total Taxation – Tobacco and Alcohol.* Data on Taxation Trends. Data updated in March 2023 including Tax Revenue Data up to 2021. https://ec.europa.eu/taxation_customs/document/download/08209739-61d3-48c6-8fec-84777cca0edc_en (abgerufen am 2. 1. 2024).
- Famira-Mühlberger, U. (2023). *Projektionen des öffentlichen Pflegeaufwands bis 2050.* WIFO (mimeo).
- Famira-Mühlberger, U., & Trukeschitz, B. (2023). *Zur öffentlichen Finanzierung der Langzeitpflege in Österreich.* *WIFO-Monatsberichte*, 96(12), 857-868. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/71302>.
- Fiskalrat (2023a, 8. November). *Aktualisierter Budgetausblick 2023 und 2024: Schnelleinschätzung des Büros des Fiskalrates.* <https://www.fiskalrat.at/publikationen/studien-des-bueros/kurzanalysen-informationen-uebersicht/20231108.html>.
- Fiskalrat (2023b). *Bericht über die öffentlichen Finanzen. 2022-2027.* <https://www.fiskalrat.at/publikationen/berichte/bericht-ueber-die-oeffentlichen-finanzen-uebersicht.html>.
- Kletzan-Slamani, D., Köppl, A., Pitlik, H., & Schratzenstaller, M. (2023). *Der Finanzausgleich als Hebel zur Umsetzung der österreichischen Klimaziele. Handlungsfelder und konzeptionelle Grundlagen.* WIFO. <http://www.wifo.ac.at/www/pubid/70785>.
- Kletzan-Slamani, D., & Schratzenstaller, M. (2023). *Ökologisierung des Abgabensystems im Föderalstaat.* *Nachhaltigkeitsrecht*, 3(1), 92. <https://doi.org/10.33196/nr202301009201>.
- Klien, M., Pitlik, H., Firgo, M., & Famira-Mühlberger, U. (2020). *Ein Modell für einen strukturierten vertikalen Finanzausgleich in Österreich.* WIFO. <http://www.wifo.ac.at/www/pubid/65854>.
- OECD (2023). *OECD Health at a Glance 2023 Country Note. Austria.* <https://www.oecd.org/austria/health-at-a-glance-Austria-EN.pdf>.
- Pitlik, H., Klien, M., & Loretz, S. (2018). *Ausgabendynamik in den Budgets der Gebietskörperschaften im Lichte einer aufgabenorientierten vertikalen Finanzmittelverteilung.* WIFO. <http://www.wifo.ac.at/www/pubid/61535>.
- Pitlik, H., & Schratzenstaller, M. (2023). *Finanzpolitik in einem unsicheren ökonomischen und geopolitischen Umfeld. Bundesvoranschlag 2024 und Mittelfristiger Finanzrahmen 2024 bis 2027.* *WIFO-Monatsberichte*, 96(12), 833-844. <http://www.wifo.ac.at/www/pubid/71305>.
- Rechnungshof Österreich (2020). *Pflege in Österreich. Bericht des Rechnungshofes.* https://www.rechnungshof.gv.at/rh/home/home/004.682_Pflege_Oesterreich.pdf.
- Rocha-Akis, S., Bierbaumer, J., Bittschi, B., Bock-Schappelwein, J., Einsiedl, M., Fink, M., Klien, M., Loretz, S., & Mayrhuber, C. (2023). *Umverteilung durch den Staat in Österreich 2019 und Entwicklungen von 2005 bis 2019.* WIFO. <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/69741>.
- Statistik Austria (2023). *Zeitverwendung 2021/22. Ergebnisse der Zeitverwendungserhebung.*

Der Finanzausgleich als Hebel zur Umsetzung der österreichischen Klimaziele

Handlungsfelder und konzeptionelle Grundlagen

Daniela Kletzan-Slamanig, Angela Köppl, Hans Pitlik, Margit Schratzenstaller



Die österreichischen Bundesländer haben umfangreiche Kompetenzen in für die grüne Transformation wesentlichen Bereichen, es gibt aber in Hinblick auf den energetischen Endverbrauch auch beträchtliche bundesländerspezifische Unterschiede. Für die Wahrnehmung der gesamtstaatlichen Aufgabe Klimaschutz ist die Beteiligung aller gebietskörperschaftlichen Ebenen in einem kohärenten Politikrahmen erforderlich. Der Finanzausgleich wird als Hebel zur Implementierung der österreichischen Klimaziele bislang nur wenig genutzt. Die Studie stellt Überlegungen konzeptionell-theoretischer Natur an, um die Basis für eine Entwicklung konkreter Maßnahmen und Instrumente für eine stärkere Ökologisierung des Finanzausgleichs zu schaffen. Abschließend werden grob kurz- und mittelfristig umsetzbare Optionen für die Ökologisierung des österreichischen Finanzausgleichs skizziert.

Im Auftrag von Erneuerbare Energie Österreich • Juni 2023 • 46 Seiten • 50 € • Kostenloser Download:
<https://www.wifo.ac.at/www/pubid/70785>

Bestellungen bitte an das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung, Team "Publikationen und Abonnentenbetreuung", 1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, Tel. (+43 1) 798 26 01-214, Fax (+43 1) 798 93 86, publikationen@wifo.ac.at

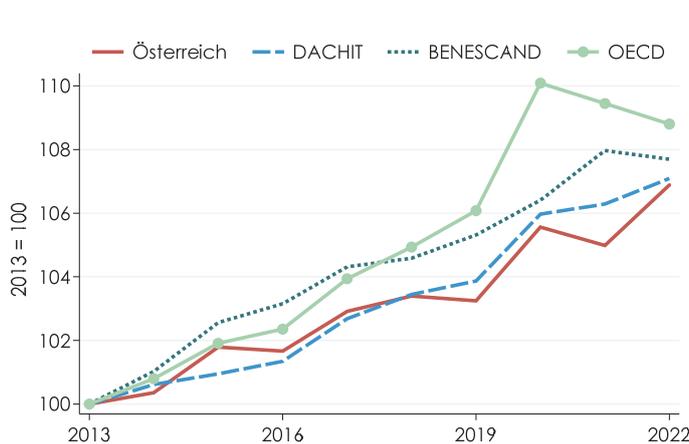
Die Produktivitätsentwicklung österreichischer Unternehmen in den Jahren 2013 bis 2020

Eine Auswertung von Mikrodaten

Michael Peneder, Fabian Unterlass

- Im europäischen Vergleich der aggregierten Komponenten des BIP-Wachstums weist Österreich relativ hohe Kapitalbeiträge auf, insbesondere in der Informations- und Kommunikationstechnologie. Die Wachstumsbeiträge der geleisteten Arbeitsstunden und der Multifaktorproduktivität sind hingegen niedriger als im Durchschnitt der Vergleichsgruppen.
- Die Herstellung von Waren wies in Österreich von 2013 bis 2020 den höchsten Anstieg der Arbeitsproduktivität auf, während im Baugewerbe ein negativer Trend zu verzeichnen war. In der Herstellung von Waren bestehen zudem hinsichtlich der Arbeitsproduktivität deutliche Größenvorteile. Im Fall der nichtfinanziellen Marktdienstleistungen gilt dies für die Multifaktorproduktivität. In dieser Branchengruppe haben sich die Skalenvorteile über die Zeit tendenziell verstärkt.
- In der Herstellung von Waren gelang es vielen Unternehmen am unteren Ende der Produktivitätsverteilung, ihren Rückstand zu verringern (Konvergenz), während die führenden Unternehmen in den nichtfinanziellen Marktdienstleistungen ihren Vorsprung tendenziell ausbauen konnten (Divergenz).

Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität im internationalen Vergleich



"Innerhalb Europas liegt Österreich beim Produktivitätswachstum hinter den wichtigsten Vergleichsländern zurück."

Die Arbeitsproduktivität misst das Verhältnis der Wirtschaftsleistung zu den eingesetzten Arbeitsstunden und gehört zu den Schlüsselindikatoren der Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft (Q: OECD Productivity Statistics, WIFO-Darstellung. Alle Aggregate sind ungewichtet, mit Ausnahme der OECD. DACHIT . . . Deutschland, Italien, Österreich, Schweiz. BENESCAND . . . Belgien, Dänemark, Niederlande, Finnland, Schweden).

Die Produktivitätsentwicklung österreichischer Unternehmen in den Jahren 2013 bis 2020

Eine Auswertung von Mikrodaten

Michael Peneder, Fabian Unterlass

Die Produktivitätsentwicklung österreichischer Unternehmen in den Jahren 2013 bis 2020. Eine Auswertung von Mikrodaten

Dieser Beitrag gibt zunächst einen Überblick zur Entwicklung der Arbeits- und Multifaktorproduktivität in Österreich im internationalen Vergleich und analysiert dann ausgewählte Kennzahlen zur heimischen Produktivitätsentwicklung auf Basis von mikroaggregierten Unternehmensdaten. Letztere zeigen ausgeprägte strukturelle Unterschiede in Bezug auf Branchenzugehörigkeit, Größe und relative Position der Unternehmen in der Produktivitätsverteilung. In allen untersuchten Wirtschaftszweigen gibt es unterschiedliche Größenvorteile. Diese haben sich im Betrachtungszeitraum jedoch nur in den nichtfinanziellen Marktdienstleistungen erhöht. Dort ist im Gegensatz zur Herstellung von Waren auch ein Trend zur Ausweitung bestehender Produktivitätsvorteile zu beobachten.

JEL-Codes: D24, E23, L16, L25 • **Keywords:** Arbeitsproduktivität, Multifaktorproduktivität, Größenvorteile, Produktivitätsverteilung, Mikrodaten

Dieser Beitrag beruht auf einer Kooperation des WIFO mit dem Projekt "Multiprod 2.0" der OECD, für das erstmals die Möglichkeiten des neu gegründeten Austrian Micro Data Center (AMDC) der Statistik Austria genutzt wurden. Wir bedanken uns bei allen beteiligten Kolleg:innen der beiden Organisationen für die hervorragende Zusammenarbeit.

Begutachtung: Philipp Schmidt-Dengler • **Wissenschaftliche Assistenz:** Nicole Schmidt-Padickakudy (nicole.schmidt-padickakudy@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 20. 12. 2023

Kontakt: Michael Peneder (michael.peneder@wifo.ac.at)

The Productivity Growth of Austrian Companies from 2013 to 2020. An Analysis of Micro Data

This article first provides an overview of the development of labour and multifactor productivity in Austria in an international comparison and then analyses selected indicators of productivity development based on micro-aggregated firm-level data for Austria. The latter show pronounced structural differences in terms of sector affiliation, size and relative position of companies in the productivity distribution. There are economies of scale in all sectors examined. However, these have only increased during the period under review in non-financial market services, where, in contrast to the manufacture of goods, there is also a trend towards the expansion of existing productivity advantages.

1. Einleitung

Der Begriff Produktivität bezeichnet das Verhältnis zwischen Output und Input und ist in seinen verschiedenen Ausprägungen ein wichtiger Indikator für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen, Sektoren oder ganzen Volkswirtschaften. Im Mittelpunkt stehen die **Arbeitsproduktivität** als Verhältnis von Wirtschaftsleistung und Arbeitsstunden (bzw. näherungsweise der Anzahl der Erwerbstätigen) sowie die **Multifaktorproduktivität** (MFP), die dem Verhältnis der Wirtschaftsleistung zur Summe (möglichst) aller Produktionsfaktoren entspricht¹⁾. Die MFP gilt daher als Indikator für die technische Effizienz der Produktion, die auch Unterschiede

in der Qualität von Organisation und Management der Unternehmen umfasst.

Dieser Beitrag basiert auf einer Auswertung von Unternehmensdaten, die im neuen Austrian Micro Data Center (AMDC) der Statistik Austria nach der standardisierten Methodik des **Multiprod-2.0**-Projektes der OECD durchgeführt wurde. Die OECD stellte harmonisierte Programme für die Berechnungen zur Verfügung und erhält im Gegenzug die Ergebnisse für eine Reihe von Produktivitätsindikatoren und Verteilungsmaßen (Berlingieri et al., 2017)²⁾. Um die Vertraulichkeit zu wahren, beruhen diese Indikatoren ausschließlich

¹⁾ Die Multifaktorproduktivität wird daher häufig und bedeutungsgleich als Gesamtfaktorproduktivität bzw. Totale Faktorproduktivität (TFP) bezeichnet.

²⁾ Siehe auch Desnoyer-James et al. (2019) sowie die früheren Kooperationen von Janger et al. (2018) und Peneder und Prettnner (2021).

auf mikroaggregierten Daten, werden also nie für einzelne Unternehmen ausgewertet (siehe Kasten "Datengrundlagen")³⁾.

Kapitel 2 vergleicht zunächst die allgemeine Produktivitätsentwicklung in Österreich und ausgewählten Ländern auf Basis aggregierter OECD-Daten. Diese Daten bilden den makroökonomischen Hintergrund für die anschließende Analyse der mikroaggregierten Kennzahlen zur Arbeits- und Multifaktorproduktivität in Österreich. Angesichts der großen **Heterogenität** zwischen den Unternehmen – selbst innerhalb eng definierter Branchen im selben Land – verbergen sich hinter den aggregierten Durchschnittswerten oft

ökonomisch relevante Unterschiede in den zugrunde liegenden Bestimmungsfaktoren⁴⁾. Die nachfolgenden Ausführungen nutzen daher die im Rahmen von Multiprod 2.0 ermittelten Daten für Österreich, um das Niveau und die Entwicklung der Arbeitsproduktivität und der Multifaktorproduktivität auf Basis ausgewählter struktureller Unternehmensmerkmale zu vergleichen. Zu diesen Merkmalen zählen der Wirtschaftszweig (Kapitel 3), die Größe der Unternehmen (Kapitel 4) und ihre ursprüngliche Position in der Produktivitätsverteilung (Kapitel 5). In Kapitel 6 werden die wichtigsten Ergebnisse kurz zusammengefasst.

Datengrundlagen

Datenquelle für die mikroaggregierten Kennzahlen sind die **Leistungs- und Strukturhebung** (LSE) sowie das **Unternehmensregister** von Statistik Austria¹⁾. Die Teilnahme an der LSE ist für Unternehmen, die bestimmte Umsatz- und Größenschwellen überschreiten, obligatorisch. Die Schwellenwerte liegen je nach Branche zwischen 550.000 € und 3,25 Mio. € bzw. zwischen 10 und 20 Beschäftigten. Alle Unternehmen, die diese Schwellenwerte überschreiten, werden in die LSE einbezogen. Das sind etwa 35.000 Unternehmen (rechtliche Einheiten) pro Berichtsjahr. Einige Unternehmen, die unter den Schwellenwerten liegen, werden anhand von Verwaltungsdaten und modellgestützten Schätzungen nur in die LSE einbezogen, nicht jedoch in Multiprod 2.0. Der Grund liegt darin, dass in der LSE kleine Unternehmen unter der Beschäftigtenschwelle überdurchschnittlich produktiv sind, weil sie nur dann in die Stichprobe aufgenommen werden, wenn ihr Umsatz über der Umsatzenschwelle liegt. Die Stichprobe der LSE ist dadurch am unteren Rand der Größenverteilung verzerrt und nicht mehr repräsentativ für die Gesamtpopulation. Um diese Verzerrung zu vermeiden, wurden in der vorliegenden Auswertung für Österreich die Schwellenwerte einheitlich auf **mindestens 20 Beschäftigte** angehoben. Kleine Unternehmen mit weniger als 20 Beschäftigten werden daher in den vorliegenden Ergebnissen nicht berücksichtigt²⁾.

Eine zweite wichtige Einschränkung besteht darin, dass zur Bestimmung der **Kapitalstöcke** keine Buchwerte zur Verfügung stehen. Die Variable Kapital wird daher nach der **Perpetual Inventory Methode** (PIM) berechnet, wobei die Ausgangswerte durch Verknüpfung der sektoralen Kapitalintensität in der OECD-STAN-Datenbank für Österreich im jeweiligen Jahr mit der Beschäftigtenzahl der einzelnen Unternehmen bestimmt werden. Aufgrund des relativ kurzen Beobachtungszeitraums kann diese Vorgangsweise die Schätzung der Kapitaleleistungen verzerren.

Schließlich ist bei der Interpretation der Ergebnisse zu berücksichtigen, dass in Multiprod 2.0 bei den Berechnungen der Multifaktorproduktivität nur Sachkapital berücksichtigt wird, während **intangibles Kapital** letztlich zum Residuum beiträgt. Dies verbessert die internationale Vergleichbarkeit der Ergebnisse. Um diese zu erhöhen, zieht Multiprod 2.0 zudem für ausgewählte Kennzahlen (z. B. Deflatoren, Abschreibungsraten, Kapitalintensitäten sowie Niveaus und Wachstumsraten der Arbeitsproduktivität) die **STAN-Datenbank** der OECD auf Länder-, Branchen- und Jahresebene heran. Alle monetären Variablen werden real zu Preisen und einheitlichen Kaufkraftstandards von 2005 umgerechnet³⁾.

¹⁾ Die Grundgesamtheit umfasst "Unternehmen (rechtliche Einheiten) bzw. statistische Unternehmen, die eine Haupttätigkeit gemäß der ÖNACE 2008, Abschnitte B bis N und der Abteilung S95 ausüben und im Berichtsjahr aktiv sind bzw. Umsatzerlöse von mehr als 10.000 € und/oder Beschäftigte haben (etwa 359.600 Unternehmen als rechtliche Einheit und 337.400 statistische Unternehmen)" (Statistik Austria, 2022, 6). – ²⁾ Laut Leistungs- und Strukturhebung (LSE) gab es in Österreich 2020 knapp 360.000 Unternehmen. Davon hatten 88,1% weniger als 10 Beschäftigte und 6,4% 10 bis 19 Beschäftigte. Zusammen entfielen auf diese Unternehmen 34,6% der Beschäftigung und 27,0% der Bruttowertschöpfung. – ³⁾ Davon ausgenommen ist die Herstellung von Waren. Weil der größte Teil der Produktion international gehandelt wird, werden die Reihen in diesem Fall mit dem nominellen Wechselkurs (Durchschnittswert für 2005) angepasst.

2. Internationaler Vergleich auf gesamtwirtschaftlicher Ebene

In internationalen Vergleichen der Wettbewerbsfähigkeit auf gesamtwirtschaftlicher Ebene liegt Österreich relativ stabil im oberen Mittelfeld. So nimmt Österreich in der jüngsten Auswertung des **WIFO-Radars**⁵⁾ z. B.

beim Bruttoinlandsprodukt (BIP) je geleisteter Arbeitsstunde den 10. Rang unter 31 europäischen Vergleichsländern ein. Im Gegensatz dazu fiel das Wachstum der Arbeitsproduktivität im Vergleichszeitraum 2013/2022 ent-

³⁾ Konkret werden die Unternehmen entlang der ausgewählten Dimensionen (z. B. Branche, Größenklassen nach Umsatz bzw. Beschäftigung, Altersklassen oder Quintile der Produktivitätsverteilung) unterschiedlichen Zellen zugeordnet und dann für jede Zelle aggregierte Jahresdaten berechnet. Einige Indikatoren sind in einzelnen Zellen oder für bestimmte Jahre nicht verfügbar, um sicherzustellen, dass es nicht möglich ist, Rückschlüsse auf einzelne Unternehmen zu ziehen, wenn es nur wenige Beobachtungen innerhalb einer Zelle gibt.

⁴⁾ Siehe z. B. Syverson (2011, 2017), Bartelsman et al. (2013), Dosi et al. (2016), Breitenfellner et al. (2022), Friesenbichler et al. (2023) oder Molnárová (2023).

⁵⁾ Siehe Peneder et al. (2023a, 2023b) sowie das interaktive Online-Tool unter https://www.wifo.ac.at/themen/wettbewerbsfaehigkeit/radar_der_wettbewerbsfaehigkeit.

Während Österreich bei den von Investitionen bestimmten Kapitaleistungen gut abschneidet, sind die Wachstumsbeiträge der Arbeitsstunden sowie der Multifaktorproduktivität geringer als in den Vergleichsländern.

täuschend schwach aus. Für den internationalen Vergleich wird die Wachstumsrate in Österreich jener in der OECD insgesamt sowie in zwei für Österreich besonders relevanten Gruppen an **Vergleichsländern** gegenübergestellt:

- Zur Gruppe der **DACHIT** zählen neben Österreich die westlichen Nachbarländer Deutschland, Schweiz und Italien.
- Die Gruppe der **BENESCAND** umfasst mit Belgien, den Niederlanden, Dänemark, Schweden und Finnland mit Österreich vergleichbare kleine offene Volkswirtschaften in der EU.

Mit einem durchschnittlichen jährlichen Wachstum der **Arbeitsproduktivität** von 0,74% liegt Österreich nahe am (ungewichteten) Durchschnitt der DACHIT (+0,80%). Dieser wird jedoch vor allem durch Italien (+0,22%) gedämpft, während Deutschland (+0,87%) und die Schweiz (+1,2%) deutlich besser abschneiden. Auch in der BENESCAND-Ländergruppe (+0,88%) und in der OECD insgesamt (+0,98%) war das durchschnittliche jährliche Wachstum in den Jahren 2013 bis 2022 höher als in Österreich⁶⁾.

Verglichen mit der Arbeitsproduktivität ist die **MFP**, die als Residualgröße gemessen wird, wesentlich volatiler und sowohl von konjunk-

turellen Einflüssen als auch von Datenrevisionen stärker betroffen (siehe Kasten "Überblick zur Messung der Multifaktorproduktivität – MFP"). Ihre Entwicklung hängt neben dem BIP-Wachstum entscheidend davon ab, in welchem Umfang das Wirtschaftswachstum durch Veränderungen der verschiedenen Produktionsfaktoren erklärt wird. Die OECD berechnet daher für eine Gruppe von 24 Vergleichsländern regelmäßig die Beiträge zum Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (Abbildung 1), aufgliedert in

- geleistete Arbeitsstunden,
- Kapitaleistungen von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT-Kapital),
- Kapitaleistungen sonstiger Kapitalgüter (Nicht-IKT-Kapital) sowie die
- MFP als Restgröße⁷⁾.

Von 2013 bis 2022 lag Österreich beim jährlichen Beitrag der IKT-Kapitaleistungen zum BIP-Wachstum um durchschnittlich 0,12 Prozentpunkte über dem Durchschnitt der 24 OECD-Länder. Dagegen war der Beitrag der Nicht-IKT-Kapitaleistungen um 0,07 Prozentpunkte und jener der Arbeitsstunden um 0,42 Prozentpunkte geringer als in den Vergleichsländern. Der jährliche Wachstumsbeitrag der MFP war durchschnittlich um 0,38 Prozentpunkte geringer.

Überblick zur Messung der Multifaktorproduktivität (MFP)

Im Gegensatz zu jenen Produktivitätsmaßen, die den Output mit einem einzigen Input wie dem Einsatz von Arbeit, Kapital, Energie oder Material in Beziehung setzen, wird die Multifaktorproduktivität als Residuum gemessen, d. h. als jener Teil der Wirtschaftsleistung, der unerklärt bleibt, nachdem die Beiträge aller Produktionsfaktoren abgezogen wurden. Folglich wirken sich Unterschiede zwischen alternativen Konzepten zur Messung oder Verknüpfung des Outputs mit den jeweiligen Inputfaktoren direkt auf das Residualmaß der MFP aus (Syverson, 2011).

Eine erste kritische Entscheidung betrifft die Wahl des jeweiligen Outputs, der entweder als Bruttoproduktion oder als Wertschöpfung gemessen wird. Die Verwendung der Wertschöpfung setzt die Produktion direkt mit den daraus erzielten Einkommen in Beziehung und hat den Vorteil, Schwierigkeiten bei der Messung der Vorleistungsströme zu vermeiden. Konzeptuell ist jedoch von einer additiv trennbaren Produktionsfunktion auszugehen, die keine Substitution von Vorleistungen durch einzelne Faktoren in der Wertschöpfungsfunktion (d. h. Kapital und Arbeit) zulässt. Außerdem bleiben die Spillover-Effekte des technologischen Wandels bei der Produktion von Zwischenprodukten wie Mikroprozessoren, neuen Materialien usw. unberücksichtigt, wenn die Wertschöpfung als Ausgangspunkt der MFP-Berechnungen dient. Unter theoretischen Gesichtspunkten ist daher die Verwendung der Bruttoproduktion im Allgemeinen vorzuziehen¹⁾. Die bessere Verfügbarkeit von Daten sowie Überlegungen zur Robustheit bestimmter technischer Annahmen können aber auch den Ausschlag für die Wahl der Wertschöpfung als relevantem Output geben.

Die methodischen Ansätze zur Berechnung der MFP unterscheiden sich in vielerlei Hinsicht²⁾. Die klassische Methode beruht auf der (aggregierten) **Produktionsfunktion von Solow** (1956) sowie allgemeineren Ansätzen mit Indexzahlen, die jeweils die Outputs zu einer gewichteten Summe von Inputs in Beziehung setzen. Im Allgemeinen werden dabei konstante Skalenerträge und andere strikte theoretische Vorgaben übernommen. Dazu gehört z. B. die Annahme, dass die Preisbildung unter Bedingungen eines vollkommenen Wettbewerbs erfolgt und alle Faktorpreise daher exakt dem Grenzprodukt der jeweiligen Produktionsfaktoren entsprechen. Diese können dann anhand ihrer Einkommensanteile aggregiert werden. Unter der weiteren Annahme, dass der Wettbewerb keine Effizienzverluste (im Sinne von ungenutzten Produktionslücken) zulässt, müssen Veränderungen im Residuum ausschließlich auf einer Verschiebung der Produktionsfunktion und somit auf dem technologischen Wandel beruhen. Empirisch durchaus häufig anzutreffende Rückgänge der MFP sind diesem Ansatz folgend schwierig zu erklären. Die gleichen Annahmen und Interpretationen gelten typischerweise auch für sogenannte **Superlativindizes** der MFP (Diewert, 1976)³⁾.

Die **Data Envelopment Analysis** (DEA) setzt weniger Verhaltensannahmen voraus und verwendet auch keine beobachteten Preisreihen, sondern nutzt stattdessen lineare Programmier-techniken, um den impliziten Schattenpreis aus den Grenzwerten

⁶⁾ Mit durchschnittlich 2,1% p. a. war zudem das Wachstum der Arbeitsproduktivität auch in den für Österreich wichtigen Transformationsländern der MOEL 5

(Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn und Slowenien) wesentlich höher.

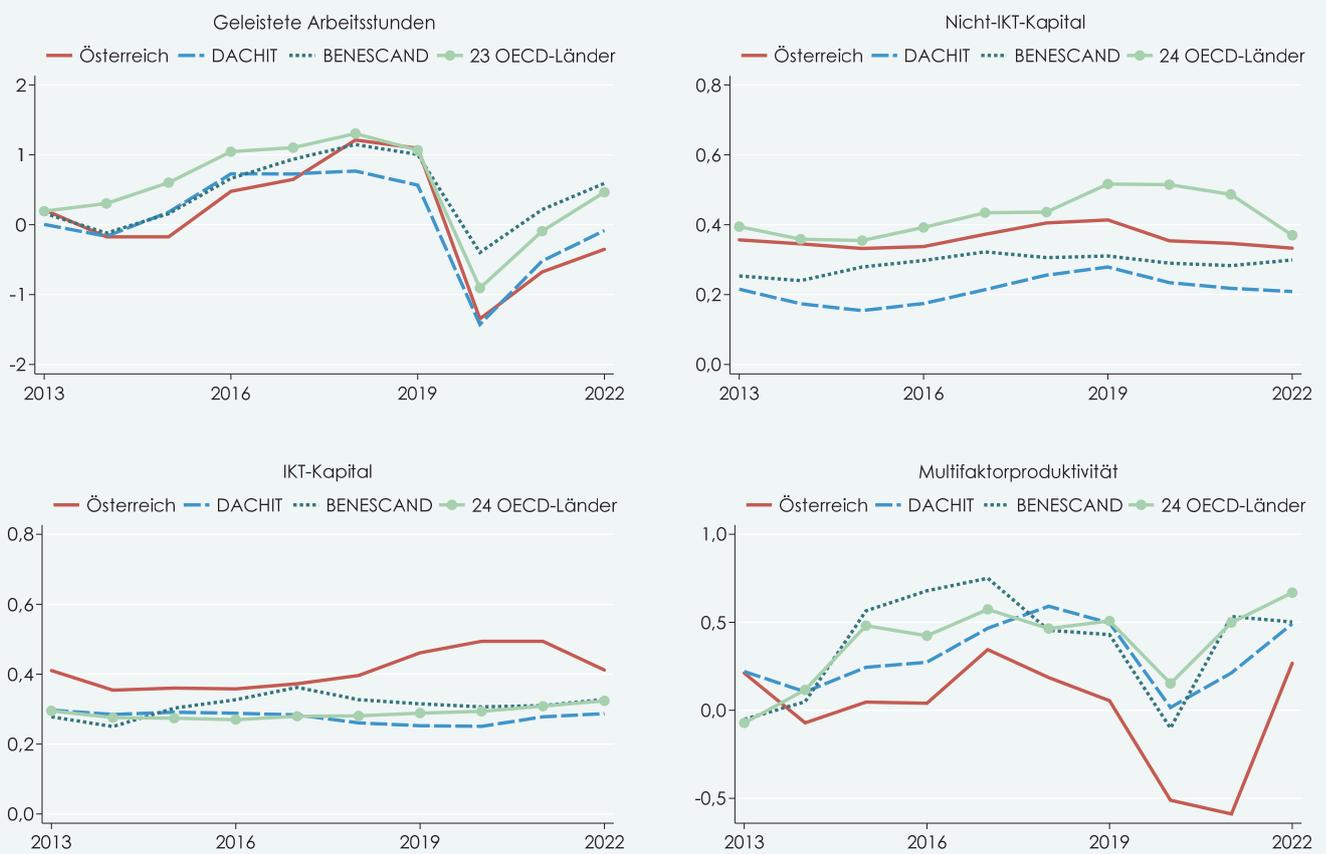
⁷⁾ Siehe OECD (2021).

auf der Produktionsmöglichkeitsgrenze abzuleiten. Veränderungen der MFP im sogenannten **Malmquist-Index** spiegeln daher sowohl Verschiebungen der Produktionsfunktion (technologischer Wandel) als auch Veränderungen in der Effizienz wider.

Mit dem verbesserten Zugang zu umfangreichen Mikrodaten auf Unternehmensebene ist die ökonometrische Literatur, die auf unterschiedliche Ansätze zur Schätzung der Produktionsfunktion setzt, in den letzten Jahrzehnten rasch angewachsen. Die in der Literatur behandelten Schwierigkeiten bei der Identifizierung der Multifaktorproduktivität werden im folgenden Kapitel umrissen.

¹⁾ Siehe z. B. Jorgenson et al. (2005), Jorgenson (2009) oder Diewert (2015). – ²⁾ Siehe z. B. Ten Raa und Shestalova (2011). – ³⁾ Als Superlativindizes wird eine Kategorie von Indizes bezeichnet, die für flexible Aggregatorfunktionen mit diskreten Zeitreihen exakt sein müssen. Ein flexibler Aggregator ist eine Annäherung zweiter Ordnung an eine beliebige Produktions-, Kosten-, Nutzen- oder Distanzfunktion. Exaktheit bedeutet, dass eine bestimmte Indexzahl direkt aus einem bestimmten flexiblen Aggregator abgeleitet werden kann (siehe OECD, 2001, 88). Beispiele für Superlativindizes sind der Fisher-, der Törnqvist oder der Walsh-Index.

Abbildung 1: **Beiträge der Produktionsfaktoren zum BIP-Wachstum im internationalen Vergleich**
Gleitender Dreijahresmittelwert in Prozentpunkten



Q: OECD Productivity Statistics, WIFO-Darstellung. Alle Aggregate sind ungewichtet. DACHIT . . . Deutschland, Italien, Österreich, Schweiz. BENESCAND . . . Belgien, Dänemark, Niederlande, Finnland, Schweden. 24 OECD-Länder . . . Australien, Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Israel, Italien, Japan, Kanada, Luxemburg, Neuseeland, Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, Schweiz, Spanien, Südkorea, USA, Vereinigtes Königreich. 23 OECD-Länder . . . 24 OECD-Länder ohne Südkorea.

3. Ausgewählte Wirtschaftszweige

Die Zugehörigkeit zu bestimmten Wirtschaftszweigen mit ähnlichen produktionstechnischen Anforderungen ist ein wichtiger Bestimmungsfaktor für das Niveau und die Ent-

wicklungsdynamik der Produktivität von Unternehmen. Die folgenden Auswertungen für Österreich beschränken sich auf drei Wirtschaftszweige, für die eine ausreichend

große Zahl von Beobachtungen valide Schätzungen zulässt⁸⁾:

- Herstellung von Waren (ÖNACE 2008, Abschnitt C),
- Bauwirtschaft (Abschnitt F),
- nichtfinanzielle Marktdienstleistungen (Abschnitte G bis N, ohne K)⁹⁾.

Innerhalb dieser Auswahl entfällt der mit Abstand größte Anteil an der im Jahr 2020 er-

wirtschafteten Bruttowertschöpfung auf die nichtfinanziellen Marktdienstleistungen (61,0%), vor der Herstellung von Waren (26,1%) und der Bauwirtschaft (12,9%). Sowohl die durchschnittliche Anzahl an Erwerbstätigen als auch das eingesetzte Kapital je Unternehmen sind in der Herstellung von Waren am höchsten und in der Bauwirtschaft am niedrigsten (Übersicht 1).

Übersicht 1: **Ausgewählte Kennzahlen zur realen Produktion in Österreich**

	Mittelwert pro Unternehmen 2020	2013/2019	2019/20	Unternehmen
	In € (Preise von 2005 zu einheitlichen Kaufkraftstandards)	Jährliche Veränderung in %		Anzahl
Herstellung von Waren				
Wertschöpfung	13.297.497	+ 2,04	- 4,96	3.880
Kapital	19.193.884	- 1,29	+ 1,24	3.906
Erwerbstätige (Anzahl)	143	+ 0,75	- 0,36	3.906
Bauwirtschaft				
Wertschöpfung	2.814.452	- 1,71	- 4,81	2.724
Kapital	5.485.116	- 2,30	- 0,67	2.728
Erwerbstätige (Anzahl)	66	+ 0,29	+ 0,79	2.728
Nichtfinanzielle Marktdienstleistungen				
Wertschöpfung	5.697.703	- 0,24	+ 1,10	10.958
Kapital	30.221.540	- 2,55	+ 1,60	11.130
Erwerbstätige (Anzahl)	95	- 0,20	+ 2,08	11.130

Q: Multiprod 2.0 – OECD, Statistik Austria und WIFO. Ungewichtete Mittelwerte.

Die durchschnittliche **Arbeitsproduktivität** ist in der Herstellung von Waren um fast 25% höher als in den nichtfinanziellen Marktdienstleistungen und um rund 90% höher als in der Bauwirtschaft. Von 2013 bis 2019 wuchs sie zudem in der Warenherstellung schneller (um durchschnittlich +1,42% p. a.) als in den nichtfinanziellen Marktdienstleistungen (+0,33% p. a.), während die Bauwirtschaft deutliche Produktivitätsverluste verzeichnete (-2,15% p. a.; Übersicht 2). Im Jahr 2020 sank die Arbeitsproduktivität im Vergleich zum Vorjahr um 2,0% (nichtfinanzielle Marktdienstleistungen) bis 4,9% (Bauwirtschaft), wobei der Rückgang in der Bauwirtschaft bereits länger anhielt (siehe auch die Entwicklung der aggregierten Reihen in Abbildung 2). Er ist ein international beobacht-

bares Phänomen, für das die Fachliteratur unterschiedliche Erklärungen anbietet, ohne dass bisher ein Konsens erzielt werden konnte¹⁰⁾.

Für die Berechnung der **Multifaktorproduktivität** nach der klassischen Methode der Solow-Residuen ("MFP-Solow") verwendet die OECD näherungsweise sektorspezifische Anteile von Arbeit und Vorleistungen. Auch hier wies im Zeitraum 2013/2019 die Herstellung von Waren mit durchschnittlich +0,72% p. a. die höchsten Zuwächse auf, gefolgt von den nichtfinanziellen Marktdienstleistungen (+0,40% p. a.), während die MFP in der Bauwirtschaft rückläufig war (-0,22% p. a.; Übersicht 2). Im Schatten der COVID-19-Krise waren im Jahr 2020 die Produktivi-

⁸⁾ Die Land- und Forstwirtschaft, einschließlich Fischerei (ÖNACE 2008, Abschnitt A) sowie die Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen (Abschnitt K) werden von Multiprod 2.0 nicht erfasst. Aufgrund konzeptueller und messtechnischer Bedenken werden die Nicht-Marktdienstleistungen (Abschnitte O bis U) nicht berücksichtigt. Ebenso wurde in diesem Beitrag aufgrund der jeweils geringen Anzahl an Beobachtungen auf die Darstellung der Bereiche Bergbau; Energie- und Wasserversorgung sowie Abwasser- und Abfallentsorgung (Abschnitte B, D und E) verzichtet.

⁹⁾ Zu dieser Gruppe zählen der Handel, einschließlich der Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahr-

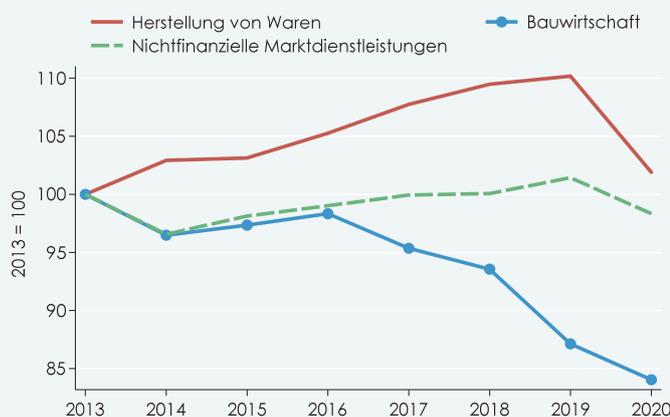
zeugen (ÖNACE 2008, Abschnitt G), Verkehr und Lagererei (Abschnitt H), Beherbergung und Gastronomie (Abschnitt I), Information und Kommunikation (Abschnitt J), das Grundstücks- und Wohnungswesen (Abschnitt L), die freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen (Abschnitt M) sowie die sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (Abschnitt N).

¹⁰⁾ Zu den häufigsten Erklärungsversuchen gehören etwa Messfehler oder vermutete Defizite beim technischen Fortschritt bzw. der Intensität des Wettbewerbs. Siehe z. B. Goolsbee und Syverson (2023) oder Meier (2023).

tätsverluste ebenfalls in diesem Sektor am höchsten (-2,27%), vor der Herstellung von

Waren (-1,66%) und den nichtfinanziellen Marktdienstleistungen (-0,41%).

Abbildung 2: **Durchschnittliche Entwicklung der Arbeitsproduktivität österreichischer Unternehmen in ausgewählten Sektoren**



Q: Multiprod 2.0 – OECD, Statistik Austria und WIFO. Unternehmen für Aggregation gewichtet.

4. Unternehmensgröße

Ein zweiter struktureller Faktor, der die Produktivität beeinflussen kann, ist die Größe des Unternehmens. Wie erwähnt können unterschiedliche Schwellenwerte für die statistische Erfassung zu Verzerrungen und einer systematischen Überschätzung der Produktivität von Kleinbetrieben führen. Bei den Multiprod-2.0-Berechnungen für Österreich wurden daher nur Unternehmen mit zumindest 20 Beschäftigten berücksichtigt. Diese werden im Folgenden in vier Gruppen unterteilt:

- **Mittel bis klein:** 20 bis 49 Beschäftigte
- **Mittel:** 50 bis 99 Beschäftigte
- **Mittel bis groß:** 100 bis 249 Beschäftigte
- **Groß:** 250 oder mehr Beschäftigte

Hinsichtlich der **Arbeitsproduktivität** bestehen in den meisten Sektoren eindeutige Größenvorteile (Abbildung 3). Am deutlichsten zeigt sich dies in der Herstellung von Waren, wo große Unternehmen gegenüber den mittleren einen Produktivitätsvorsprung von durchschnittlich 30,7% haben. In der Bauwirtschaft betrug der entsprechende Vorsprung 2020 gut 20%. In den nichtfinanziellen Marktdienstleistungen ist die Arbeitsproduktivität dagegen in der Gruppe der mittleren bis großen Unternehmen am höchsten; ihr Vorsprung gegenüber den großen Unternehmen betrug 2020 14,0%. Die bestehenden Skalenvorteile haben sich im Beobachtungszeitraum (2013/2020) aber nicht weiter verfestigt. So verzeichneten große Unternehmen im Jahr 2020 während der COVID-19-

Krise sowohl in der Herstellung von Waren als auch in den nichtfinanziellen Marktdienstleistungen die kräftigsten Rückgänge der Arbeitsproduktivität (Abbildung 3, untere Grafiken).

Ein Vergleich der durchschnittlichen (in Logarithmen gemessenen) Niveaus der **MFP-Solow** zeigt für die Herstellung von Waren und die Bauwirtschaft nur geringe Größenvorteile, während diese in den nichtfinanziellen Marktdienstleistungen deutlich ausgeprägt sind (Abbildung 4). Hier war das durchschnittliche jährliche Wachstum der MFP-Solow von 2013 bis 2019 in großen Unternehmen um 4,75 Prozentpunkte höher als in den mittleren bis kleinen Unternehmen. In der Herstellung von Waren war es hingegen um 0,78 Prozentpunkte niedriger (Übersicht 2). Hinsichtlich der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die MFP im Jahr 2020 zeigen die Kennzahlen nach Unternehmensgröße kein einheitliches Bild.

Übersicht 2 weist neben der MFP-Solow auch die Ergebnisse nach der Schätzmethode von Akerberg et al. (2015; "MFP-ACF") aus, die auf einer flexibleren Zeitstruktur für Entscheidungen über Faktoreinsatzmengen zur Bestimmung der MFP beruht (siehe Kasten "Ansätze zur Identifizierung der Multifaktorproduktivität"). Trotz der theoretischen Vorzüge dient die MFP-ACF hier nur als ergänzende Information, da die Ergebnisse insgesamt weniger robust sind als im Fall der

Skalenvorteile sind bei der Arbeitsproduktivität stärker ausgeprägt als bei der Multifaktorproduktivität.

MFP-Solow. Die Erklärung dafür liegt in den höheren Datenanforderungen sowie der daraus folgenden geringeren Anzahl von

Beobachtungen für die Schätzungen der MFP (Übersicht 2).

Ansätze zur Identifizierung der Multifaktorproduktivität

In Anlehnung an die Notation von Akerberg et al. (2015) lässt sich die übliche Cobb-Douglas-Produktionsfunktion für den Logarithmus des Outputs y des Unternehmens i zum Zeitpunkt t in Abhängigkeit vom Logarithmus des Kapitalinputs k und des Arbeitsinputs l sowie des beobachteten Fehlers angeben, der sich aus den nicht beobachtbaren Produktivitätsschocks ω und ε zusammensetzt:

$$y_{it} = \beta_0 + \beta_k k_{it} + \beta_l l_{it} + \omega_{it} + \varepsilon_{it}$$

Während ε_{it} nicht beobachtbar und dem Unternehmen unbekannt ist, ergeben sich aus der Möglichkeit, dass das Unternehmen ω_{it} kennt oder antizipiert (z. B. hinsichtlich der Fähigkeiten des Managements oder erwarteter Fehlerquoten von neuen Maschinen), Probleme bei der Identifizierung der MFP, da diese Faktoren der Produktivität für die ökonometrische Untersuchung nicht beobachtbar sind. Wenn ω_{it} die Wahl der Faktoreinsatzmengen durch das Unternehmen beeinflusst, z. B. indem eine höhere Produktivität zu mehr Investitionen oder einer Ausweitung der Beschäftigung führt, werden k_{it} und l_{it} mit dem gemessenen Fehler $\omega_{it} + \varepsilon_{it}$ korreliert sein und zu inkonsistenten Schätzungen der Inputkoeffizienten β_k und β_l führen.

Seit **Marschak und Andrews** (1944) zum ersten Mal auf dieses Endogenitätsproblem hingewiesen haben, gab es viele Lösungsversuche. Frühe Ansätze stützten sich auf Panel-Schätzungen mit konstanten Effekten (fixed effects) anstelle von OLS-Schätzungen (ordinary least squares), wobei davon ausgegangen wurde, dass die Endogenität nur von zeitinvarianten Schocks ω_i herrührt. Dynamische Panelmodelle (z. B. Arellano & Bond, 1991; Blundell & Bond, 2000) verallgemeinerten diesen Ansatz, indem sie eine autoregressive Komponente einbezogen, bei der die Produktion linear von ihren vergangenen Werten und einem stochastischen Term abhängt. Weitere Ansätze verwendeten unterschiedliche Faktorpreise als Instrumente, wobei angenommen wurde, dass diese für das Unternehmen exogen sind und die beobachteten Preisunterschiede nicht durch Qualitätsunterschiede zwischen den Unternehmen oder deren Standortwahl beeinflusst werden.

In der jüngeren Vergangenheit wurde vor allem der semiparametrische Ansatz von **Olley und Pakes** (1996) schrittweise weiterentwickelt. Er berücksichtigt in besonderem Maße die Endogenität der Produktionsfaktoren aufgrund von über die Zeit veränderlichen und in der ökonometrischen Untersuchung nicht beobachtbaren Variablen. Der Ansatz beruht auf zwei Stufen: zunächst wird mithilfe einer nichtparametrischen Funktion der (invertierten) Investitionsnachfrage ein aus dem konstanten Term und ω_{it} zusammengesetztes Produkt geschätzt, das dann in einem zweiten Schritt in die Produktionsfunktion eingesetzt wird. Dort kann ω_{it} weiter in die bedingte Erwartung zum Zeitpunkt $t - 1$ und einen Term für die unerwartete Abweichung zerlegt werden, sodass gilt: $\omega_{it} = g(\omega_{it-1}) + \xi_{it}$. Wie beim dynamischen Panelansatz ist ξ_{it} unkorreliert mit der Wahl der Inputs vor t .

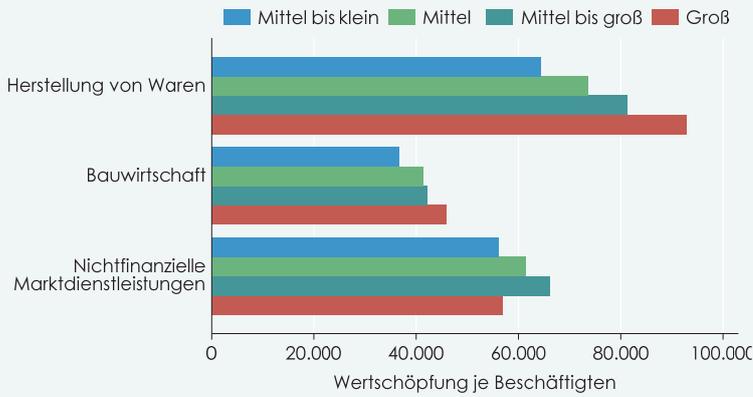
Levinsohn und Petrin (2003) kritisierten die Verwendung von Investitionen in der ersten Stufe der Methode von Olley und Pakes (1996), weil Kapital oft nicht teilbar ("lumpy") ist und dadurch dynamische Anpassungskosten verursacht, die durch theoretische Annahmen ausgeschlossen werden müssen. Stattdessen verwendeten sie eine inverse Nachfragefunktion für Vorleistungen. Der wichtigste Vorteil besteht darin, dass sowohl der Arbeits- als auch der Vorleistungseinsatz nicht dynamisch sind. Sie wirken sich also in der Regel nur auf die laufenden Gewinne aus und sollten daher keine dynamischen Anpassungskosten verursachen. Während Levinsohn und Petrin (2003) die Annahme identischer Märkte für Investitionsgüter von Olley und Pakes (1996) durch die Annahme identischer Märkte für Vorleistungen ersetzen, unterstellen beide Ansätze, dass die Unternehmen auf identischen Produkt- und Arbeitsmärkten agieren. **Wooldridge** (2009) entwickelte schließlich eine verbesserte Methode für die Schätzung der Produktionsfunktion nach Levinsohn und Petrin (2003), die auf einem einstufigen Verfahren beruht und ein potenzielles Identifikationsproblem löst¹⁾.

Akerberg et al. (2015) wiesen überdies auf das Problem einer funktionalen Abhängigkeit in der ersten Stufe der Schätzmethoden von Olley und Pakes (1996) bzw. Levinsohn und Petrin (2003) hin. Funktionale Abhängigkeit bedeutet z. B., dass der Beitrag der Arbeit zum Produktionswert nicht separat ermittelt werden kann, wenn der Arbeitsinput vollständig durch den Kapitalinput, die Vorleistungen und die Zeit bestimmt wird. Akerberg et al. (2015) schlagen vor, anstelle unbedingter Nachfragefunktionen für die Produktionsfaktoren eine von der Arbeit abhängige Faktornachfragefunktion zu invertieren. Im Unterschied zu den früheren Ansätzen verwenden sie die erste Stufe des Verfahrens, um den unbekannteten Fehler ε_{it} in der Produktionsfunktion zu neutralisieren und alle Koeffizienten in der zweiten Stufe zu schätzen. Die Autoren betonen, dass dieser Ansatz weniger restriktive Annahmen über den Datengenerierungsprozess zulässt (z. B. heterogene Lohnbedingungen und Anpassungskosten der Arbeit zwischen den Unternehmen).

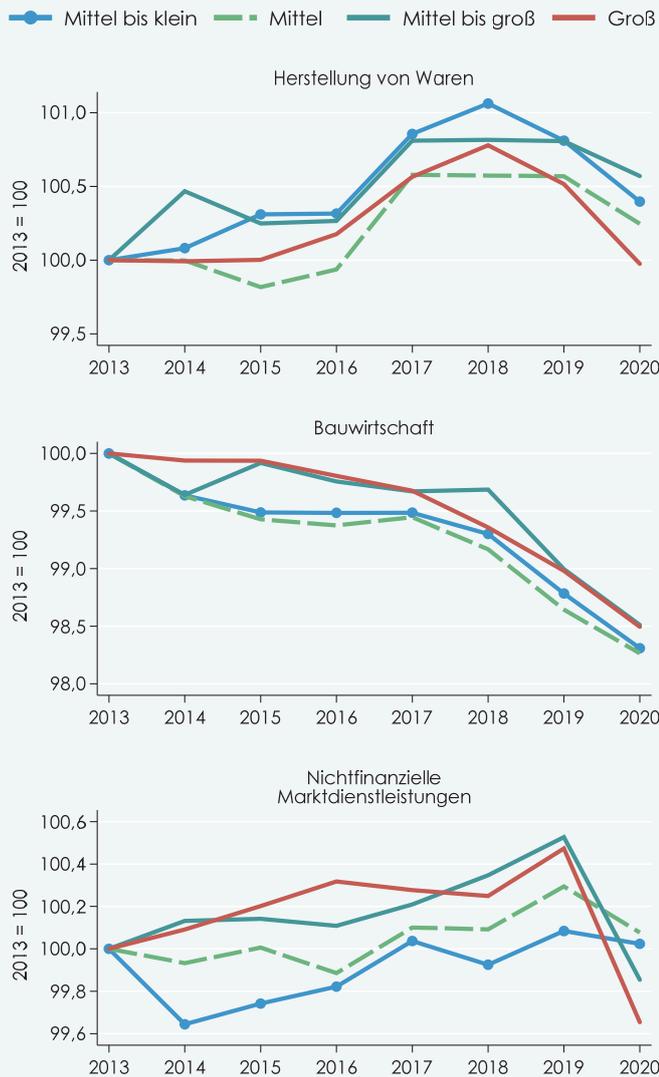
¹⁾ Siehe z. B. Friesenbichler und Peneder (2016).

Abbildung 3: **Durchschnittliche Arbeitsproduktivität nach Unternehmensgröße**

2020 (in €, Preise von 2005 zu einheitlichen Kaufkraftstandards)



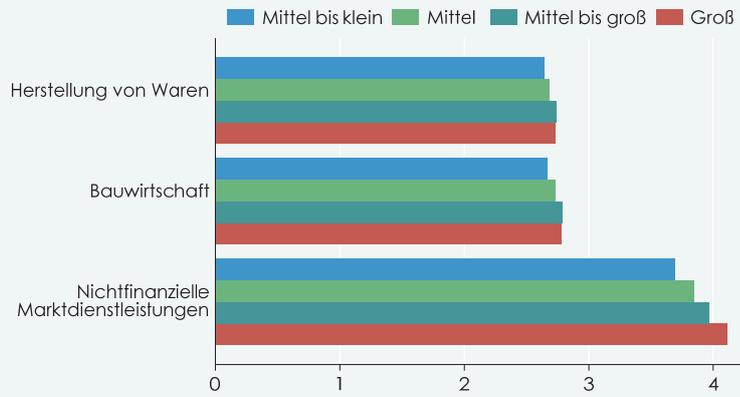
Entwicklung 2013 bis 2020 (Logniveaus)



Q: Multiprod 2.0 – OECD, Statistik Austria und WIFO. Arbeitsproduktivität zu Vollzeitäquivalenten (ungewichteter Durchschnitt). Mittel bis klein: 20 bis 49 Beschäftigte, mittel: 50 bis 99 Beschäftigte, mittel bis groß: 100 bis 249 Beschäftigte, groß: 250 oder mehr Beschäftigte.

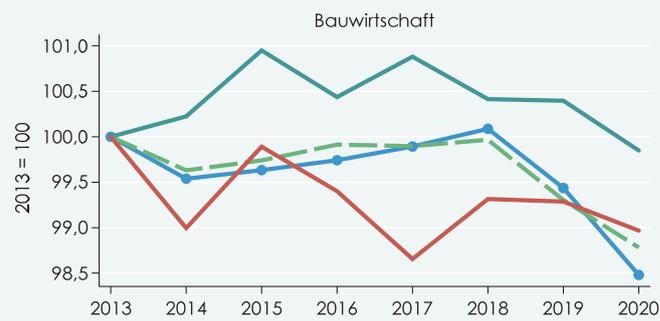
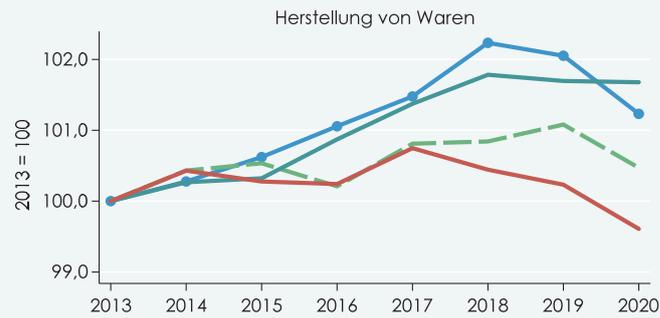
Abbildung 4: **Durchschnittliche MFP-Solow nach Unternehmensgröße**

2020 (Logniveaus; Preise und einheitliche Kaufkraftstandards von 2005)



Entwicklung 2013 bis 2020 (Logniveaus)

—●— Mittel bis klein - - - Mittel — Mittel bis groß — Groß



Q: Multiprod 2.0 – OECD, Statistik Austria und WIFO. Ungewichteter Durchschnitt der Multifaktorproduktivität nach der Methode von Solow (1956; MFP-Solow). Mittel bis klein: 20 bis 49 Beschäftigte, mittel: 50 bis 99 Beschäftigte, mittel bis groß: 100 bis 249 Beschäftigte, groß: 250 oder mehr Beschäftigte.

Übersicht 2: Kennzahlen zur Produktivitätsentwicklung nach Unternehmensgröße und ausgewählten Sektoren

	2013/2019					2019/2020					Unternehmen 2020 Anzahl
	Insgesamt	Mittel bis klein	Mittel	Mittel bis groß	Groß	Insgesamt	Mittel bis klein	Mittel	Mittel bis groß	Groß	
Durchschnittliche jährliche Veränderung in %											
Herstellung von Waren											
Arbeitsproduktivität	+ 1,42	+ 1,49	+ 1,06	+ 1,51	+ 0,98	- 4,34	- 4,56	- 3,59	- 2,65	- 6,16	3.870
MFP-Solow	+ 0,72	+ 0,89	+ 0,48	+ 0,76	+ 0,11	- 1,66	- 2,14	- 1,63	- 0,05	- 1,71	3.883
MFP-ACF	+ 0,89	+ 0,99	+ 0,64	+ 1,59	+ 0,13	- 2,37	- 2,87	- 1,19	- 1,81	- 3,20	3.759
Bauwirtschaft											
Arbeitsproduktivität	- 2,15	- 2,17	- 2,44	- 1,81	- 1,86	- 4,93	- 5,09	- 4,10	- 5,25	- 5,31	2.717
MFP-Solow	- 0,22	- 0,25	- 0,32	+ 0,18	- 0,33	- 2,27	- 2,59	- 1,45	- 1,53	- 0,90	2.716
MFP-ACF	- 0,60	- 0,62	- 0,96	- 0,28	- 0,97	- 2,27	- 2,50	- 1,48	- 2,15	- 2,59	2.720
Nichtfinanzielle Marktdienstleistungen											
Arbeitsproduktivität	+ 0,33	+ 0,15	+ 0,54	+ 0,96	+ 0,86	- 2,04	- 0,66	- 2,38	- 7,36	- 8,93	10.924
MFP-Solow	+ 0,40	- 0,13	+ 1,37	+ 0,40	+ 4,62	- 0,41	+ 0,43	- 1,70	- 3,32	- 7,09	11.108
MFP-ACF	+ 11,33	+ 4,37	+ 30,71	- 8,79	+ 60,26	- 11,65	- 9,27	- 37,24	+ 22,39	- 30,83	5.435

Q: Multiprod 2.0 – OECD, Statistik Austria und WIFO. Ungewichteter Durchschnitt der Multifaktorproduktivität nach der Methode von Solow (1956; MFP-Solow) bzw. Akerberg et al. (2015; MFP-ACF). Mittel bis klein: 20 bis 49 Beschäftigte, mittel: 50 bis 99 Beschäftigte, mittel bis groß: 100 bis 249 Beschäftigte, groß: 250 oder mehr Beschäftigte.

5. Produktivitätsverteilung

Die disaggregierte Berechnung von Kennzahlen auf einzelwirtschaftlicher Ebene ermöglicht die Betrachtung des Produktivitätswachstums abhängig von der relativen Position eines Unternehmens in der ursprünglichen **Produktivitätsverteilung** aller Unternehmen derselben Branche. Von besonderem Interesse ist dabei die Frage, ob Unternehmen an der Spitze der Verteilung in den Folgejahren ein höheres Produktivitätswachstum aufweisen und damit ihren Vorsprung ausbauen (Divergenz), oder ob umgekehrt Unternehmen am unteren Ende der Verteilung aufholen (Konvergenz¹¹).

Die Auswertungen in Abbildung 5 berücksichtigen die relative Produktivitätsverteilung anhand unterschiedlicher **Perzentile** (pX) im jeweiligen Jahr. Diese geben die relative Position eines Unternehmens in der Rangfolge aller auf 100% normierten Beobachtungen an. So bezeichnet etwa p25 jene Unternehmen, deren Produktivität höher als jene der unteren 25% aller Beobachtungen im gleichen Wirtschaftszweig ist, p50 den Median

und p95 Unternehmen, deren Produktivität nur von 5% aller Beobachtungen übertroffen wird.

Die Ergebnisse zeigen für die Herstellung von Waren einen deutlichen Trend zur **Konvergenz**: im Zeitraum von 2013 bis 2019 war das Wachstum sowohl der Arbeitsproduktivität als auch der MFP-Solow im untersten Perzentil der Verteilung am höchsten (p5 +1,3% bzw. +3,1%) und im obersten Perzentil am niedrigsten (p95 +0,4% bzw. +1,2%). Die COVID-19-Krise im Jahr 2020 hatte keine wesentliche Auswirkung auf diese Reihung. In den nichtfinanziellen Marktdienstleistungen überwiegt dagegen ein Trend zur **Divergenz**: während die oberen Perzentile einen Wachstumsvorsprung gegenüber dem Median aufweisen, fielen die unteren Perzentile sowohl in der Arbeitsproduktivität als auch in der MFP zurück. In der Bauwirtschaft ist das Bild uneinheitlich; einer ebenfalls divergenten Entwicklung der MFP steht das überdurchschnittliche Wachstum der Arbeitsproduktivität des 5%-Perzentils gegenüber.

In der Herstellung von Waren zeigt sich hinsichtlich der Produktivitätsentwicklung ein Trend zur Konvergenz, in den nichtfinanziellen Marktdienstleistungen zur Divergenz.

6. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

In Vergleichen, die auf aggregierten Daten für gesamte Volkswirtschaften beruhen, liegt Österreich beim Niveau der Arbeitsproduktivität nahe am obersten Drittel der europäischen Vergleichsländer. Hinsichtlich der Multifaktorproduktivität (MFP) schneidet Österreich tendenziell schwach ab, hat sich aber zuletzt etwas verbessert (Peneder et al., 2023b).

Die Auswertung von Produktivitätskennzahlen auf der Grundlage von Mikrodaten für Österreich in Zusammenarbeit mit dem Projekt "Multiprod 2.0" der OECD sowie dem neuen Austrian Micro Data Center (AMDC) von Statistik Austria ermöglicht die Untersuchung struktureller Unterschiede in der Produktivitätsentwicklung zwischen Unternehmen und Branchen. Dieser Beitrag analy-

¹¹) Siehe Berlingieri et al. (2018, 2020).

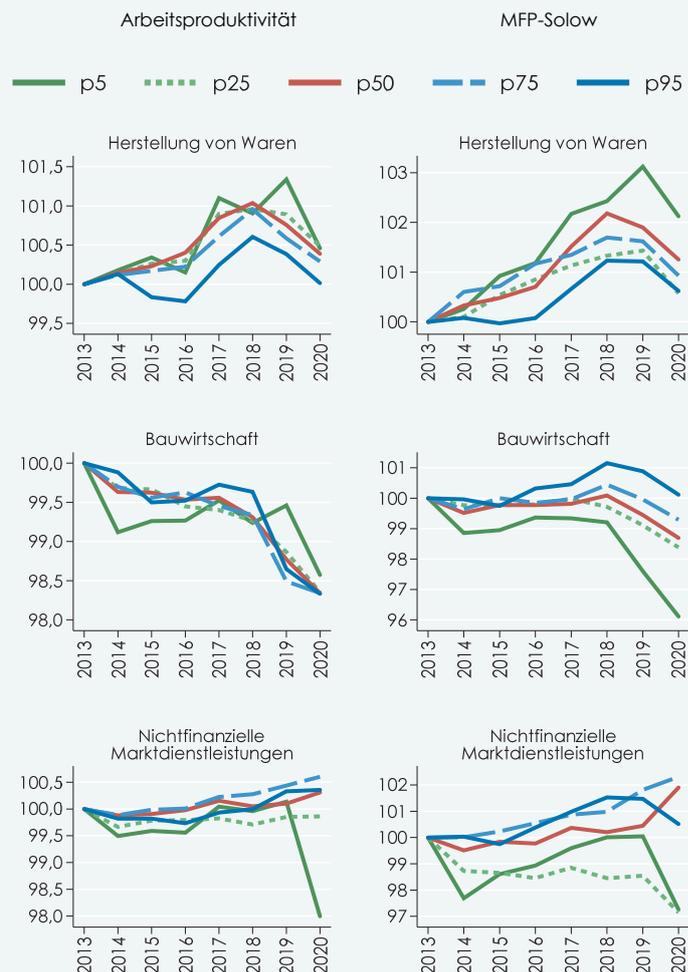
sierte einige grundlegende Kennzahlen und strukturelle Merkmale für den Zeitraum 2013 bis 2020. Dabei zeigten sich folgende Ergebnisse:

- **Wirtschaftszweige:** Im Vergleich dreier großer Wirtschaftszweige verzeichnete die Herstellung von Waren im Analysezeitraum das höchste Wachstum der Arbeitsproduktivität, während die Ergebnisse für die MFP je nach gewählter Schätzmethode variieren. Ungeachtet dessen weist die Bauwirtschaft einen anhaltend negativen Produktivitätstrend auf.
- **Unternehmensgröße:** Für die Herstellung von Waren und die Bauwirtschaft zeigen sich deutliche Größenvorteile in Bezug auf die Arbeitsproduktivität, die sich im

Beobachtungszeitraum aber nicht weiter verfestigt haben. In den nichtfinanziellen Marktdienstleistungen bestehen Größenvorteile vor allem in Bezug auf die Multifaktorproduktivität. Sie haben im Beobachtungszeitraum tendenziell zugenommen.

- **Produktivitätsverteilung:** Ob Unternehmen mit geringer Produktivität aufholen oder solche mit hoher Produktivität ihren Vorsprung vergrößern, hängt vor allem von branchen- und unternehmensspezifischen Faktoren ab. Die Mikrodaten für Österreich zeigen für den Zeitraum 2013/2020 einen Trend zur Konvergenz in der Herstellung von Waren und zur Divergenz in den nichtfinanziellen Marktdienstleistungen.

Abbildung 5: **Produktivitätsentwicklung nach relativer Position der Unternehmen in der Produktivitätsverteilung (Perzentile pX)**
2013 = 100



Q: Multiprod 2.0 – OECD, Statistik Austria und WIFO. Die Perzentile pX zeigen die relative Position in der auf 100% normierten Rangordnung aller Beobachtungen. So entspricht z. B. p50 dem Median-Unternehmen.

7. Literaturhinweise

- Akerberg, D. A., Caves, K., & Frazer G. (2015). Identification Properties of Recent Production Function Estimators. *Econometrica*, 83(6), 2411-2451.
- Arellano, M., & Bond, S. (1991). Some tests of specification for panel data: Monte Carlo evidence and an application to employment equations. *Review of Economic Studies*, 58(2), 277-297.
- Bartelsman, E., Haltiwanger, J., & Scarpetta, S. (2013). Cross-country Differences in Productivity: the Role of Allocation and Selection. *American Economic Review*, 103(1), 305-334.
- Berlingieri, G., Blanchenay, P., Calligaris, S., & Criscuolo, C. (2017). The Multiprod Project: A Comprehensive Overview. *OECD Science, Technology and Industry Working Papers*, (2017/04).
- Berlingieri, G., Calligaris, S., & Criscuolo, C. (2018). The Productivity-Wage Premium: Does Size Still Matter in a Service Economy. *AEA Papers and Proceedings*, 108, 328-333.
- Berlingieri, G., Calligaris, S., Criscuolo, C., & Verlhac R. (2020). Laggard Firms, Technology Diffusion and its Structural and Policy Determinants. *OECD Science, Technology and Industry Policy Papers*, (86).
- Blundell, R., & Bond, S. (2000). GMM estimation with persistent panel data: an application to production functions. *Econometric Reviews*, 19(3), 321-340.
- Breitenfellner, A., Holzman, R., Sellner, R., Silgoner, M., & Zörner, T. (2022). Quo vadis, productivity? *Occasional Paper*, (1).
- Desnoyer-James, I., Calligaris, S., & Calvino, F. (2019). DynEmp and MultiProd: Metadata. *OECD Science, Technology and Industry Working Papers*, (2019/03).
- Diewert, W. E. (1976). Exact and superlative index numbers. *Journal of Econometrics*, 4(2), 115-146.
- Diewert, E. (2015). Reconciling Gross Output TFP Growth with Value Added TFP Growth. *International Productivity Monitor*, 29, 60-67.
- Dosi, G., Grazzi, M., Marengo, L., & Settepanella, S. (2016). Production Theory: Accounting for Firm Heterogeneity and Technical Change. *Journal of Industrial Economics*, 64(4), 875-907.
- Friesenbichler, K., & Peneder M. (2016). Innovation, Competition and Productivity: Firm Level Evidence for Eastern Europe and Central Asia. *Economics of Transition*, 24(3), 535-580.
- Friesenbichler, K., Kügler, A., & Reinstaller A. (2023). The Impact of Import Competition from China on Firm-level Productivity Growth in the EU. *Oxford Bulletin of Economics and Statistics*. <https://doi.org/10.1111/obes.12574>.
- Goolsbee, A., & Syverson C. (2023). The Strange and Awful Path of Productivity in the U.S. Construction Sector. *NBER Working Paper*, (30845).
- Janger, J., Peneder, M., & Hölzl, W. (2018). *OECD Multiprod – Ergebnisse für Österreich*. WIFO.
- Jorgenson, D. W. (2009). *The Economics of Productivity*. Edward Elgar.
- Jorgenson, D. W., Ho, M. S., & Stiroh, K. J. (2005). *Productivity, Vol. 3. Information Technology and the American Growth Resurgence*. MIT Press.
- Levinsohn, J., & Petrin, A. (2003). Estimating Production Functions Using Inputs to Control for Unobservables. *Review of Economic Studies*, 70(2), 317-342.
- Marschak, J., & Andrews, W. H. (1944). Random simultaneous equations and the theory of production. *Econometrica*, 12(3-4), 143-205.
- Meier, C. P. (2023). Kapitalintensität und Arbeitsproduktivität im Baugewerbe. *Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung*. <https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/bbsr-online/2023/bbsr-online-45-2023.html>.
- Molnárová, Z. (2023). Productivity Slowdown in Austria between 1995 and 2019. Industry level analysis using EU KLEMS data. *Reports*, (03/2023). Büro des Produktivitätsrates.
- OECD (2001). *Measuring Productivity*. *OECD Manual: Measurement of Aggregate and Industry-Level Productivity Growth*.
- OECD (2021). *OECD Compendium of Productivity Indicators*. https://www.oecd-ilibrary.org/industry-and-services/oecd-compendium-of-productivity-indicators_3d9f648d-en.
- Olley, S., & Pakes, A. (1996). The Dynamics of Productivity in the Telecommunications Equipment Industry. *Econometrica*, 64(6), 1263-1295.
- Peneder, M., Bittschi, B., Köppl, A., Mayerhofer, P., Url, T., Bärenthaler-Sieber, S., & Böheim, M. (2023a). *Wettbewerbsfähigkeit und nachhaltige Entwicklung der österreichischen Wirtschaft*. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/wa/pubid/69778>.
- Peneder, M., Bittschi, B., Burton, A., Köppl, A., & Url, T. (2023b). Das WIFO-Radar der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft 2023. *WIFO-Monatsberichte*, 94(12), 845-856. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/71301>.
- Peneder, M., & Prettnner, C. (2021). *Entwicklung der Produktivität österreichischer Unternehmen von 2008 bis 2018. Auswertung von Mikrodaten für Österreich im Rahmen von Multiprod 2.0*. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/wa/pubid/67450>.

- Statistik Austria (2022). Standard-Dokumentation Metainformationen (Definitionen, Erläuterungen, Methoden, Qualität) zur Leistungs- und Strukturstatistik. https://www.statistik.at/fileadmin/shared/QM/Standarddokumentationen/U/std_u_ls_ab_2018.pdf.
- Solow, R. M. (1956). A contribution to the theory of economic growth. *Quarterly Journal of Economics*, 70(1), 65-94. https://en.wikipedia.org/wiki/The_Quarterly_Journal_of_Economics.
- Syverson, C. (2011). What Determines Productivity. *Journal of Economic Literature*, 49(2), 326-365.
- Syverson, C. (2017). Challenges to Mismeasurement Explanations for the US Productivity Slowdown. *Journal of Economic Perspectives*, 31(2), 165-186.
- Ten Raa, T., & Shestalova, V. (2011). The Solow residual, Domar aggregation, and inefficiency: a synthesis of TFP measures. *Journal of Productivity Analysis*, 36(1), 71-77.
- Wooldridge, J. (2009). On Estimating Firm-Level Production Functions Using Proxy Variables to Control for Unobservables. *Economics Letters*, 104(3), 112-114.

Policy Brief: Budgetäre Kosten und Risiken durch klimapolitisches Nichthandeln und Klimarisiken

Angela Köppl, Margit Schratzenstaller



WIFO ■

Policy Brief: Budgetäre Kosten und Risiken durch klimapolitisches Nichthandeln und Klimarisiken

Angela Köppl, Margit Schratzenstaller

Wissenschaftliche Assistenz: Susanne Markytan, Andrea Sutrich

Jänner 2024
Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Klimarisiken können erhebliche direkte und indirekte Kosten für die öffentlichen Haushalte verursachen. Für Österreich fehlt bisher eine gesamthafte Übersicht über mögliche Kosten bzw. Risiken durch klimapolitisches Nichthandeln bzw. Klimarisiken für die öffentliche Hand. Vor diesem Hintergrund wird zunächst ein kurzer Überblick gegeben, durch welche Transmissionsmechanismen Klimarisiken öffentliche Budgets betreffen können. In der Folge wird die bestehende empirische Literatur für Österreich ausgewertet, um zu einem möglichst umfassenden Bild der mit klimapolitischer Untätigkeit bzw. Klimarisiken verbundenen budgetären Kosten bzw. Risiken zu kommen. Auch werden auf dieser Grundlage Bandbreiten für das Ausmaß entsprechender budgetärer Kosten bzw. Risiken angegeben. Hierbei wird differenziert zwischen budgetären Kosten, die bereits heute anfallen, und künftigen budgetären Risiken.

Im Auftrag des Bundesministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie • Jänner 2024 • 27 Seiten • 30 € • Kostenloser Download: <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/70821>

Bestellungen bitte an das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung, Team "Publikationen und Abonnentenbetreuung", 1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, Tel. (+43 1) 798 26 01-214, Fax (+43 1) 798 93 86, publikationen@wifo.ac.at

Die WIFO Reports on Austria sind englischsprachige Kurzanalysen zu ökonomischen Entwicklungen in Österreich. Es werden regelmäßig Beiträge zu den Themen Konjunktur, Wettbewerbsfähigkeit, Makroökonomie, Arbeitsmarkt, Digitalisierung, Cash-Flow und Lohnstückkosten veröffentlicht, die die wesentlichen Entwicklungen in diesen Bereichen in Österreich zusammenfassen.

2/2024 The WIFO Radar of Competitiveness for the Austrian Economy 2023

Michael Peneder, Benjamin Bittschi, Anna Burton, Angela Köppl, Thomas Url

The WIFO Radar of Competitiveness tracks Austria's performance as a business location, taking into account economic, social and ecological targets. On average across 24 indicators, Austria has recently caught up with the top third of comparable European countries. The productivity indicators in 2022, the recovery in tourism and an improvement in the ranking for environmental patents have all contributed to this. In the dimension of labour market and social conditions, Austria has again lost ground.

January 2024 • <https://reportsonaustria.wifo.ac.at/71398>

Frühere Ausgaben

1/2024 Economic Recovery Delayed. Economic Outlook for 2023 to 2025

Stefan Ederer, Stefan Schiman-Vukan

January 2024 • <https://reportsonaustria.wifo.ac.at/71393>

18/2023 Economic Downturn Continues. Results of the WIFO-Konjunkturtest Quarterly Survey of October 2023

Werner Hölzl, Jürgen Bierbaumer, Michael Klien, Agnes Kügler

December 2023 • <https://reportsonaustria.wifo.ac.at/71311>

17/2023 Tourism Regains Strength Despite Persistent Inflation

Anna Burton, Sabine Ehn-Fragner

December 2023 • <https://reportsonaustria.wifo.ac.at/71263>

16/2023 Purchasing Power Increases After Mild Recession. Economic Outlook for 2023 and 2024

Stefan Schiman-Vukan, Stefan Ederer

October 2023 • <https://reportsonaustria.wifo.ac.at/71178>

15/2023 Austrian Agriculture and Forestry 2022 Exceptionally Successful Despite Difficult Environment

Katharina Falkner, Franz Sinabell

October 2023 • <https://reportsonaustria.wifo.ac.at/71177>

14/2023 Improvement in Relative Unit Labour Costs in 2022

Benjamin Bittschi, Birgit Meyer

October 2023 • <https://reportsonaustria.wifo.ac.at/71176>

13/2023 Key Indicators of Climate Change and the Energy Sector in 2023. Special Topic: the European Commission's "Fit for 55" Package

Katharina Falkner, Claudia Kettner, Daniela Kletzan-Slamanig, Angela Köppl, Ina Meyer, Asjad Naqvi, Anna Renhart, Franz Sinabell, Mark Sommer, Corina van Dyck

September 2023 • <https://reportsonaustria.wifo.ac.at/71169>

12/2023 Economic Sentiment Deteriorates. Results of the WIFO-Konjunkturtest Quarterly Survey of July 2023

Werner Hölzl, Jürgen Bierbaumer, Michael Klien, Agnes Kügler

September 2023 • <https://reportsonaustria.wifo.ac.at/71083>

Kostenloser Download: https://www.wifo.ac.at/publikationen/wifo_reports_on_austria

Die WIFO Working Papers beruhen nicht notwendigerweise auf einer abgestimmten Position des WIFO. Die Autorinnen und Autoren wurden über die Richtlinien der Österreichischen Agentur für wissenschaftliche Integrität (ÖAWI) zur Guten Wissenschaftlichen Praxis informiert, insbesondere bezüglich der Dokumentation aller Elemente, die für eine Nachvollziehbarkeit der Ergebnisse notwendig sind.

- 672/2024** **Impact Evaluation of a New Counselling and Support Programme for Unemployed with Multiple Placement Obstacles**
René Böheim, Rainer Eppel, Helmut Mahringer
- 671/2024** **Active Labour Market Policies: What Works for the Long-term Unemployed?**
Rainer Eppel, Ulrike Huemer, Helmut Mahringer, Lukas Schmoigl
- 670/2024** **Assessing Regional Production Potential to Strengthen the Security of Supply in Strategic Products**
Matthias Firgo, Fabian Gabelberger, Andreas Reinstaller, Yvonne Wolfmayr
- 669/2024** **Designing EU Supply Chain Regulation**
Gabriel Felbermayr, Klaus Friesenbichler, Markus Gerschberger, Peter Klimek, Birgit Meyer
- 668/2023** **Behavioral Responses to Inheritance Taxation. A Review of the Empirical Literature**
Margit Schratzenstaller
- 667/2023** **Can Green Hydrogen Exports Contribute to Regional Economic Development? Exploring Scenarios from the Dutch-Brazilian Green Hydrogen Corridor for the State of Ceará**
Clara Rabelo Caiafa, Amaro Olimpio Pereira, Henny Romijn, Heleen de Coninck
- 666/2023** **Stabilizing Asset Prices through Transition from Continuous Trading to Electronic Auctions**
Stephan Schulmeister
- 665/2023** **Don't Stop Believin'. Heterogeneous Updating of Intergenerational Mobility Perceptions across Income Groups**
Anna Schwarz, Philipp Warum
- 664/2023** **Production Structure, Tradability and Fiscal Spending Multipliers**
Jesús Crespo, Christian Glocker
- 663/2023** **Propagation of Price Shocks to CPI Inflation: The Role of Cross-demand Dependencies**
Christian Glocker, Philipp Piribauer
- 662/2023** **Evolutionary Economic Policy and Competitiveness**
Michael Peneder
- 661/2023** **Energy, Greenhouse Gas Emissions and Climate Policies – Austria and Poland Compared**
Daniela Kletzan-Slamanig, Claudia Kettner
- 660/2023** **Intangible Capital as a Production Factor. Firm-level Evidence from Austrian Microdata**
Klaus Friesenbichler, Agnes Kügler, Julia Schieber-Knöbl
- 659/2023** **Trade in Times of Uncertainty**
Anna Matzner, Birgit Meyer, Harald Oberhofer
- 658/2023** **Transformation to a Renewable Electricity System in Austria. Insights from an Integrated Model Analysis**
Claudia Kettner, Michael Böheim, Mark Sommer, Robert Gaugl, Udo Bachhiesl, Lia Gruber, Thomas Florian Klatzer, Sonja Wogrin, Kurt Kratena
- 657/2023** **Integrated Power and Economic Analysis of Austria's Renewable Electricity Transformation**
Robert Gaugl, Mark Sommer, Claudia Kettner, Udo Bachhiesl, Thomas Florian Klatzer, Lia Gruber, Michael Böheim, Kurt Kratena, Sonja Wogrin
- 656/2023** **Taxes and Subsidies in EU Energy Policy – Fit for 55?**
Claudia Kettner, Eva Wretschitsch

Kostenloser Download: https://www.wifo.ac.at/publikationen/working_papers

3/2023 Schwache Baukonjunktur belastet die Wirtschaftsentwicklung • Europäische Wirtschafts- und Fiskalpolitik 2022/23. Große Herausforderungen durch Inflation und Energiekrise • Standortqualität und Vertrauen in öffentliche Institutionen. Executive Opinion Survey 2022 • Österreichs Industrieproduktion im Ländervergleich • Kohlenstoffsequestrierung in Österreichs Acker- und Grünlandböden. Bedeutung und ökonomische Effekte ausgewählter Maßnahmen

4/2023 Konjunkturbelebung ab dem 2. Halbjahr 2023. Prognose für 2023 und 2024 • Rückgang der Energiepreise verbessert die Wachstumsaussichten. Update der mittelfristigen Prognose 2023 bis 2027 • Geopolitische Spannungen, Energiekrise und Teuerung bestimmen die Konjunktur. Die österreichische Wirtschaft im Jahr 2022 • Hohe Inflation führt zu Kurswechsel in der Geldpolitik

5/2023 Unternehmerische Erwartungen verbessern sich trotz hoher Inflation • Heterogene Entwicklung der Konjunkturbeurteilungen. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom April 2023 • Aufschwung auf dem Arbeitsmarkt hielt 2022 an • Hohe Energiepreise dämpften die Industriekonjunktur. Entwicklung von Warenproduktion, Außenhandel und Investitionen im Jahr 2022 • Nutzung digitaler Plattformen in Österreich. Hauptergebnisse einer WIFO-Unternehmensbefragung

6/2023 Stagnation der Wirtschaftsleistung bei nach wie vor hoher Inflation • Unternehmensinvestitionen wachsen 2023 nur verhalten. Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung vom Frühjahr 2023 • Regionale Konjunktur zwischen Erholung und Energiekrise. Die Wirtschaft in den Bundesländern 2022 • Ausgaben der Unternehmen für Produktneueinführungen 2022 gekürzt

7/2023 Schwaches Wachstum bei hoher Unsicherheit. Prognose für 2023 und 2024 • Mittel-, Ost- und Südosteuropa zwischen hoher Inflation und Konjunkturflaute im Euro-Raum • Digitalisierung in Österreich: Fortschritt und Bedeutung der Plattformarbeit • Regionalwirtschaftliche und touristische Effekte von Sportgroßveranstaltungen

8/2023 Auf Stagnation folgt Abschwung – Frühindikatoren verschlechtern sich weiter • Konjunktüreinschätzungen trüben sich ein. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Juli 2023 • Ertragskraft der österreichischen Sachgütererzeugung 2022 leicht rückläufig • Abgabenbelastung bei Kombination von Pensions- und Erwerbseinkommen

9/2023 Vertiefung der Rezession bei steigenden Zinsen und hoher Inflation • Geldpolitische Wende schmälerte 2022 das Veranlagungsergebnis der Versicherungswirtschaft • Schlüsselindikatoren zu Klimawandel und Energiewirtschaft 2023. Sonderthema: Das "Fit for 55"-Paket der Europäischen Kommission • Kollektivvertragsverhandlungen in Zeiten hoher Inflation

10/2023 Kaufkraft steigt nach milder Rezession. Prognose für 2023 und 2024 • Österreichs Wirtschaft wächst mittelfristig nur verhalten. Mittelfristige Prognose 2024 bis 2028 • Verbesserung der relativen Lohnstückkosten im Jahr 2022 • Wissensproduktion und Wissensverwertung in Österreich im internationalen Vergleich • Österreichs Land- und Forstwirtschaft 2022 trotz schwierigen Umfelds außergewöhnlich erfolgreich

11/2023 Österreichs Wirtschaft in Rezession – Inflation geht zurück • Konjunkturabschwung hält an. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Oktober 2023 • Tourismus trotz anhaltender Teuerung wieder deutlich erstarkt • Armut und Sozialhilfe in Österreich • Entwicklungspolitik als geoökonomisches Instrument. Eine Einordnung vor dem Hintergrund globaler Trends

12/2023 Kaum Anzeichen für Erholung der heimischen Industriekonjunktur • Budgetpolitik in einem unsicheren ökonomischen und geopolitischen Umfeld. Bundesvoranschlag 2024 und Mittelfristiger Finanzrahmen 2024 bis 2027 • Das WIFO-Radar der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft 2023 • Zur öffentlichen Finanzierung der Langzeitpflege in Österreich • Wer finanziert den Wohlfahrtsstaat? Erkenntnisse aus der WIFO-Umverteilungsstudie

Präsident**Dr. Harald Mahrer**, Präsident der Wirtschaftskammer Österreich**Vizepräsidentin****Renate Anderl**, Präsidentin der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien und der Bundesarbeitskammer**Vorstand****Dr. Hannes Androsch****Kommerzialrat Peter Hanke**, Amtsführender Stadtrat für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke**Univ.-Prof. Dr. Robert Holzmann**, Gouverneur der Oesterreichischen Nationalbank**Wolfgang Katzian**, Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes**Georg Knill**, Präsident der Vereinigung der Österreichischen Industrie**Abg.z.NR Karlheinz Kopf**, Generalsekretär der Wirtschaftskammer Österreich**Kuratorium**

Andreas Brandstetter, Andrea Faast, Johannes Fankhauser, Günther Goach, Marcus Grausam, Erwin Hameseder, Peter Haubner, Alexander Herzog, Gerhard K. Humpeler, Robert Leitner, Ferdinand Lembacher, Anton Mattle, Johannes Mayer, Johanna Mikl-Leitner, Helmut Naumann, Christoph Neumayer, Peter J. Oswald, Ranja Reda Kouba, Walter Ruck, Ingrid Sauer, Heinrich Schaller, Tobias Schweitzer, Hermann Schultes, Andreas Stangl, Michael Strebl, Michael Strugl, Andreas Treichl, Franz Vranitzky, Kurt Weinberger, Thomas Weninger, Josef Wöhrer, Norbert Zimmermann

Direktorium**Direktor:** Univ.-Prof. MMag. Gabriel Felbermayr, PhD**Stellvertretende Direktor:innen:**

Mag. Alexander Loidl, MSc, Mag. Christine Mayrhuber, Priv.-Doz. Mag. Dr. Michael Peneder

Ökonom:innen

Stefan Angel, Julia Bachtrögler-Unger, Susanne Bärenthaler-Sieber, Josef Baumgartner, Jürgen Bierbaumer, Sandra Bilek-Steindl, Benjamin Bittsch, Julia Bock-Schappelwein, Michael Böheim, Anna Burton, Elisabeth Christen, Alexander Daminger, Stefan Ederer, Rainer Eppel, Katharina Falkner, Ulrike Famira-Mühlberger, Marian Fink, Klaus Friesenbichler, Oliver Fritz, Christian Glocker, Werner Hölzl, Thomas Horvath, Peter Huber, Alexander Hudetz, Ulrike Huemer, Jürgen Janger, Serguei Kaniovski, Heider Kariem, Claudia Kettner-Marx, Daniela Kletzan-Slamanig, Michael Klien, Angela Köppl, Agnes Kügler, Simon Loretz, Hendrik Mahlkow, Helmut Mahringer, Christine Mayrhuber, Bettina Meinhart, Birgit Meyer, Ina Meyer, Asjad Naqvi, Klaus Nowotny, Harald Oberhofer, Atanas Pekanov, Michael Peneder, Michael Pfaffermayr, Isabel Pham, Philipp Piribauer, Hans Pitlik, Anna Renhart, Silvia Rocha-Akis, Tobias Scheckel, Marcus Scheiblecker, Stefan Schiman-Vukan, Margit Schratzenstaller-Altzinger, Anja Sebbesen, Franz Sinabell, Mark Sommer, Martin Spielauer, Gerhard Streicher, Thomas Url, Philipp Warum, Yvonne Wolfmayr, Christine Zulehner

Wissenschaftliche Assistent:innen

Anna Albert, Sara Aref Zahed, Elisabeth Arnold, Astrid Czaloun, Sabine Ehn-Fragner, Irene Fröhlich, Martina Einsiedl, Nathalie

Konsulent:innen

Harald Badinger, René Böheim, Jesús Crespo Cuaresma, Peter Egger, Stefan Schleicher, Philipp Schmidt-Dengler, Andrea Weber, Hannes Winner

Vizepräsidentin**Univ.-Prof. DDr. Ingrid Kubin**, Universitätsprofessorin für Internationale Wirtschaft am Department Volkswirtschaft der Wirtschaftsuniversität Wien**Dr. Markus Marterbauer**, Leiter der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien**Josef Moosbrugger**, Präsident der Landwirtschaftskammer Österreich**Univ.-Prof. Dr. Ewald Nowotny**, Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik**Mag. Harald Waiglein, MSc**, Sektionschef im Bundesministerium für Finanzen**Mag. Markus Wallner**, Landeshauptmann von Vorarlberg**WIFO-Partner**

A1 Telekom Austria AG, AIC Androsch International Management Consulting GmbH, Berndorf AG, Energie-Control Austria, Julius Blum GmbH, PHARMIG – Verband der pharmazeutischen Industrie Österreichs, Österreichische Hagelversicherung VVaG, Raiffeisen-Holding NÖ-Wien reg.Gen.mBh, Raiffeisenlandesbank Oberösterreich AG, Raiffeisen Bank International AG, UNIQA Insurance Group AG, Verbund AG, voestalpine AG, Wien Energie GmbH

WIFO Associates

Jarko Fidrmuc, Matthias Firgo, Georg Fischer, Helena Fornwagner, Martin Halla, Markus Leibrecht, Peter Mooslechner, Ewald Nowotny, Karl Pichelmann, Gertrude Tumpel-Gugerell, Josef Zweimüller

Fischer, Stefan Fuchs, Fabian Gabelberger, Ursula Glauninger, Lydia Grandner, Kathrin Hofmann, Christine Kaufmann, Marion Kogler, Katharina Köberl-Schmid, Christoph Lorenz, Susanne Markytan, Maria Riegler, Nicole Schmidt-Padickakudy, Cornelia Schobert, Birgit Schuster, Tim Slickers, Martha Steiner, Doris Steininger, Anna Strauss-Kollin, Andrea Sutrich, Dietmar Weinberger, Michael Weingärtler, Stefan Weingärtner

Mitarbeiter:innen im Dienstleistungsbereich

Birgit Agnezy, Daniel Luca Agnezy, Bettina Bambas, Tobias Bergsmann, Georg Böhs, Alexandros Charos, Gina Feichtinger, Tamara Fellingner, Jürg Flamm, Thomas Földesi, Lucia Glinsner, Thomas Haas, Claudia Hirschschall, Brigitte Hofer, Peter Holzer, Gabriela Hötzer, Nikolai Iliadis, Christian Isnardi, Peter Janecek, Markus Kiesenhofer, Clemens Kleinhagauer, Annemarie Klozar, Verena Kraushofer, Gwendolyn Kremser, Thomas Leber, Sarah Ledl, Tong Li, Christoph Markytan, Florian Mayr, Anja Mertinkat, Elisabeth Neppi-Oswald, Birgit Novotny, Robert Novotny, Ingo Oberortner, Lorenz Pahr, Peter Reschenhofer, Gabriele Schiessel, Lukas Schmoigl, Gabriele Schober, Kristin Smeral, Klara Stan, Agnes Tischler-Lechthaler, Fabian Unterlass, Tatjana Weber, Philipp Welz, Sabine Wiesmühler, Michaela Zinner-Doblhofer

Emeriti Consultants

Karl Aiginger, Kurt Bayer, Fritz Breuss, Alois Guger, Heinz Handler, Gunther Tichy, Ewald Walterskirchen

